



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Sozialisation von politischer Beteiligung“

Verfasserin

Mag. phil. Brigitte Naderer Bakk. phil. BA

Angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl laut Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung laut Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorák

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 02.02.2014



Brigitte Naderer, Mag. phil., BA

Danksagung

Ich möchte mich bei Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorák sehr herzlich für die Betreuung meiner Diplomarbeit und die hilfreichen Kommentare bedanken. Er war stets für meine Anliegen erreichbar und seine Anmerkungen und Vorschläge haben zu einem erfolgreichen Abschluss meiner Masterarbeit wesentlich beigetragen.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei meiner Familie, besonders bei meinen Eltern, die mir durch ihre Unterstützung mein Studium und meine Zukunft ermöglicht haben. Ein besonderer Dank gilt außerdem dem fleißigen Lesezirkel, der mir den nötigen Ansporn gegeben hat.

Inhalt

1. Einleitung.....	7
1.1. Zielsetzung der Arbeit.....	7
1.2. Aufbau der Arbeit.....	8
2. Rahmenbedingungen	9
2.1. Relevanz der Thematik.....	9
2.2. Jugend als TrägerInnen der Demokratie	10
2.3. Das österreichische politische System	11
2.3.1. <i>Rechtliche Festschreibung demokratischer Prinzipien</i>	11
2.3.2. <i>Wahlsystem und Instrumente der direkten Demokratie</i>	12
2.3.3. <i>Wahlverhalten in Österreich</i>	13
2.3.4. <i>Junge WählerInnen</i>	15
2.4. Das österreichische Mediensystem	16
2.5. Zusammenfassung der Rahmenbedingungen.....	19
3. Politische Partizipation.....	20
3.1. Charakteristika politisch Aktiver	21
3.2. Persönliche Erfahrungen	22
4. Partizipatorische Demokratietheorie	24
4.1. Zugangsweisen der partizipatorischen Demokratietheorie	24
4.2. Bestreben der partizipatorischen Demokratietheorie	25
4.3. Das BürgerInnen-Bild der partizipatorischen Demokratietheorie	27
4.4. Beurteilung der partizipatorischen Demokratietheorie	28
5. Sozialisation	30
5.1. Entwicklung der Sozialisationsforschung	31
5.1. Gesellschaftliche Milieus	32
5.2. Instanzen der Sozialisation.....	33
5.3. Die Rolle der Familie	34
5.4. Die Rolle der Ausbildungsstätte.....	36
5.5. Die Rolle des Arbeitsplatzes	40
5.6. Die Rolle der Gleichaltrigen	41
5.7. Die Rolle der Medien	43

5.8. Zusammenfassung der Sozialisationsprozesse.....	45
6. Forschungsfragen und Hypothesen.....	46
7. Methode	49
7.1. Reflexion der Methode.....	50
7.2. Beschreibung der erhobenen Variablen	50
7.3. Beschreibung der Stichprobe	52
7.4. Operationalisierung	61
7.4.1. Operationalisierung Sozialisation	61
7.4.2. Operationalisierung politische Partizipation	62
8. Ergebnisse.....	66
8.1. Auswertung Forschungsfrage 1.....	66
8.2. Auswertung Hypothese 1	68
8.3. Auswertung Hypothese 2	70
8.4. Auswertung Hypothese 3	72
8.5. Auswertung Hypothese 4	74
8.6. Diskussion der Ergebnisse	76
9. Resümee	78
9.1. Limitationen	78
9.2. Praktische Implikationen.....	78
9.3. Ausblick	80
10. Literatur.....	81
11. Tabellenverzeichnis.....	92
11.1. Darstellung der Stichprobe	92
11.2. Operationalisierung	96
11.3. Auswertung.....	100
12. Anhang.....	105
12.1. Fragebogen	105
12.2. Abstract Deutsch.....	115
12.3. Abstract Englisch.....	116
12.4. CV.....	117

1. Einleitung

Politische Partizipation ist für den Erhalt einer funktionierenden Demokratie unerlässlich. In Westeuropa zeichnet sich jedoch ein wachsendes Desinteresse ab, das besonders bei Jugendlichen deutlich erkennbar ist (Calenda & Meijer, 2009; Kaid et al., 2007). Rund um die österreichische Nationalratswahl 2013 wurde auch hierzulande das fehlende Interesse der Jugendlichen diskutiert. In Österreich mangelt es von Seiten der PolitikerInnen vor allem an der notwendigen Ansprache von Jugendthemen und an gezielten Informationsleistungen. Als Grund für die stiefmütterliche Behandlung der Jugend wird oft die demographische Entwicklung genannt. ErstwählerInnen fallen demnach kaum ins Gewicht und spielen daher für Parteien eine untergeordnete Rolle (Miller, 2013). Zudem führt die wenig sichtbare Repräsentation der jugendlichen Interessen in der Öffentlichkeit zu einer geringen Bedeutung der Jugend. Politische Momente die von jungen Menschen bestimmt werden, wie die „Uni Brennt“ Demonstrationen von 2009 sind, besonders in Bezug auf die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Bewegung, in den letzten Jahren eine Ausnahme.

Aktivierung und Interesse entstehen vor allem dann, wenn eine Identifikation und persönliche Betroffenheit mit politischen Themen besteht (Milbrath & Goel, 1977). Studien aus Westeuropa zeigen, dass die fehlende Bedeutung der Jugendlichen wie sie in Österreich feststellbar ist, auch auf andere Länder zutrifft. Die europäischen Jugendlichen fühlen sich Großteils von der Politik zu wenig angesprochen und bringen den Hauptthemen der führenden PolitikerInnen sehr wenig Begeisterung entgegen (Delli Carpini, 2000).

1.1. Zielsetzung der Arbeit

Diese Arbeit soll sich mit der Frage beschäftigen, wie stark man politische Beteiligung an persönlichen Voraussetzungen festmachen kann. Der Mensch ist als soziales Wesen weitgehend ein Produkt seines Umfeldes. Besonders auch im Bereich des politischen Interesses haben hier Familie, Freunde, Bildungseinrichtungen beziehungsweise Arbeitsumfeld, sowie Medien einen bedeutenden Einfluss. In der vorliegenden Arbeit soll eine Untersuchung mit politisch aktiven jungen Menschen durchgeführt werden, um herauszufinden, welche Faktoren in Bezug auf die Sozialisation politischer Partizipations-

haltungen als besonders einflussreich bewertet werden können. Studien über politische Sozialisation folgen bereits einer langen Tradition und sind immer wieder Thema bei der Auseinandersetzung mit politischer Aktivität (Aktin & Gantz, 1978). In dieser Arbeit soll diese Materie im Hinblick auf verschiedene Sozialisationsinstanz und mit der Spezifizierung auf ein Sample von politisch aktiven Jugendlichen bearbeitet werden.

1.2. Aufbau der Arbeit

Im Folgenden wird eine Einführung in die Definition der wichtigsten Begriffe geboten und es wird thematisiert, welche Faktoren als ausschlaggebend für politische Beteiligung anzunehmen sind. Weiter wird auf die Spezifika des österreichischen Politfelds eingegangen, um die Diskussion in das passende Umfeld einordnen zu können. Um sich dem Thema Partizipation auf einer theoretischen Ebene zu nähern, soll auf partizipatorische Demokratietheorien eingegangen werden. Um zu überprüfen welche Sozialisationseinflüsse bei politisch aktiven jungen ÖsterreicherInnen eine Rolle spielen, werde bedeutende Faktoren (Familie, Freunde und Schule) aus der politischen Sozialisationsforschung herangezogen und um die Größen Medien und Arbeitsplatz erweitert.

2. Rahmenbedingungen

2.1. Relevanz der Thematik

Die demokratische Ordnung hat sich, verglichen mit anderen politischen Strukturen, bewährt. Bisherige andere Gesellschaftssysteme von Monarchie, Diktatur bis hin zu einer sozialistischen Ordnung haben sich in Bezug auf das gesamtgesellschaftliche Wohlergehen, sowie auf wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt als unzureichend herausgestellt (Diamond, 2003). In keiner bisherigen Form des Staatsaufbaus haben die BürgerInnen so viele Mitspracherechte und Beteiligungsmöglichkeiten wie in der Demokratie. Doch dies lässt sich heute immer seltener bestätigen. ExpertInnen warnen davor, dass sich die modernen westlichen Demokratien zu einem postdemokratischen Zustand wandeln (Jörke, 2005).

Als ausschlaggebend für den postdemokratischen Wandel können neben dem fehlerhaften Verhalten der Regierungen in Westeuropa auch der Rückgang des politischen Interesses und der politischen Beteiligung beschrieben werden. Der gestiegene Institutionalismus und die Einbettung von Nationalstaaten in supranationalen Organisationsformen erschwert für eine Mehrheit der BürgerInnen die Nachvollziehbarkeit und Bezugnahme zu politischen Prozessen und führt gemeinsam mit einer steigenden Unzufriedenheit und Apathie zu geringerer Partizipationsbereitschaft (Jörke, 2011). Zudem sind repräsentative Demokratien wie sie in Europa vorherrschen, nur von einem Minimum an Beteiligung von Seiten der Bevölkerung, nämlich der regelmäßigen Stimmabgabe bei Wahlen, abhängig. Partizipation wird somit auf eine Mindestanforderung reduziert, die kaum Gestaltungsmöglichkeit und Macht zu Veränderung mit sich bringt, sondern auf das Wählen vorgegebener Optionen beschränkt ist.

Putnam hat bereits in den 90er Jahren auf die Abnahme ziviler Beteiligung an politischen Parteien und Projekten, sozialen Belangen und religiösen Gemeinschaften hingewiesen (Putnam, 1995). Diese Problematik hat sich nun bestätigt und verstärkt (Calenda & Meijer, 2009; Kaid et al., 2007).

2.2. Jugend als TrägerInnen der Demokratie

Traditionell ist Partizipation keine Tätigkeit, die gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt ist (Böhnke, 2011; Naderer, 2012). Almond und Verba (1963) haben bereits in den Sechzigerjahren das Modell der „üblichen Verdächtigen“ entwickelt, das auch heute noch seine Berechtigung hat. In erster Linie nehmen an Politik ältere, besser gebildete und wohlhabende Personen teil (Böhnke, 2011; Naderer, 2012). Diese Fokussierung auf eine bestimmte Gruppe in der Bevölkerung spricht jedoch gegen das demokratische Prinzip der Beteiligung aller BürgerInnen (Habermas, 1962; Schulz, 2011) und für die Vorstellung der Postdemokratie nach Jörkes Auffassung (2005) und ein elitäres Führungsszenario.

Das demokratische System beruht ganz allgemein auf der Vorstellung einer aktiven BürgerInnenschaft, die nicht nur durch regelmäßige Stimmabgaben den politischen Prozess beeinflussen kann, sondern auch durch andere Formen der Beteiligung Einfluss auf das Verhalten der politischen Entscheidungsträger haben sollte (Neidhardt, 1994; Warschkuhn, 1998). Hier muss angesetzt werden, um die demokratische Kultur auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Um dies zu sichern, gilt es vor allem Jugendliche als Fundament zukünftiger Entwicklungen anzusprechen und für Politik zu begeistern.

Österreich hat 2007 als erstes Land in der Europäischen Union das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahre eingeführt (Pelinka & Rosenberger, 2007). Damit haben junge BürgerInnen bereits früh Anteil an der politischen Gestaltung Österreichs (Ammerer, 2010; Filzmaier & Klepp, 2009). Forschungsergebnisse aus Europa weisen jedoch darauf hin, dass insbesondere Jugendliche als politisch inaktiv und desinteressiert zu beschreiben sind (Delli Carpini, 2000; Kaid et al., 2007; Putnam, 1995). Da sie sich jedoch noch im Stadium ihrer Weiterbildung und Entwicklung befinden, ist besonders hier das Potenzial für eine Entfaltung eines politischen Bewusstseins und gesellschaftlicher Verantwortung möglich (Milbrath & Goel, 1977; Verba, 1967).

Sozialisation spielt in Bezug auf politische Partizipation eine tragende Rolle wobei die Erziehung sowie die Konfrontation mit politischer Beteiligung bedeutend sind. Es geht bei Partizipation darum, eine feste Meinung zu entwickeln, diese ausdrücken zu können und gegenüber einflussreichen Personen und bestehenden Machtverhältnissen

einzusetzen. Diese Praktiken werden aus dem privaten Umfeld mitgebracht und können von Eltern, Schule, FreundInnen etc. geprägt werden (Almond & Verba, 1963; Kaase & Marsh, 1979; Milbrath & Goel, 1977; Verba, 1967).

Da der Fokus der Arbeit auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt, soll die folgende Frage als Forschungsleitung dienen:

Durch welchen Einfluss (Familie; Freunde; Ausbildungspatz; Arbeitsplatz; Medien) wird politische Partizipation bei Jugendlichen am stärksten geprägt?

Die Relevanz der zu bearbeitenden Fragestellung ergibt sich einerseits durch den Stellenwert der Partizipation in einer Demokratie und andererseits durch die zentrale Stellung der Jugend im Erhalt der demokratischen Prinzipien. Das Erfassen der Motivationsfaktoren und persönlichen Voraussetzungen bei jungen Aktiven soll dazu verhelfen, diese Ergebnisse auf die politische Bildung und Erziehung nicht-aktiver Jugendlicher umzulegen. Im Idealfall soll es so möglich werden, eine Aussage darüber treffen zu können, wo angesetzt werden muss, um das partizipative Potenzial bei Jugendlichen zu steigern. Da die Partizipation besonders in westlichen Ländern immer stärker zurückgeht, ist eine Auseinandersetzung mit der Thematik für Österreich besonders bedeutend.

2.3. Das österreichische politische System

Um einordnen zu können, in welchem politischen Umfeld das partizipative Potenzial von Jugendlichen untersucht wird, soll hier ein kurzer Einblick in das politische System Österreichs gegeben werden. Es ist notwendig auf die wichtigsten Strukturen und Elemente der Beteiligung Bezug zu nehmen, um die Hintergründe des politischen Systems zu klären, auf die diese Masterarbeit beruht.

2.3.1. Rechtliche Festschreibung demokratischer Prinzipien

Die heutige Verfassung besteht aus 1300 Rechtsnormen die in einem Zeitraum von 150 Jahren entstanden sind. Hier sind die grundlegenden Prinzipien der österreichischen Staatsführung festgeschrieben, die auch die politische Beteiligung des Volkes als wesentlichen Punkt festhalten (Ucakar, 2006).

Das österreichische politische System wird als parlamentarische Demokratie bezeichnet. Um eine Kontrolle des Systems zu gewährleisten, unterteilt sich das Parlament in Nationalrat und Bundesrat. Der Nationalrat wird direkt gewählt und die Mitglieder des Bundesrates werden von den Landtagen nach Stärkeverhältnis der Parteien entsendet. Dem Nationalrat ist die Bundesregierung, anders als dem Bundesrat, politisch verantwortlich, somit kommt ihm eine größere Bedeutung zu (Müller, 2006a). Ein wichtiges Instrument des Nationalrats ist der Rechnungshof. Er prüft die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der wirtschaftlichen Gebarungen des Bundes. Für die Gesetzmäßigkeit von Wahlen und Rechtstaatlichkeit sind letzten Endes Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof zuständig. Das stärkste Mittel, das der Nationalrat in politischen Belangen geltend machen kann, ist der Misstrauensantrag. Die Bundesregierung ist somit vom Vertrauen des Nationalrates abhängig. Darauf beruht ganz grundlegend das Prinzip der Gewaltenteilung und damit eine Absicherung der demokratischen Maxime (Sickinger, 2002). Die Bundesregierung wird jedoch von der Öffentlichkeit und den Medien als zentrales Element der politischen Geschehnisse wahrgenommen, wodurch die Aussagen der Regierungsmitglieder ein starkes Gewicht bekommen (Müller, 2006b).

In Österreich gibt es eine Parteiendemokratie aber keine Parteienregierung, da die stimmenstärkste Partei die Regierung nicht einfach mit Vertrauenspersonen ihrer Wahl besetzen kann. Die Bundesregierung muss von Seiten des Parlaments und des Bundespräsidenten akzeptiert und abgesegnet werden (Müller, 2006b; Sickinger, 2002). Die politische Kultur Österreichs ist stark geprägt durch die Konzeption als Parteienstaat. So rekrutieren Parteien nicht nur die politische Führungselite, SPÖ und ÖVP nehmen, als traditionelle Großparteien, auch Einfluss auf die Führungspositionen außerhalb des im engeren Sinne politischen Bereichs und besetzen die Spitze von Banken und Industrieunternehmen (Pelinka & Rosenberger, 2007).

2.3.2. Wahlsystem und Instrumente der direkten Demokratie

Das Wahlsystem in Österreich entspricht einem Verhältniswahlrecht, und auf Regional- sowie Landesebene ein Listenwahlrecht, was die Möglichkeit einer Listenveränderung durch das Vergeben einer Vorzugsstimme meint. Das Verhältniswahlrecht zielt darauf ab möglichst gerecht die reale Stimmenverteilung im Parlamente zu realisieren. Auch kleineren Parteien ist so der Einzug ins Parlament möglich, während im

Mehrheitswahlsystem kaum Chancen auf die Etablierung neuer Parteien besteht (Pelinka & Rosenberger, 2007). Eine Wahlpflicht besteht bundesgesetzlich nicht, die Abgabe der Stimme ist jedoch ein Grundpfeiler der Demokratie und die politische Aktivität, die von der Mehrheit der österreichischen BürgerInnen erbracht wird (Müller, 2006a).

Bei der Gesetzgebung werden grundsätzlich im vorparlamentarischen Bereich Interessen eingeholt und damit beruhen die festgeschriebenen Regulierungen in erster Linie auf Vorschläge von politischen VertreterInnen. Aber auch der Bevölkerung ist es möglich, durch Volksbegehren Gesetzesinitiativen zu starten. Dazu braucht es die Unterschrift von mindestens 100.000 Wahlberechtigten, damit das Parlament verpflichtet ist, den Gesetzesvorschlag zu begutachten (Pelinka, 2003).

Im Sommer 2012 wurde unter den Regierungs- und Oppositionsparteien die Thematik der direkten Demokratie diskutiert. Hier sprachen sich alle im Nationalrat vertretenen Parteien für einen Ausbau der direkten Demokratie aus und es wurden Vorschläge zur Neuregulierung der Rahmenbedingungen vorgebracht. Ausgelöst durch die Debatte im Sommer und aufgrund des „Superwahljahres 2013“ wurden in der ersten Jahreshälfte 2013 bereits zwei Volksbefragungen durchgeführt. Es wurde auf nationaler Ebene über die Wehrpflicht abgestimmt und im März 2013 wurde in Wien eine Volksbefragung zu verschiedenen Themen wie den Parkregulierungen und der Teilnahme an Olympia als Veranstalter abgestimmt (Stuhlpfarrer, 2013; Zielina, 2013). Die Ergebnisse wurden in den Medien breit diskutiert und haben zu einer Aktualität von direkter Demokratie und die politische Verankerung dieser Partizipationsmaßnahmen in Österreich geführt. Die rot-schwarze Regierung die am 16.12.2013 angelobt wurde, hat in ihrem Regierungsabkommen die Stärkung von direktdemokratischen Elementen festgeschrieben. Hier soll bspw. die Hürde für die Vorzugsstimmen gesenkt werden, um einen Parlamentseinzug der KandidatInnen die Vorzugsstimmen erhalten haben, zu erleichtern (Die Presse, 2013).

2.3.3. Wahlverhalten in Österreich

Die politische Kultur in Österreich hat sich seit 1945 mehrfach geändert (Krammer, 2009). In Österreich kann das Parteiensystem bis in die Siebzigerjahre durch das Konzept der Lagerkulturen beschrieben werden. Es gab eine gefestigte Folgebereitschaft der

WählerInnenschaft für die bestehenden Parteien und eine Aufteilung der BürgerInnen durch drei Hautspannungslinien, sogenannte cleavages. Beschrieben werden diese cleaves durch die religiöse Konfliktachse, die wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie und schon ziemlich abgeschwächt den deutschnationalen Strang gegen die österreichisch nationale Spannungslinie. Gerade SPÖ und ÖVP waren in diesen Konfliktachsen festgemacht und erhielten so in der Vergangenheit eine Vielzahl der Wählerstimmen (Gerlich & Campbell, 2000).

Die Parteikonkurrenz konnte zu Beginn der Zweiten Republik somit als stark eingeschränkt beschrieben werden. Mobile WählerInnenstimmen entstanden erst später, vor allem durch die jüngere WählerInnengruppe, die als weniger interessiertere WählerInnenschaft öfter die Partei wechselt. Dieses Phänomen wird als Flugsand oder WechselwählerInnen bezeichnet. Der Zuspruch zu den Großparteien wurde aber vor allem durch das Aufkommen von neuen Parteien (FPÖ, Die Grünen, Liberales Forum) gemindert. Heute haben sich die traditionellen cleavages weitgehend aufgelöst. Der nationale Konflikt ist verschwunden, was anfangs ein großes Problem für die FPÖ darstellte, da dieses Thema zu Beginn den Kerninhalt der Partei ausmachte. Aber auch der konfessionelle Konflikt ist heute weitgehend irrelevant, da die Bindung zur katholischen Kirche immer stärker abnimmt, was vor allem für die ÖVP zu Verlusten führte (Plasser & Ulram, 2006).

Seit den 1960er Jahren hat die feste Parteibindung an eine der beiden Großparteien stetig abgenommen. Durch die steigende Mobilität und die veränderte wirtschaftliche Situation brachen die traditionellen Sozialmilieus auf und neue Parteien konnten sich schrittweise etablieren, die Zustimmung für SPÖ und ÖVP blieb jedoch noch dominierend (Pelinka & Rosenberger, 2007). Bis Ende der Siebziger zählte Österreich zu den Ländern mit der geringsten Wählerfluktuation. Danach kam es jedoch zu einer allmählichen Abnahme der traditionellen Parteienloyalität. In den achtziger Jahren waren besonders die aufkommenden politischen Skandale und die wachsende Unzufriedenheit mit der Performance der Regierungspartei/en ein Grund dafür, dass die Identifikationsbereitschaft mit einer Partei wesentlich abnahm. Ersichtlich ist dies an der Verminderung an Parteimitgliedschaften und eine schrittweisen Überalterung der Parteimitglieder (Plasser & Ulram, 2006), Faktoren die bis heute feststellbar sind. Die achtziger Jahre stehen daher

für eine Hinwendung zu BürgerInneninitiativen und partikulären Protestformen und einer geringeren Zustimmung zu klassischen politischen Vorstellungen.

Diese Skepsis gegenüber staatlicher Intervention und den traditionellen Parteien steigerte sich 1990 noch weiter (Krammer, 2009). Durch die veränderte Struktur der WählerInnen konnte die FPÖ besonders die enttäuschten, jungen FacharbeiterInnen und eine ProtestwählerInnengruppe für sich mobilisieren, während junge, hochgebildete Frauen sich besonders von den Grünen und dem Liberalen Forum angezogen fühlten (Plasser & Ulram, 2006). Aktuell befindet sich das Parteiensystem in Österreich erneut im Umbruch. Die Landtagswahlen von 2013 in Kärnten, Tirol, Niederösterreich und Salzburg zeigen, dass traditionelle Vormachtstellungen keineswegs absolut sind und dass die ÖsterreicherInnen offen sind für neue Parteien. In den Nationalratswahlen vom 29.9.2013 zeigt sich, dass alte Mehrheiten auf Bundesebene zwar bestehen konnten, aber mit herben Verlusten an die FPÖ, die Grünen und neue politische Bewegungen. Der FPÖ gelang es besonders junge, männliche Arbeiter anzusprechen. Akademiker wählten in erster Linie die Grünen und ÖVP. Bei den PensionistInnen konnte die SPÖ punkten. Die neuen politischen Parteien Team Stronach und NEOS haben einerseits von den Verlusten des BZÖs und der geringeren Aktivierung für die Grünen profitiert (Der Standard, 2013). TraditionswählerInnen werden also heute immer weniger und eine stark verringerte Identifizierung mit einer einzigen politischen Partei ist eindeutig, auch weil die Positionierung der VertreterInnen unschärfer geworden ist. Die WählerInnen sind aber auch flexibler und kritischer geworden (Ulram, 1995).

2.3.4. Junge WählerInnen

Jungen ÖsterreicherInnen wurde durch eine Reform im Jahr 2007 das Wählen ab 16 ermöglicht. Dadurch nimmt eine völlig neue Bevölkerungsgruppe am politischen Prozess teil. Es gilt also eine WählerInnenschicht anzusprechen, die gerade neu ins Berufsleben gestartet ist, oder sich noch inmitten ihrer schulischen Ausbildung befindet und damit andere Interessen und Ansichten hat als ältere BürgerInnen (Ammerer, 2010, 16).

Die Parteiidentifikation kann bei den österreichischen Jugendlichen als sehr gering eingestuft werden. Anders als ihre Elterngeneration werden sie nicht in eine vorhandene Parteistruktur hineingeboren und in diesem Sinne erzogen. Die Parteimitgliedschaft unter

den Jugendlichen ist daher extrem niedrig und das Gefühl der politischen Ungebundenheit besonders hoch. Durch die fehlende Parteibindung ist der Entscheidungsprozess der jungen ÖsterreicherInnen viel komplexer und zu Beginn auch wenig stabil (Merschitz, 2007; Ulram, 1995). Hinsichtlich der Radikalität ihrer politischen Einstellungen unterscheiden sie sich nur gering von den älteren ÖsterreicherInnen. Auch ihr Vertrauen in das politische System oder ihre Politikverdrossenheit fällt laut den bestehenden Erkenntnissen nicht gravierend anders aus (Filzmaier, 2007).

Junge BürgerInnen sind bei politischer Beteiligung vor allem deshalb nicht stark involviert, da das Interesse an Politik auch mit dem Erleben von Wahlzyklen in Zusammenhang steht. Je öfter Jugendliche bereits direkt als WählerInnen von der Politik angesprochen wurden, umso stärker ist auch die persönliche Betroffenheit und damit ist eine Steigerung der Beteiligung verbunden (Kaase & Barnes, 1979, 534).

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Handlungsaufgabe für die Politik, bereits früh mit der Einbeziehung jugendlicher Schwerpunkte zu beginnen und ihnen somit das für Beteiligung bedeutende Gefühl der politischen Wirksamkeit zu vermitteln (Schmidt, 2000). Nicht nur dieses Gefühl gilt es zu steigern, auch das Interesse hängt vom Maß der Betroffenheit ab und prägt in weiterer Folge den Partizipationswillen (Schulz, 2011). Das Maß an Bereitschaft sich zu beteiligen ist bei Jugendlichen stärker ausgeprägt als ihre tatsächliche Aktivität, was ebenfalls auf die fehlenden Bezüge zur Politik zurückgeführt werden kann (Ulram, 1995). Die Rolle der Medien insgesamt und besonders die Möglichkeiten des Social Webs sind ein bedeutender Einfluss auf die Ausbildung der Beteiligung. Da Jugendliche und junge Erwachsene als HauptnutzerInnengruppe des Internets angesehen werden, wird besonders in Bezug auf junge Bevölkerungsgruppen ein positiver Einfluss des Internets auf das partizipative Verhalten als möglich angenommen (Kaid et al., 2007; Kushin & Yamamoto, 2010; Naderer, 2012).

2.4. Das österreichische Mediensystem

Medien spielen in einem demokratischen System eine bedeutende Rolle. Sie bieten Zugang zu Informationen und sorgen damit für eine aufgeklärte, kritische Gesellschaft. Dadurch dass sie Themen aus der ganzen Welt ansprechen und Vielfalt bieten, sowie

traditionelle Hierarchien und Machtpersonen hinterfragen, können Medien einen Beitrag für eine qualitätsvolle Demokratie leisten (Moeller, 2008, 185). Ein Einbezug der Medienlandschaft ist daher für eine Aussage über die politischen Verhältnisse in Österreich entscheidend.

Die Tagespresse ist in Österreich seit langem markt- und wettbewerbsorientiert, der Rundfunk war jedoch bis vor 20 Jahren durch das Monopol des Öffentlich rechtlichen Rundfunks - ORF geprägt (Plasser, 2006). Der Aufbruch in das dualisierte Rundfunksystem hat hierzulande länger gedauert als im europäischen Durchschnitt. 1993 gingen in Österreich die ersten privaten Radiosender auf Sendung, die Privatisierung des Fernsehens war allerdings erst 2001 möglich (Steinmaurer, 2009). Die lange Festhaltung am öffentlich rechtlichen System wurde durch die Idealvorstellung begründet, dass diese Sender durch ihren gesellschaftsorientierten Auftrag eine mündige Bürgerschaft "erziehen", die offen und kritisch an wichtigen Diskussionen teilnimmt. Dadurch sollten die BürgerInnen gesellschaftspolitisch handlungsfähig gemacht werden und sich aufgeklärt mit aktuellen Geschehnissen auseinandersetzen. Der öffentliche Auftrag sollte außerdem zu einem Pluralismus an Themen und Meinungen beitragen und so einen Prozess der Vielfalt erschaffen. Damit wollte man eine hohe Qualität auf allen Ebenen absichern, bei der Darbietung für die RezipientInnen, der Auseinandersetzung in der Bevölkerung und somit auch den darauffolgende Diskurs (Jurkuhn et al., 2007).

Für den Hauptteil der ÖsterreicherInnen ist das Fernsehen die wichtigste Quelle für politische Information. 71% geben diesem Medium für die Informationssuche nach politischen Inhalten den höchsten Stellenwert. Das Internet belegt nach Zeitungen und Radio mit 10% den vierten Platz. Auch vor Wahlen vertraut das Publikum am meisten den Nachrichten und Debatten im Fernsehen und nutzt diese Angebote als wichtigste Informationsquellen (Lengauer, 2008).

Welche Medien von BürgerInnen für die Information genutzt werden, ist einem ständigen Wandel unterworfen. Bis in die sechziger Jahre war die Zeitungslandschaft in Österreich von Parteizeitungen geprägt, die heute jedoch nahezu verschwunden sind. Mitte der Sechziger wurden schließlich Fernsehen und Radio immer populärer und die ÖsterreicherInnen bezogen ihre Information öfter aus dem Rundfunk. In den Achtzigern und frühen Neunzigern ist das Fernsehen schließlich zum dominantesten Medium

geworden. Fernsehdebatten nach amerikanischem Vorbild etablierten sich und sorgten für politische Information. Seit 2000 ist das Internet für die politische Informationssuche immer stärker auf dem Vormarsch (Lengauer, 2008; Steinmaurer, 2009).

Wie international ebenfalls feststellbar, kommt es auch in den österreichischen Nachrichten zu einem Anstieg von Soft News und einer Dramatisierung der Nachrichten. Die Bedeutung von Strategie und Taktik von PolitikerInnen steigt, was auf Kosten der faktischen Inhalte passiert. Zudem kommt es zu einer zunehmenden Personalisierung der Politik. Besonders hoch ist diese Personalisierung in Wahlkämpfen. Unpolitische Merkmale wie Aussehen und Auftreten spielen hier eine wesentlichere Rolle als politische Positionierung und Meinung. Es kommt zudem zu einer allgemeinen Verknappung der Politik-Berichterstattung, was beispielsweise an der kürzeren Life-Sprechzeit der Politiker abzulesen ist. Die steigende strategische Interpretation politischer Prozesse zieht einen Anstieg an spekulativen und heuristischen Elementen nach sich (Kepplinger & Maurer 2005; Maurer, 2009; Plasser, 2006).

Für die Kampagnen von Seiten der Politik spielen Fernsehen und Radio noch eine eher untergeordnete Rolle. Dies hat in erster Linie mit dem politischen Werbeverbot in den öffentlich-rechtlichen Medien zu tun. Werbeeinschaltungen im TV und in Kino-Trailer haben aber an Bedeutung gewonnen. Das Fernsehen erhält seine politische Bedeutung jedoch in erster Linie noch als Inszenierungsplattform, die es durch die Debatten liefert. Auch das Internet wird in Bezug auf politische Werbekampagnen bedeutender. Immer stärker wird es von den Parteien als Werbeplattform genutzt (Lengauer, 2008).

In Amerika hat der Wahlkampf von Obama 2008 das Potenzial dieses Mediums aufgezeigt. Das Internet stellte sich nicht nur als Informationsplattform, sondern vor allem auch in der Aktivierung, besonders von SchülerInnen und Studierenden, als wichtig heraus. In Österreich ist der Einsatz des Internets in politischen Belangen noch auf einem niedrigeren Niveau und die gekonnten Auftritte von PolitikerInnen beruhen meist auf Vorlagen aus den USA (Heigl & Hacker, 2010).

2.5. Zusammenfassung der Rahmenbedingungen

Die aktuelle politische Situation in Österreich ist somit geprägt durch eine verstärkte Diskussion von PolitikerInnen über direktdemokratische Elemente, in Verbindung mit einem gleichzeitig sinkenden Interesse der BürgerInnen an politischen Themen. Aktive Partizipation wird von ÖsterreicherInnen in erster Linie durch die Abgabe einer Stimme bei Wahlen gezeigt. Doch auch hier ist ein stätiges Absinken der Beteiligung feststellbar.

Das politische Umfeld befindet sich aktuell im Umbruch. Das „Superwahljahr 2013“ hat bereits zu Veränderungen der Machtverteilung in den Ländern gesorgt. Mit dem Team Stronach konnte sich eine bisher völlig unbekannte Partei in Österreich etablieren und hat sich in den Landtagswahlen als großer Profiteur von enttäuschten WählerInnen gezeigt. In den Nationalratswahlen hat zudem noch eine weitere neue politische Partei, die NEOS, den Einzug in den Nationalrat geschafft. Auch wenn die politische Vormachtstellung von SPÖ und ÖVP erhalten bleibt, sind die ehemaligen Großparteien geschwächt aus diesen Wahlen hervorgegangen.

Die Vermittlung von politischen Inhalten ist ebenfalls einem ständigen Wandel unterworfen. Hier sind in Österreich klassische Medien immer noch als am einflussreichsten zu beurteilen. Ein guter Web-Auftritt und die Ansprache der BürgerInnen durch Social Media gewinnt jedoch an Bedeutung.

3. Politische Partizipation

Als politische Beteiligung werden Aktivitäten von Personen verstanden, die keine legitimierten politischen VertreterInnen sind, jedoch mit ihren Handlungen die gewählten VolksvertreterInnen beeinflussen möchten. Damit muss der Begriff weiter gefasst werden als die bloße Beteiligung an Wahlen. Alle Aktionen die darauf abzielen, den gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten und die politische Entscheidungsfindung zu verändern, werden daher unter dem Partizipationsbegriff gefasst. Somit beschränkt sich der Begriff der in dieser Arbeit verwendet werden soll, nicht auf Parteimitgliedschaften und Parteiengagement, sondern auch auf soziales Engagement wie beispielsweise die Mitarbeit bei einer NGO (Habermas, 1962; Verba, 1967; Putnam, 1995).

Traditionelle Formen der Beteiligung bezeichnen Aktivitäten wie die Teilnahme an Wahlen, das Mitwirken an Demonstrationen, oder auch die Kontaktaufnahmen mit politischen VertreterInnen um die eigenen Anliegen zu äußern (Almond & Verba, 1963; Putnam, 1995). Aktuell wird aber auch eine aktive Medienarbeit immer stärker ein Mittel der Partizipation (Naderer, 2012). Hier werden nicht länger nur die klassischen Formen wie beispielsweise die Meinungsäußerung durch Leserbriefen in Zeitungen umfasst, sondern immer stärker auch die massenwirksame Verbreitung der eigenen Standpunkte durch online gestützte Hilfsmittel. Dieser Weg wird ein Instrument, politischen Druck auszuüben und auf die Anliegen der Bevölkerung aufmerksam zu machen (Engesser, 2010, 154).

Politisches Wissen und der Glaube an die politische Selbstwirksamkeit sind ausschlaggebende Faktoren für das eigene politische Verhalten (Schmid, 2012). Die Abgabe der Stimme bei Wahlen ist im Hinblick auf politische Partizipation jedoch anders zu beurteilen als andere Formen der Beteiligung, wie beispielweise die Teilnahme an einer Demonstration. Wird die Wahlbeteiligung in erster Linie durch Motive wie das Erfüllen einer Bürgerpflicht beeinflusst, beziehen sich andere Formen der Beteiligung viel stärker auf den Willen in der Gesellschaft etwas zu ändern und wirksam zu werden (Sherrod et al., 2002; Schmid, 2012). Jugendliche nennen neben Befolgen der Gesetze und Hilfsbereitschaft die Wahlbeteiligung als entscheidendes Merkmal eines „guten Bürgers“ (Sherrod, 2003).

3.1. Charakteristika politisch Aktiver

Schon Sidney Verba (1967) fasste den Begriff der Partizipation sehr breit und bezeichnete es als Kernelement dieses Konzepts, eine Stimme zu haben und diese gegenüber einflussreichen Personen einzusetzen.

Ein politisch aktiver Mensch wird im Wesentlichen durch drei Kernmerkmale ausgezeichnet. So stellen erstens intellektuelle Ressourcen ein bedeutendes Element dar. Um am politischen Prozess teilzunehmen ist es nötig, ein Grundverständnis des politischen Systems und der gesellschaftlich relevanten Themen zu besitzen. BürgerInnen benötigen daher Zugang zu Informationen, was die Bedeutung der Massenmedien, der Bildung und von Ansprechpersonen im persönlichen Umfeld unterstreicht. An zweiter Stelle sind materielle Ressourcen zu nennen. Um Öffentlichkeit zu generieren und Interessen breit vertreten zu können, sind finanzielle Mittel notwendig. Partizipation und Teilnahme am Diskurs hängen damit auch in ihrer öffentlichen Wirkung von materiellen Gegebenheiten ab. Als dritten Punkt sind soziale Ressourcen als Kernelement zu beschreiben. Soziale Netzwerke wie Vereine, Organisationen, aber auch der Freundeskreis und die Familie sind notwendig, um die politischen Anliegen eines Einzelnen zu verbreiten und zu schärfen. Durch die Auseinandersetzung mit einer Öffentlichkeit erhält Beteiligung den notwendigen sozialen Nachdruck (Verba, 1967).

Die dargestellten persönlichen Voraussetzungen machen es bestimmten Bevölkerungsgruppen schwerer am politischen Prozess teilzunehmen. Besonders die weniger stark gebildete und finanziell unterprivilegierte Schicht, der es auch an einem Netzwerk an politisch Interessierten mangelt, wird hier benachteiligt. Daher kommt es bei politischer Beteiligung zu einer Fokussierung auf die Gruppe der älteren, höher gebildeten und einkommensstärkeren Personen (Almond & Verba, 1963; Escher, 2010; Kaase & Marsh, 1979; Putnam, 1995). Für Jugendliche, die besonders in Bezug auf materielle Aspekte und Verbindungen zu bedeutsamen Netzwerken benachteiligt sind, ist es somit schwieriger, politisch aktiv zu sein.

Die persönlichen Voraussetzungen alleine sind jedoch noch nicht ausreichend. Politische Beteiligung muss als ressourcenintensives Unterfangen bezeichnet werden, das neben Zeit, Geld und Wissen auch die nötige soziale Unterstützung braucht. Für eine

erfolgreiche Beteiligung sind die strukturellen Voraussetzungen des demokratischen Systems ebenfalls entscheidend. Bedeutend sind zudem die Verankerung von direktdemokratischen Elementen, das Vorhandensein und die Einbindung von NGOs und Interessensvertretungen, sowie der Pluralismus der Informationskanäle (Habermas, 1962; Merkel, 2003; Papadopoulos, 2004, Schmidt, 2000; Schulz, 2011).

3.2. Persönliche Erfahrungen

Neben den individuellen Gegebenheiten in Bezug auf den soziodemographischen Status und dem politischen System mit seinen strukturellen Voraussetzungen sind persönliche Erfahrungen ein weiteres wichtiges Element. Das Gefühl politischer Wirksamkeit (Niemi et al, 1991; Morell, 2003; Tan, 1981), Vertrauen in die Politik, politisches Interesse und politisches Wissen sind ebenfalls Voraussetzungen für Partizipation (Schulz, 2011). Durch Face-to-Face-Diskussion über Politik entsteht ein besonders hoher Motivationsfaktor, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, da hier ein sozialer Aspekt zum Tragen kommt. Auch das bereits bestehende soziale oder politische Engagement in einer Organisation, führt zu einer höheren politischen Partizipation. Es beteiligen sich also in erster Linie Menschen, die in irgendeiner Form bereits engagiert sind und damit schon in ein politisch aktives Netzwerk eingebettet sind. Die Unterstützung und Motivation, die hier erfahren wird, dient als bedeutsamer Motivator (Livingstone & Markham, 2008).

Partizipation ist ein Lernprozess, der auf Erfahrungen beruht. Es geht um das Erleben der eigenen Wirksamkeit in einem demokratischen Prozess und um die Erfahrung, sich in diesem politischen System zu bewegen. Um Partizipation auf politischer, zivilgesellschaftlicher Ebene anwenden zu können, ist als Voraussetzung bei Kindern ein Durchlaufen von zwei Vorbereitungsstufen notwendig. Zu allererst müssen Kinder Gruppenentscheidungen mittragen können und in der Gemeinschaft getroffene Entschlüsse äußern und zu ihnen stehen können. Danach muss das Gefühl der Eigenverantwortung positiv geprägt werden. Dazu muss es möglich gemacht werden, Aufgaben in kleinen Gruppen zu übernehmen und dort die eigene Meinung zu äußern, beispielsweise im Rahmen der Familie, im Freundeskreis oder in Vereinen. Erst dann ist eine Partizipation auf zivilgesellschaftlicher Ebene, die eine Auseinandersetzung mit komplexeren und vom eigenen Selbst abgetrennten Themenbereichen erfordert, möglich.

Besonders die familiäre Ausgangslage kann hier zum Erleben der eigenen Wirksamkeit beitragen (Moser, 2010).

Merschitz (2007) attestiert den österreichischen Jugendlichen in seiner Dissertation einen sehr geringen Informationsgrad in Bezug auf Politik. In seiner Untersuchung von 18-29 Jährigen sollten die StudienteilnehmerInnen Aussagen Parteien zuordnen, was ihnen in den wenigsten Fällen gelang. Ihre Auseinandersetzung mit politischen Themen kann als unterdurchschnittlich bezeichnet werden, sowohl in persönlichen Gesprächen als auch in der Informationssuche in Medien.

Jugendliche fühlen sich tendenziell eher schlecht informiert und daher nicht kompetent genug um sich aktiv zu beteiligen (Kaid et al., 2007). Sie schließen sich selbst durch das fehlende Wissen aus den politischen und gesellschaftlichen Prozessen aus. Für die Beteiligung ist es entscheidend, dass die BürgerInnen die Möglichkeiten bekommen, sich verantwortlich zu fühlen, sich mit dem Problem und der betroffenen Gruppe zu identifizieren und daran zu glauben, dass die eigene Beteiligung in gesellschaftlichen Belangen zu Veränderungen führen kann (Delli Carpini, 2000).

4. Partizipatorische Demokratietheorie

Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Prozess kann als eine lang gewachsene Tradition in demokratischen Staaten angesehen werden. Sie ist ein fixer Bestandteil der politischen Kultur westlicher Staaten und somit Teil des politischen Selbstverständnis der BürgerInnen (Dahlgren, 2005; Lauth, 2002; Taylor, 2006). Partizipation sichert den Fortbestand von Demokratien und ist als ein integraler Bestandteil dieses politischen Systems anzusehen (Habermas, 2006b; Kühnhardt, 1997).

Politische Beteiligung als bedeutendes und förderungswürdiges Merkmal einer demokratischen Gesellschaft ist auf die Bewertung von Partizipation als zentrales Element einer Demokratie zurückzuführen. Die theoretischen Vorstellungen, die diesem Status von Beteiligung vorangehen, sind partizipatorische Demokratietheorien. Die Kernaussage dieser Zugänge ist die Wichtigkeit einer Beteiligung von möglichst vielen Menschen am politischen Entscheidungsprozess. Erst durch die Beteiligung des Volkes legitimieren sich Machtverhältnisse und die Entscheidungen der gewählten VertreterInnen. Als Kernbestreben der Theorien kann somit die gleichberechtigte Beteiligung aller BürgerInnen beschrieben werden (Schmidt, 2000).

4.1. Zugangsweisen der partizipatorischen Demokratietheorie

Innerhalb dieses Theoriestrangs lassen sich verschiedene Zugangsweisen unterscheiden. So zeigt sich ein Unterschied zwischen instrumentellen Lehren, die Beteiligung als Mittel zum Zweck sehen, und dem Zugang, der nach einer verständnisorientierten Kommunikation strebt. Letzterer Theoriestrang wird als die deliberative Zugangsweise bezeichnet, die in erster Linie von Jürgen Habermas geprägt wurde (Schmidt, 2000; Zittel, 2007).

Habermas (1962, 1994) fokussiert sich in seiner theoretischen Herangehensweise auf die Bedeutung einer funktionierenden Öffentlichkeit. Jede/r soll demnach grundsätzlich dieselbe Chance haben sich am politischen Diskurs zu beteiligen. Externe Zwänge müssen ausgeschaltet werden, die Beteiligten sollen souverän sein und die Themenwahl frei. Für die Konsensfindung ist es jedoch möglich, die Mehrheitsmeinung als vernünftige Handlungsanleitung zu wählen. Grundlage dieser Annahme ist, dass die Minderheit noch

von der vorherrschenden Meinung überzeugt werden kann. Eine funktionierende Kommunikationsbasis zwischen den BürgerInnen und ein wirksamer Institutionsapparat gewährleisten zusätzlich das Funktionieren des demokratischen Systems (Fuchs, 2007, 39).

Drei Elemente sieht Jürgen Habermas (2006b, 412) in seinem Partizipationszugang somit als entscheidend an:

- Den BürgerInnen muss eine private Autonomie möglich sein, um ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten.
- Die freien und gleichgestellten BürgerInnen müssen am politischen Prozess teilhaben können.
- Politische Prozesse müssen öffentlich diskutiert werden und transparent sein, um die Diskursbeteiligung der BürgerInnen zu gewährleisten. Die Herstellung von Öffentlichkeit ist somit das Kernelement einer funktionierenden Demokratie.

Eine weitere Unterscheidung kann zwischen der empirisch-analytischen Richtung, die sich in erster Linie auf eine wertfreie Erklärung von politischen Partizipationsprozessen stützt, und den normativen Theorien, die versuchen, Beteiligungsanliegen zu begründen und zu bewerten, getroffen werden (Schmidt, 2000).

4.2. Bestreben der partizipatorischen Demokratietheorie

Im Mittelpunkt der partizipatorischen Demokratietheorie steht das Bestreben, möglichst viele Menschen am politischen Prozess zu beteiligen. Hinter diesem Ziel steht der Wunsch nach politischer und sozialer Gleichheit der BürgerInnen. Willensbildungsprozesse entstehen nach Auffassung dieses Stranges durch endogene Aspekte, das bedeutet aus der inneren Überzeugung der Menschen. Somit entwickelt sich durch den Prozess der öffentlichen Aussprache und Willensbildung ein Aufklärungsprozess, der die Präferenzen der WählerInnen formt (Hansen, 1991). Der Möglichkeit der öffentlichen Aussprache kommt somit eine grundlegende Bedeutung zu, um eine authentische Partizipation zu erreichen (Habermas, 2006b). Ebenfalls bedeutend ist es, bestehende Interessen unter den BürgerInnen aufzudecken und diese zu mobilisieren. Radikale VertreterInnen sehen hier die repräsentative Demokratie sogar als

Ende der funktionierenden Demokratie an, da dies in ihrer Auffassung zur Entfremdung und Teilnahmslosigkeit der Menschen führt (Barber, 1998).

Wie weit die Bestrebungen der VertreterInnen der partizipatorischen Demokratietheorie reichen ist unterschiedlich. Spricht sich Dahl (1997) für eine gemäßigte Erweiterung des demokratischen Prinzips in Gesellschaft und Arbeitswelt aus, vertritt beispielsweise Guggenberger (1995) den Ansatz der totalen Politisierung, der alle Lebensbereiche umfasst und zu einer Auflösung der Trennung von Öffentlichem und Privatem führt. Eine Demokratisierung des Bildungsbereichs, der Familie, der Kunst und der Medien wird hier gefordert. Überflüssige und nicht legitimierte Formen der Herrschaft sollen so minimiert oder verhindert werden (Schmidt, 2000).

Um politische Beteiligung im Sinne der partizipatorischen Demokratietheorie zu gewährleisten, muss eine autonome Öffentlichkeit bestehen können, die ein weitreichendes Mitwirkungs- und Mitspracherecht der BürgerInnen möglich macht. Traditionelle Machtstrukturen sollen hinterfragt und eine publizistische Vielfalt und somit Einschränkung der Macht traditioneller Medien möglich sein (Schmidt, 2000). Die Möglichkeit der öffentlichen Aussprache von Meinungen in einem nahezu hierarchiefreien Raum hat bei VertreterInnen der partizipatorischen Demokratietheorie zu einer sehr positiven Beurteilung des Internets geführt (Moeller, 2008). Hier haben alle BürgerInnen, die einen Internetzugang haben, grundsätzlich die Chance, ihre Meinung öffentlich zu machen und gesellschaftlich relevante Themen breit zu diskutieren. Durch den BürgerInnen-Journalismus ist es möglich, ein Gegengewicht zu etablierten Medien zu schaffen, die durch ihre Berichterstattung weitgehend bestehenden Machtverhältnisse reproduzieren. Durch die globale Vernetzung ist außerdem eine grenzübergreifende Information stark vereinfacht und damit eine Reflexion über gesellschaftliche Verhältnisse möglich (Habermas, 2006; Schulz, 2011).

Habermas (2001) strebt in seinem Demokratieverständnis eine ideale Sprechsituation an, die zu einem herrschaftsfreien Diskurs und damit zu einem legitimen Konsens führen soll. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sind dieser Ansatz und die Realisierbarkeit äußerst umstritten. Demnach müssen die BürgerInnen Gleichheit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit als ihre Grundwerte akzeptieren und sollen es unterlassen strategische Ziele zu verfolgen. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, jederzeit einen

Diskurs mit Rede und Gegenrede eröffnen zu können. Außerdem müssen sämtliche Kritik und Vormeinungen thematisierbar sein. Guldbrandsen und Just (2011) sehen nun in der Kommunikation im Web die Voraussetzungen der idealen Sprechsituation erfüllt. So macht die Technologie es grundsätzlich möglich, dass zu jeder Zeit an jedem Ort verschiedene UserInnen gleichzeitig an einer Diskussion teilnehmen können. Bestehende Angebote können zudem theoretisch von allen UserInnen genutzt und verändert werden. Diese Möglichkeiten erfahren in der praktischen Umsetzung natürlich ihre Grenzen. So kann einerseits in der heutigen Gesellschaft noch nicht von einem gleichberechtigten Zugang zu den notwendigen technischen Voraussetzungen und Nutzungs-Kompetenzen ausgegangen werden. Andererseits bleibt auch bei den bestehenden NutzerInnen die völlige Zeit- und Ortsungebundenheit, sowie die Bearbeitungskapazität aller vorhandenen Beiträge ein theoretisches Ideal.

4.3. Das BürgerInnen-Bild der partizipatorischen Demokratietheorie

Der partizipatorischen Demokratietheorie liegt das Bild eines/r kompetenten, reflektierten und kritischen Bürgers/in zugrunde (Schmidt, 2000). Hier geht beispielsweise Barber (1998) davon aus, dass BürgerInnen bereits die notwendigen Kompetenzen besitzen. Jene, die dieser Ansicht widersprechen, glauben aber an die Möglichkeit, dass die Fähigkeiten, die für eine politische Beteiligung notwendig sind, bei allen BürgerInnen ausgebildet werden können (Warren, 1993).

Habermas geht hier so weit, politische Partizipation mit Selbstbestimmtheit gleichzusetzen:

„Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein.“ (Habermas et al., 1969, 15).

Demokratie mit starken partizipatorischen Elementen soll nach der Vorstellung der partizipatorischen Demokratietheorie den individuellen und öffentlichen Willen als Ergebnis von Lern- und Aufklärungsprozessen formen. Die Selbstbestimmtheit der BürgerInnen ermöglicht ein verständnisorientiertes Austragen von Konflikten und führt zu einem gemeinwohlverträglichen Handeln, was die Regierbarkeit der Gesellschaft erleichtern soll (Schmidt, 2000).

4.4. Beurteilung der partizipatorischen Demokratietheorie

Um eine Kultivierung der partizipatorischen Demokratie zu erreichen, müssen Willensbildung und Willensäußerung bei der Bevölkerung geschult werden. Die partizipatorische Demokratietheorie glaubt an eine Möglichkeit, die bestehenden Machtverhältnisse neu ordnen zu können. Der Prozess der Entscheidungsfindung und nicht allein das Ergebnis steht im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Theorie zeichnet sich außerdem durch einen breiten Zugang zum Politikbegriff und die Abwendung von Führungs- und Repräsentationsfiguren hin zu einer beteiligten Gesellschaft aus (Habermas, 1962; Zittel, 2007).

Der Glaube an die politische Kompetenz der BürgerInnen wird daher als zentrales Element angenommen. Nicht alle VertreterInnen gehen hierbei von einer gegebenen Kompetenz aus, sondern treten teilweise auch für die Ausbildung der Fähigkeiten ein (Schmidt, 2000; Zittel, 2007).

Wenn faire Beteiligungsverfahren eingehalten werden, kann der demokratische Prozess als erfolgreich angesehen werden. Als wichtige Aspekte dieses Prozesses werden Meinungsbekundung, Erörterung, Aussprache und das Bemühen, andere von seinen Meinungen zu überzeugen, angesehen (Habermas, 1962; Merkel, 2003). Um eine partizipatorische Demokratie möglich zu machen, muss es BürgerInnen also möglich sein, Wissen zu sammeln, Meinung zu äußern und kritisch zu reflektieren. Die Medienkompetenz, aber auch die politischen Gegebenheiten, wie die Öffnungen des Staates für partizipatorische Elemente, sind somit von großer Bedeutung (Roleff, 2011).

Wesentlichste Kritikpunkte an der partizipatorischen Demokratietheorie sind das zu positive Menschenbild, das darauf beruht, dass jede Person von sich aus politisch interessiert ist und sich daher auch engagiert informiert und beteiligen möchte, die Überschätzung der BürgerInnenkompetenz und die Problematik der Destabilisierung politischer Systeme durch Übermobilisierung (Fuchs, 2007; Schmidt, 2000).

Das Zeitbudget und Interesse der BürgerInnen für Politik wird in dieser Theorie sehr stark überschätzt (Downs, 1957). Auch wird in der Theorie sehr viel Wert auf Möglichkeiten der Kommunikation und Konfliktlösung durch Diskurs gelegt, was ebenfalls eine Überschätzung der realen Situation ist. Die Vorstellung der Einfachheit und Automatik

der Schaffung von aktiven BürgerInnen wie sie in partizipativen Demokratietheorien erwartet wird, wird in der Realität widerlegt, da viel Aufwand und Arbeit der BürgerInnen notwendig ist (Elshtain, 1990). Als Hauptproblem muss aber angesehen werden, dass die partizipatorische Demokratietheorie sehr stark betont, wie direkte Demokratie und offene Diskurse das gesellschaftliche Zusammenleben verbessern, sie aber kaum Auskünfte darüber gibt, wie eine solche Diskurssituation entstehen soll (Chambers, 1996).

Dennoch ist das Ideal, dass in diesem theoretischen Zugang dargestellt wird, ein bedeutsamer Rahmen der den Stellenwert von Partizipation der BürgerInnen innerhalb eines demokratischen Systems unterstreicht. Die Vorstellung von Partizipation als zentrales Element einer Demokratie und das Bestreben möglichst viele Leute am politischen Prozess zu beteiligen, sind wesentliche Grundvorstellungen die hinter der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der politischen Beteiligung von Jugendlichen stehen.

5. Sozialisation

Damit sich Fähigkeiten und Kompetenzen bei Jugendlichen entfalten können, müssen Heranwachsende Wege finden, sich die Welt anzueignen. Die Räume, in denen diese Aneignung stattfindet, sind für die Bedeutungsgebung der Jugendlichen entscheidend, da jeder Raum auch durch eine gewisse Kulturpraxis geprägt ist. Die Vermittlung in der Familie ist also anders zu beurteilen als die Auseinandersetzung in einem institutionalisierten Rahmen wie Schule, Fußballverein oder Ähnlichem. Räume haben somit eine eigene Relevanz, was für die Betrachtung der Sozialisation bedeutend ist (Wagner, 2011, 45).

Beschäftigt man sich mit politischer Partizipation aus der Sichtweise, dass es sich hierbei um sozialisierte Verhaltensmuster handelt, steht eine pädagogisch-psychologische Herangehensweise im Mittelpunkt. Hier geht es darum, was Heranwachsende lernen müssen, bzw. was ihnen ihr Umfeld (Eltern, LehrerInnen, FreundInnen, etc.) vermitteln soll, um ihnen die Kompetenz zu geben, ihr Leben als aktive BürgerInnen zu gestalten (Keupp, 2010).

Sozialisation wird von Geulen (2005) als bewusste Auseinandersetzung und Aneignung der Gesellschaft durch persönliche Erfahrungen beschrieben. Menschen sind von Beginn an gestaltend und interpretierend in diesem Prozess beteiligt. Dabei geht Geulen davon aus, dass die Menschen nicht einfach eine zugeschriebene soziale Rolle in der Gesellschaft akzeptieren, sondern sich durch die eigenen Interpretationen in die gesellschaftlichen Umstände einfinden. Die dominierenden Werte und Normen werden erst durch eine Platzierung der jeweiligen Person in der Gesellschaft verinnerlicht. Das Subjekt kann sich von der Gesellschaft jedoch auch distanzieren und erkennen, dass es eine Autonomie zu den vorherrschenden Handlungsmöglichkeiten gibt und dass auch darüber hinaus gehandelt werden kann.

Dieser Ansatz kann als subjektorientiert beschrieben werden. Das Subjekt setzt sich mit seiner Umwelt in Beziehung und generiert daraus Bedeutungen (Wagner, 2011). Die genetische Veranlagung als bedeutende Voraussetzung für die Entwicklung des Menschen hat in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung an Wichtigkeit verloren,

stattdessen wird die Umwelt, in der eine Person heranwächst, als entscheidend und prägend angesehen (Geulen, 2005).

Sozialisation ist besonders in jungen Jahren prägend, aber ist auch gleichzeitig ein nie endender Prozess. Dabei darf der Mensch nicht bloß als Produkt seiner Umwelt dargestellt werden und somit als den Gegebenheiten ausgeliefert, vielmehr hat jede Person auch Einfluss darauf welchen Sozialisationseinflüssen er/sie sich aussetzt und kann somit seine/ihre Entwicklung auch selbst mitbestimmen (Geulen, 1981).

5.1. Entwicklung der Sozialisationsforschung

Die Sozialisation von Jugendlichen ist ein eher junges Thema. Zurückzuführen ist dies besonders darauf, dass die Zeit der Jugend als Lebensabschnitt zwischen Kindheit und Erwachsensein erst als Phänomen des 20. Jahrhunderts beschrieben werden kann. Jugend als Zeit der Selbstständigkeit und Ungebundenheit von der eigenen Familie und gesellschaftlichen Verpflichtungen ist ein Lebensabschnitt der in dieser Ausprägung wie er heute besteht, noch später entstanden ist (Ecarius et al., 2011). Dabei ist Jugend kein fixer Begriff der sich an einer klar vorgegeben Zeitspanne orientiert. Die Lebensphase muss vielmehr kontextbezogen definiert werden und ist dem kulturellen Wandel unterworfen.

Die Auseinandersetzung mit politischer Sozialisation hat besonders in den Fünfzigerjahren und Siebzigerjahren einen Höhenflug erlebt und erfuhr um 1990 einen erneuten Aufschwung (Niemi & Hepburn, 1995). Unter politischer Sozialisation versteht man einen Prozess, der das politische Wissen, die politische Einstellung und das politische Verhalten beeinflusst (Aktin & Gantz, 1978; Sigel, 1965). Die bestehende Forschung hat sich hier insbesondere auf die Untersuchung der Übertragung von politischer Orientierung fokussiert. Für die Auseinandersetzung mit politischer Partizipation außerhalb der Positionierung am Stimmzettel ist in der Sozialisationsforschung aber wenig bekannt.

Ausschlaggebend für die politischen Sozialisationsprozesse ist zu Beginn ein Grundverständnis des politischen Systems, das die eigenen Möglichkeiten klar macht und ein Interesse und Wissen von Politik voraussetzt, das sich erst in den Werten und schließlich im Handeln der BürgerInnen festschreibt (Marsh, 1971). Traditionell sind

Familie, Ausbildungsstätte, Freundeskreis und teilweise auch die Massenmedien als Sozialisationsfaktoren der politischen Beteiligung als relevant anzusehen (Aktin & Gantz, 1978).

Die Einstellung die gegenüber politischem Verhalten entsteht ist für das zukünftige Handeln der Jugendlichen entscheidend. Diese Einstellungen sind in jüngeren Jahren noch leichter beeinflussbar und festigen sich erst später. Die Einflussnahme durch Sozialisationsfaktoren kann hier noch entscheidend sein (Eckstein et al., 2012).

5.1. Gesellschaftliche Milieus

Die bloße Erhebung des sozialen Status der Menschen um Aussagen über Wertvorstellungen und Einstellungen zu treffen, hat sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung als unzureichend herausgestellt. Personen innerhalb der gleichen gesellschaftlichen Schicht können sich sehr unterschiedlich entwickeln, da das Konzept des sozialen Status als Erklärungsmodell der persönlichen Entwicklung zu kurz greift. Die subjektive Sozialisation wird durch die gruppeninterne Homogenität in den Weltanschauungen viel stärker geprägt als durch schichtspezifische Merkmale. Klasse, Stand oder Schicht sind in der Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Begrifflichkeit vom Konzept Milieu abgelöst worden, der über den sozialen Status und die Soziodemographie hinausgeht und es vermag auch gemeinsame Wertvorstellungen und Weltanschauungen zu umfassen. Die Milieuzugehörigkeit lässt es zu, Aussagen über Lebensstile und Alltagspraktiken zu treffen. Die Untersuchung der gesellschaftlichen Schichten ist damit aber nicht überflüssig geworden, sondern wird von der Milieubetrachtung vorausgesetzt (Barth & Flaig, 2013). Die Erhebung von Milieus ist in ihrer Messung sehr aufwändig, da hier auf die Tiefen der sozialen Differenzierungsstruktur eingegangen wird (Flaig et al., 1997).

Die Milieusozialisation wird in der Basis in der Familie gelegt (Ecarius et al., 2011), hängt aber noch von weiteren Faktoren ab. So ist neben dem Status der Familie (finanzielle Gegebenheiten, Bildung der Eltern und damit Bildungschancen für die Kinder, soziale Kontakte, etc.) einzubeziehen was die aktuell bestimmenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen sind und wie die individuellen Eigenschaften (Talente und Charakteristika) Einfluss nehmen (Barth & Flaig, 2013). So beginnt die

Milieuentwicklung grundlegend im Elternhaus und wird später durch persönliche Entscheidungen der Kinder weiterentwickelt. Entscheidungen für den Bildungsweg, Arbeitsplatz und die eigenen Freunde sind bedeutende Größen für die spätere Milieuzugehörigkeit (Calmbach et al., 2012).

Bei Milieus handelt es sich nicht um konstante Größen. Wertvorstellungen verändern sich im Laufe der Zeit und dies erfasst auch die Definition der Milieus. Damit sind sie kontextgebunden und müssen die Aktualität des Wertewandels immer einbeziehen. Milieuforschung wird für wissenschaftliche wie kommerzielle Bereiche eingesetzt und ist in der thematischen Nutzung sehr vielseitig anwendbar. Der Ansatz schafft eine ganzheitliche Erfassung der Vergesellschaftung des Menschen (Barth & Flaig, 2013).

5.2. Instanzen der Sozialisation

Die Familie, die Peers, die Ausbildungsstätte und die Medien nehmen als Unterteilung in der Sozialisationsforschung eine bedeutende Rolle ein und geben einen Einblick darin, wie der Sozialisationsprozess sinnvoll unterteilt werden kann (Ecarius et al., 2011; Geulen, 2005). Die Ausgestaltung dieser Sozialisationsinstanzen gibt Auskunft über die Milieuzugehörigkeit und schafft so die Teilhabechance der Jugendlichen (Ecarius et al., 2011). Als Zentrum der Sozialisationseinflüsse wird vor allem die engste Familie gezählt. Die Beziehung beruht hier auf einer emotionalen Face-to-Face Kommunikation und die Ausgestaltung der familiären Gegebenheiten ist entscheidend für die grundlegende Entwicklung des Menschen. Wichtige Grundsteine für Persönlichkeit, Verhalten und Einstellungen werden in diesem Rahmen gelegt (Carlson et al., 2011). Die Entdeckung erster Außenbeziehungen durch Gleichaltrige verändert die Entwicklung erneut. Es beginnt eine Ablösung von den Vorstellungen der Familie und die Entdeckung neuer Welten und die damit einhergehenden neuen Quellen der Erfahrung und Beeinflussung (Vollbrecht, 2010). Für Jugendliche sind die Standpunkte ihrer FreundInnen und deren Verhalten prägend, sie orientieren sich an ihren Peers und passen sich ihnen an. Was innerhalb eines Freundeskreises als akzeptable Meinung und Verhalten angesehen wird, ist für die Entwicklung der Jugendlichen bedeutend (John, 1999, 187).

Auch Institutionen und Kollektive, wie etwa der Kindergarten, die Schule, ein Verein oder eine Organisation, später auch der Arbeitsplatz und die ArbeitskollegInnen bringen

neuen Input in die Entwicklung von Wertvorstellungen, Alltagspraktiken und Lebensstile. Die zweckspezifische Zuwendung zu diesen Institutionen prägt auch die Tiefe des Einflusses durch diese Sozialisationsfaktoren (Baacke et al., 1997). Im Rahmen dieser Institutionen steht jedoch auch die Entwicklung und Vertiefung von Beziehungen zu Gleichaltrigen, die an dieser Stelle auch bereits intensiv auf die Lebensgestaltung, beispielsweise die Freizeitplanung, der Kinder und Jugendlichen einwirken.

Als übergreifendes Element können Medien als bedeutende Basis von Kommunikation und Informationsinstrument angesehen werden (Baacke et al., 1997). Medien bieten die Möglichkeit der schrittweisen Aneignung der Welt, sie enthalten bestimmte kommunikative Strukturen, die das Gesellschaftssystem reflektiert und gestaltet, helfen den Menschen miteinander zu kommunizieren und bieten die Chance für RezipientInnen eigene Räume zur Selbstdarstellung und Identitätsbildung zu schaffen (Wagner, 2011, 45). Als umfassende Elemente, durch die Jugendliche über ihren Nahraum hinaus mit neuen Meinungen, Einstellungen und Werten konfrontiert werden, spielen Medien in Bezug auf die politische Verortung und Aktivierung eine bedeutende Rolle, die in dieser Studie einbezogen werden soll.

5.3. Die Rolle der Familie

Das demokratische Verständnis und die Kompetenz in einem demokratischen System aktiv zu agieren, hängt in einem bedeutenden Maße von der Erziehung im Elternhaus ab. Da sich die Gesellschaft nach den öffentlich anerkannten Normen orientiert, ist es im westlichen Kulturraum auch die Norm in einem demokratischen Sinn erzogen zu werden (Beck, 1997). Grundsozialisation der Werthaltungen ist somit abhängig vom Familienkreis als ersten Kontakt mit der Gesellschaft. Sozialisation ist als ein lebenslanger Prozess zu verstehen, dessen Grundsteine aber ganz wesentlich in den ersten Lebensjahren gelegt werden (Hess & Torney, 1967). Eltern prägen ihre Kinder jedoch noch auf einen viel grundsätzlicheren Level. Sie sind die Voraussetzung für den sozialen Status und die Milieuzugehörigkeit, der in weiterer Folge die Bildungschancen, den Freundeskreis und den Berufsweg ihrer Kinder formt. Da das soziale Milieu als bedeutend für das partizipative Potenzial angesehen werden kann, ist somit die Familie in der man aufwächst, Grundstein für die eigene Entwicklung (Moser, 2010).

In Bezug auf Politik zeigt sich die Familie insbesondere im Bereich der generellen politischen Orientierung als prägend (Hess & Torney, 1967). Aber auch grundsätzliche Einstellungen wie die Akzeptanz von Autorität, Zynismus, Loyalität und Selbstwirksamkeit werden von den Erfahrungserfahrungen in der Familie beeinflusst (Flanagan & Tucker, 1999; Schmid, 2012) und wirken sich direkt und indirekt auf die politische Einstellung und das Verhalten Jugendlicher aus (Milbrath & Goel, 1977). Der Wille, sich mit Politik zu beschäftigen, wird ebenfalls von der Familie bestimmt. Hier ist entscheidend wie stark politisiert das familiäre Zusammenleben ist, also wie oft über Politik diskutiert wird und wie stark sich die Eltern als wesentliche Vorbilder mit politischen Themen, beispielsweise durch Medien beschäftigen (Martikainen, 1973). Das Mitentscheidungspotenzial in Familien, wie und ob über Entscheidungen abgestimmt wird, sowie der Erziehungsstil prägen Kinder in ihren Vorstellungen von Beteiligung und in ihrer Selbstwirksamkeit (Moser, 2010).

Die Familie ist aber nur für eine begrenzte Zeit ein wichtiger Einflussfaktor. Durch die Schule und der immer wichtiger werdenden Rolle der FreundInnen, werden die Einflüsse der Familie zurückgedrängt. Unter 10- bis 14-Jährigen ist der Stellenwert der Eltern noch sehr hoch. Bei Jugendlichen ab 14 kommt es aber zu einer Bedeutungsaufwertung der Peers. Junge Erwachsene sind dann hinsichtlich beider Beziehungsbereiche autonomer. Altersunterschiede sind damit ein bedeutender Faktor, der berücksichtigt werden sollte, wenn Sozialisationseinflüsse untersucht werden (Ecarius et al., 2011).

Die Jugendlichen erreichen heute in einem rascheren Selbstständigkeit im Sinne von Selbstbestimmung und dem Treffen eigener Entscheidungen. Durch Gesetze, wie dem Wählen ab 16, wird ihnen bereits sehr früh ein hohes Maß an Eigenverantwortung zugesprochen (Burdewick, 2003). In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurde der Einfluss der Familie auf die Jugendlichen lange auf den Abgrenzungskampf von den Werten der Eltern reduziert. Doch in der Familie werden ganz grundlegende Entscheidungen beispielsweise über den zukünftigen Bildungsweg der Kinder besprochen und somit der weitere gesellschaftliche Status und die Milieuzugehörigkeit geprägt (Ecarius et al., 2011).

Merschitz (2007) überprüfte zu diesem Thema durch eine Befragung den Zusammenhang von Erziehung und der politischen Verortung der Jugendlichen. Es zeigte sich, dass hier

die Wirkkraft der Eltern auf die Jugendlichen noch als besonders hoch einzustufen ist. Ein homogenes politisches Elternhaus prägt die Jugendlichen nachhaltig in ihren politischen Entscheidungen. Auch wenn Jugendliche in einer stark mediatisierten Umwelt aufwachsen, erfüllen Eltern noch wesentlich die Rolle der Meinungsführer. Auch Schmid (2001) zeigt die Bedeutung der Eltern auf und weist in ihrer Studie nach, dass Eltern einen bedeutenden Einfluss auf die Wahlentscheidung von ErstwählerInnen haben. 50% der Jugendlichen wählen beim ersten Mal die präferierte Partei ihrer Eltern und nur 30% stimmen in ihrer Wahlpräferenz mit ihren FreundInnen überein.

Problematisch in Hinblick auf die Sozialisation der Familie ist hier in erster Linie der Top-Down-Ansatz von Eltern auf ihre Kinder zu bewerten. McDevitt und Chaffee (2002) zeigen, dass der Prozess auch umgekehrt funktioniert und sich die politischen Einstellungen der Eltern durch die Diskussion mit den Kindern verändern können. Neue Ansichten, die durch Medien und den Freundeskreis entstehen, werden in das bestehende Glaubenskonzept der Familie eingebracht und führen zu Diskussionen und mitunter auch Veränderungen.

5.4. Die Rolle der Ausbildungsstätte

Die Schule als Bereich der Sozialisation ist grundlegend für Kinder, da alle in Österreich dazu verpflichtet sind, die Schule für mindestens neun Jahre zu besuchen. Sie können erste Erfahrungen außerhalb der Familie sammeln und lernen sich in einer neuen Struktur einzufinden. Die Lehren für die zivilgesellschaftliche Partizipation sind hier jedoch weniger grundsätzlich als im Elternhaus. In der Ausbildungsstätte steht die Vermittlung von formalen Wissen und Anwendungskompetenzen im Mittelpunkt (Moser, 2010). Der Schule wird die Möglichkeit zugesprochen milieuspezifische Teilhabechancen aufzubrechen und durch die Unterstützung der Jugendlichen Bildungsinteressen und soziale Eingebundenheit zu fördern. Dennoch sind geschlechtsspezifische, regionale und ethische Hürden gegeben die eine Benachteiligung im Bildungssystem mit sich bringen und zu einer Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse führen (Ecarius et al., 2011).

Die Einbettung der Politischen Bildung, als Erziehung von interessierten und aktiven StaatsbürgerInnen, in den Unterricht ist ein nach wie vor laufender Prozess und ist in Österreich noch nicht auf befriedigender Basis gelungen (Ammerer, 2010). Politische

Bildung ist jedoch als wichtiger Sozialisationsfaktor für Jugendliche anzusehen, um eine funktionierende Demokratie zu gewährleisten. Der formale Bildungsstand und die Kompetenzen die mit einem Bildungsabschluss einhergehen (Kritische Reflexion von Information, Handhabung von Quellen, etc.), sind entscheidend für ein kritisches und reflexives Auseinandersetzen mit Politik und für die Beteiligung an politischen Aktivitäten (Krammer, 2009).

Um sich politisch beteiligen zu können, müssen Jugendliche die Fähigkeit besitzen ihre eigenen Interessen zu kennen, zu artikulieren und zu realisieren. Sie müssen an die eigene Selbstwirksamkeit glauben und mit Unsicherheiten und Frustration umgehen können. Diese Kompetenzen sind die Voraussetzung für aktive Beteiligung. Zudem müssen sie soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit, Konfliktbewältigung und Kommunikativität erlernen. Ebenfalls bedeutend ist es, Sachkompetenzen zu besitzen und über inhaltliches Wissen und Können zu verfügen, sowie die Medienkompetenz zu schulen, damit die Jugendlichen es selbstständig beherrschen die richtigen Quellen aufzusuchen und ihre Nachricht über die richtigen Kanäle wieder zu verbreiten (Moser 2010). Bildung kann ein wesentlicher Anteil im politischen Potenzial eines Menschen zugesprochen werden, da der Bildungsweg direkt und indirekt diese notwendigen Kompetenzen schult (Martikainen, 1973).

Es gibt drei grundlegende Maxime, die der Politischen Bildung in Österreich zugrunde liegen. Das Überwältigungsverbot soll Lehrende daran hindern den SchülerInnen die eigenen politischen Ansichten aufzuzwingen und so die Bildung eigener Anschauungen zu verhindern. Das Ausgewogenheitsgebot soll dafür sorgen, dass aktuelle Problematiken kontrovers diskutiert und verschiedene Standpunkte dargestellt werden. Als dritte Voraussetzung sollen die SchülerInnen aufgefordert werden, die eigene Interessenslage zu analysieren, damit es ihnen möglich ist zu entscheiden, wem sie ihre Stimme geben wollen oder für welche Thematik sie sich aktiv einsetzen möchten (Ammerer, 2010).

Aktuell zielen die Gesellschaft sowie die politische Didaktik darauf ab, Jugendliche stärker für Politik zu interessieren und ihr partizipatives Potenzial zu steigern. Das starre Korsett der Institutionenlehre aus der klassischen Staatsbürgerkunde soll aufgebrochen werden und Kritikfähigkeit sowie selbstständiges Denken wird das Lernziel des politischen Unterrichts. Somit liegt die Bedeutung im Fach Politische Bildung in der

Ausbildung der Kompetenzen, die für eine aktive Beteiligung an der Demokratie notwendig sind. Die Schule soll Jugendliche als mündige StaatsbürgerInnen sozialisieren, die das Verständnis und die Fähigkeit mitbringen sich zu beteiligen (Krammer, 2010, 22). Die gelebten Unterrichtsmethoden fördern eine aktive Beteiligung der SchülerInnen jedoch noch nicht in einem ausreichenden Maße. Die Vorführung der Information durch den Lehrer basiert noch zu stark auf dem top-down-Prinzip und lässt nicht immer eine demokratische Atmosphäre, die auf Mitgestaltungsmöglichkeiten und kritischer Reflexion beruht, zu.

Bei den didaktischen Möglichkeiten (Ausbau des formalen Wissens, Ausbildung der Urteilskompetenz, Vermittlung der Anwendung im Sinne der Beteiligung), die dem Lehrpersonal zur Verfügung stehen (Krammer, 2010), ist immer auch einzubeziehen, dass die persönlichen Voraussetzungen der SchülerInnen den Möglichkeiten des Unterrichts die Grenzen setzen. Es kristallisiert sich eine getrennte Wertschätzung der Politischen Bildung abhängig vom persönlichen Interesse und vom Bildungsstand der SchülerInnen heraus, dass bedeutet das Interesse bei BerufsschülerInnen ist anders zu beurteilen als bei Jugendlichen, die sich auf die Matura vorbereiten (Filzmaier & Klepp, 2009). Die Schulauswahl sagt hier bereits etwas über die persönliche Disposition aus, die den Stellenwert von Bildung bestimmen. Die Auswahl des Bildungswegs kann durch die Spezifika des Milieus erklärt werden und Kinder reproduzieren in ihrer Bildungswahl die Schichtzugehörigkeit der Familie (Ecarius et al., 2011). Ein pauschales Rezept für eine gelungene Politische Bildung in der Schule ist somit schwer zu erreichen. Aktive Förderung der SchülerInnen und die Mitgestaltungsmöglichkeiten können das Interesse und das Verständnis für Beteiligung aber fördern.

Aus Sicht der Betroffenen lässt sich zu dieser Thematik sagen, dass 60% der Jugendlichen davon ausgehen, dass im Bereich der Politischen Bildung noch nicht genug getan wurde. Sie wünschen sich eine intensivere Beschäftigung mit diesem Thema. Rund ein Drittel sieht hier besonderen Aufholbedarf im Bereich der Wahlen und politischer Partizipation (Filzmaier, 2007, 13). Der Einfluss von Bildungseinrichtungen auf das eigene politische Interesse wird von Jugendlichen als sehr bedeutend eingeschätzt. An zweiter Stelle steht das Elternhaus. Junge ÖsterreicherInnen gaben dazu beispielsweise in Bezug auf die Nationalratswahl 2008 an, dass die Eltern bedeutende

AnsprechpartnerInnen für politische Themen und Entscheidungsfindung waren (Fitzmaier & Klepp, 2009).

Medien, besonders das Internet werden häufiger im Unterricht eingesetzt, um die Inhalte von Politik zu vermitteln. Beispielsweise kann dadurch eine Präsentation der Parteien stattfinden und ihre Parteiziele aufgezeigt werden, aber ist es auch möglich die selbstständige Informationssammlung und damit die eigenständige Recherche in politischen Belangen der Jugendlichen auszubilden (Berger & Kühberger, 2010).

In einer amerikanischen Studie wurde überprüft, wie sich die Themenwichtigkeit von politischen Inhalten, die Stärke der Meinung und die politische Ideologie auf das Wahlverhalten von Highschool-SchülerInnen, die das erste Mal an einer Wahl teilnehmen dürfen, auswirkt. Ausgangspunkt war die Initiative „Kids Vote USA“, die einen interaktiven Lehrplan über Politik in Schulen forcierte. Die Ergebnisse zeigten, dass der aktivierende Lehrplan bei den SchülerInnen zu einem verstärkten Interesse an Politik führte, welches sich in gesteigerter Mediennutzung und Diskussion mit Eltern und FreundInnen geäußert hatte. Die Schule kann als Trigger-Moment angesehen werden, die es schafft Kinder aus verschiedenen Schichten zu erreichen und zu interessieren. Erst die politische Diskussion im privaten Umfeld führt aber zu einem gesteigerten Interesse an politischen Themen und damit zu einer verstärkten politischen Mediennutzung und Kommunikation in der Zukunft (Kiousis & McDevitt, 2008). Auch ein direkter Sozialisationseffekt ist feststellbar. Bekommen Jugendliche die Möglichkeit sich in der Schule zu beteiligen, erfahren demokratisches Verhalten im Unterricht und werden zu freiwilliger Arbeit motiviert, dann erzielt die Schule einen bedeutenden Einfluss auf das zivile und politische Engagement der Jugendlichen (Flanagan et al., 1998).

Neben der Schule ist auch die Hochschule durch die Spezifizierung der persönlichen und beruflichen Kompetenzen eine bedeutende Sozialisationsagentur. Sie bietet den Jugendlichen neue Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten und erweitert ihren Horizont in Bezug auf formales Wissen aber auch durch neue soziale Kontakte. Das soziale Milieu entscheidet ob eine tertiäre Ausbildung überhaupt infrage kommt und wie sich der Studienerfolg gestaltet. Die soziale Schichtung ist damit an der Universität viel homogener als in der verpflichtenden Grundschule. Die bisherige vollzogene Sozialisation wird hier verstärkt, beziehungsweise modifiziert (Ecarius et al., 2011).

5.5. Die Rolle des Arbeitsplatzes

Wie die Schule ist auch der Arbeitsplatz ein Bereich, der zu einem bestimmten Zweck genutzt werden und deren Einfluss die Jugendlichen in ihre Entwicklung einbeziehen (Baacke et al., 1997). Für den Arbeitsplatz als Sozialisationsort ist bedeutend, dass die politischen Ansichten und Werte vermittelt werden, nicht im selben institutionalisierten Rahmen ablaufen wie in der Ausbildungsstätte (Krammer, 2009). Allerdings werden Jugendliche so auch mit Einstellungen konfrontiert, die über das eigene Umfeld hinausgehen (Familie und Freunde). Die milieuspezifische Wahl des Bildungswegs nimmt Einfluss auf die Karriereentscheidungen der Jugendlichen. Das soziale Milieu wird meist reproduziert und setzt sich somit auch im beruflichen Umfeld fort (Ecarius et al., 2011).

Wie bedeutend politische Diskussionen und damit politische Sozialisation in diesem Umfeld sind, ist schwer zu beurteilen. Die Rahmenbedingungen in Österreich lassen jedoch zu, dass Parteien auch als Einflussnehmer auf große Unternehmen fungieren und damit die politische Komponente im Arbeitsumfeld, besonders im österreichischen Kontext interessant erscheint (Pelinka & Rosenberger, 2007). Es ist jedoch davon auszugehen, dass es im Falle des Arbeitsplatzes als Sozialisationsort große individuelle Unterschiede bestehen. Kritisch zu betrachten ist, dass der wirtschaftliche Rationalisierungsprozess den Arbeitsplatz immer weniger zum Bereich der Kommunikation und des Austausches werden lässt. Der Anstieg an Teilzeitbeschäftigungen führt auch zu einer Verminderung des gemeinsamen Arbeitens und damit einem Rückgang der Gespräche unter MitarbeiterInnen. Der Einbezug dieses Bereichs ist aber dennoch bedeutsam, da besonders Jugendliche die keine höhere Schule besuchen den Einflussfaktor der Ausbildungsstätte früh verlieren, und dafür von den Ansichten ihrer ArbeitskollegInnen erreicht werden.

5.6. Die Rolle der Gleichaltrigen

Jugend beschreibt den Lebensabschnitt zwischen Kindheit und Erwachsensein, der sich besonders durch eine erste Entwicklung von Freigeist und Selbstständigkeit kennzeichnet und gleichzeitig geprägt ist von der finanziellen Abhängigkeit an das Elternhaus. Die jungen Menschen bewegen sich aus dem behüteten Raum der Kindheit heraus, ohne alle Privilegien aber auch Pflichten der Erwachsenen zu erhalten. Die Lebensphase Jugend ist markiert durch die Entwicklung einer eigenen Gruppe außerhalb der Familie, was die Peers und die gemeinsame Herausarbeitung von Werten und Einstellungen zu einem inhärenten Kennzeichen dieses Lebensabschnitts macht. Neben den formellen Sozialisationsräumen wie Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz die einen übergeordnete Systemzweck unterstehen, bietet die Peergroup einen notwendigen, informellen Sozialisationskontext der an den persönlichen Bedürfnissen orientiert ist (Ecarius et al., 2011). Jugendliche bekommen die schwere Aufgabe ein gesellschaftlicher Motor von Innovation zu sein und gleichzeitig wird von ihnen verlangt altbewährte Werte zu bewahren und eine erprobte Ordnung weiterzuleben. Jugendliche wollen einerseits ihren Träumen nachgehen und sich selbst verwirklichen, können sich jedoch nicht ohne weiteres von dem ihnen vermittelten Wertekonzepten lossagen. Der Prozess der Sozialisation bewegt sich in dieser Phase demnach zwischen Innovationsanspruch und der Verpflichtung gegenüber der Herkunft der Jugendlichen. Besonders wichtig für die Entwicklung von Gegenkonzepten ist der Freundeskreis. Hier findet der Austritt aus dem gegebenen, familiären Umfeld in die Gesellschaft von selbstgewählten Gleichaltrigen statt (Hagedorn, 2008).

Die Verwendung des Begriffs Peers als Bezeichnung für die FreundInnen setzt sich zusammen aus der Bedeutung Gleichaltrige(r) und Gleichgestellte(r) und drückt damit den Stellenwert des Freundeskreises in der Jugendzeit aus. In der Wahrnehmung der Jugendlichen nimmt die Peergroup einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Familie ein. Soziale Erfahrungen wie das Beginnen und Beenden von sozialen Kontakten, die innerhalb des familiären Rahmens nur gering angewandt werden können, werden innerhalb der Peergroup erlebt und führen zu einem Ausbau und der Weiterentwicklung von sozialen Kompetenzen (Ecarius et al., 2011). Der Umstand, dass man sich seine FreundInnen selbst wählt, führt zu einer großen Bedeutung dieser Personen im Leben der

Jugendlichen, da sie sich auch so bewusst für deren Lebenseinstellungen und Werte entscheiden. Eltern legen somit zwar die Wertegrundlage, doch FreundInnen werden von Jugendlichen ganz bewusst ausgewählt und übernehmen einen immer stärkeren Part im Leben der jungen Menschen (Fuhrman & Buhrmeister, 1992). Durch das Ausbrechen aus dem ersten Bezugsraum der Familie gewinnen aber auch Medienkonsum und der Ausbildungs- und Arbeitsplatz an Bedeutung.

Der Freundeskreis der Jugendlichen setzt sich in erster Linie aus Personen zusammen, die die eigenen Interessen und Wertvorstellungen teilen und es steht eine einigermaßen bewusste Auswahl hinter der Zusammensetzung der Peergroup (Hartup, 1996; 2005). Sie bestärken sich in ihren Vorstellungen und ihrem Handeln und entwickeln eine eigene jugendliche Dynamik (Kandel, 1986). So legt zwar die Familie den Grundstein, aber die Ausübung von politischen Verhalten manifestiert sich durch die selbstgewählte Peergroup (Hartup, 1996; 2005; Kandel, 1986; Schmid, 2012). Damit kann die Peergroup als zentrale Resonanzraum für die Identitätsentwicklung der Jugendlichen angesehen werden (Ecarius et al., 2011). Eine besondere Bedeutung kommt auch den gewählten PartnerInnen zu. In dieser Arbeit wird daher gemeinsam mit dem Einfluss der FreundInnen auch der Einfluss des/der Partners/in überprüft. In einer Partnerschaft verbringt man viel Zeit miteinander und diskutiert über sehr viele Themen, darunter auch Politik. Und bei der PartnerInnenauswahl spielen die politischen Ansichten und Interessen ebenfalls eine bedeutende Rolle (Alford et al., 2011). So zeigt sich, dass vor einer Liebesbeziehung bereits grundlegende Gemeinsamkeiten bestehen (Lou & Klohn, 2005; Watson et al., 2004) und sich diese aber auch in einer lange währenden Partnerschaft immer stärker angleichen (Alford et al., 2011).

Der Einfluss von Gleichaltrigen zeigt sich in vielen Aspekten des Lebens eines Jugendlichen. So sind die Peers beispielsweise entscheidend für die Markenpräferenz und Konsumeinstellungen der Jugendlichen. Durch den Wunsch einer Gruppe zugehörig zu sein, richten sich Jugendliche nach den Interessen und Vorlieben ihrer FreundInnen aus (John, 1999). Sie streben eine Homogenität mit ihrem selbst gewählten nächsten Umfeld an und werden daher auch traditionell als bedeutende Sozialisationsfaktoren angesehen (Aktin & Gantz, 1978).

5.7. Die Rolle der Medien

Medien bieten die Möglichkeit der schrittweisen Aneignung der Welt, sie enthalten bestimmte kommunikative Strukturen, helfen den Menschen miteinander zu kommunizieren und bieten die Chance, eigene Räume zur Selbstdarstellung und Identitätsbildung zu schaffen (Wagner, 2011). Medien werden in Sozialisationstheorien oft nur als ein Faktor genannt, ohne konkret oder eigenständig auf sie einzugehen. Medienwissenschaftler wie Bonfadelli argumentieren daher schon seit Jahren, die Sozialisationsfähigkeit von Medien nicht zu unterschätzen. Besonders das Internet, das eine Vielzahl an Informationen bietet, sollte aufgrund seiner kommunikativen Leistungen mehr Beachtung finden (Geulen, 2005; Wagner, 2011).

Die Sozialisationsfunktion von Medien lässt sich an einigen Aspekten gut darlegen. Sie sind integrierende und konstitutive Bestandteile des gemeinschaftlichen und des persönlichen Lebens. Das Medienhandeln ist außerdem als Teil der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit des Einzelnen zu bewerten. Da Medien und ihre Inhalte von Menschen geschaffen werden, spiegeln sie einen Wertepool wider, der als Orientierungshilfe genutzt werden kann. Die gezeigten Menschen- und Weltbilder sind für die nach Verortung suchenden Jugendlichen eine Vorlage oder manchmal sogar Vorgabe (Ecarius et al., 2011; Wagner, 2011).

Das sinkende Involvement und Interesse der Jugendlichen an politischen Themen wird verbreitet in mitteleuropäischen Staaten ersichtlich. Auch ihr politisches Wissen und ihre Bereitschaft nach Information zu suchen, müssen als rudimentär eingestuft werden. Ältere WählerInnen zeigen deutlich höhere Rezeptionszahlen bei TV-Nachrichten und Printinformationen. Das Internet spielt hierbei als Medium politisches Interesse und politisches Wissen zu vermitteln eine immer bedeutender werdende Rolle. Dieser Trend ist auch für ältere Altersgruppen ersichtlich, wird bei den jungen WählerInnen jedoch wirksamer (Kaid et al., 2007; Naderer, 2012). Junge Generationen rezipieren signifikant seltener klassische Medien wie Zeitungen und TV-Nachrichten und sehen ihre Interessen in diesen Medien auch zu wenig gut dargestellt. Sie verwendeten daher kennzeichnend öfter das Internet als Informationsquelle und hier nicht klassische Nachrichtenproduzenten, sondern gerne neue Quellen wie Blogs. Das Bedürfnis zu erfahren was andere Menschen als relevant erachten, bleibt aufrecht, allerdings besteht

der Wunsch sich über den Mainstream an angebotenen Nachrichten hinaus zu informieren (Coleman & McCombs, 2007).

Die Nutzung des Internets für politische Zwecke ist ein Zugang der für Jugendliche Vorteile bringen kann, da sie ohnehin starke NutzerInnen dieses Mediums sind. Ein politisches Nutzungsverhalten muss sich jedoch erst sozialisieren. Hier müssen von Seiten der Politischen Bildung, aber auch der Politik Initiativen gesetzt werden (Kushin & Yamamoto 2010, 626).

Auch Delli Carpini (2000) schließt mit seinen Studienaussagen an die verbreitete Meinung an und attestiert junge BürgerInnen ein geringes Vertrauen in die Politik, kaum Interesse an politischen Themen, wenig Wissen über das politische System und ein Gefühl der Abschottung gegenüber dem Staat. Auch er stellt fest, dass junge Menschen kaum noch politische Nachrichten in klassischen Medien rezipieren und dass ein Rückgang in ihrem Partizipationsniveau feststellbar ist. Jugendliche zeigen generell ein geringeres soziales Engagement. Der Autor schließt sich ebenfalls dem Resümee an, dass das Internet zu einer positiven Entwicklung für Jugendliche führen kann und spricht sich somit für einen verstärkenden Partizipationseffekt durch Medien aus. Im Internet suchen Jugendliche jedoch noch zu wenig aktiv nach politischen Informationen, sondern werden häufig nur zufällig mit politischen Inhalten beim Surfen konfrontiert. Auch soziale Netzwerke haben einen Informationseffekt. Das Internet spielt daher in der grundlegenden Information Jugendlicher eine wichtige Rolle und das politische Leben der Jugendlichen wird immer stärker durch dieses Medium geprägt (Kushin & Yamamoto, 2010), was ebenfalls auf den politischen Sozialisationseffekt dieses Mediums hinweist.

Personen die sich bereits politisch beteiligen können durch das Internet die Kosten und den Zeitaufwand ihrer Partizipation senken. Beispielsweise wird die Organisation von Demonstrationen oder politischen Veranstaltungen erleichtert und es können rascher und kostensparend mehr Menschen erreicht werden. Besonders Jugendlichen, die sich klassischen Beteiligungsformen entziehen, kann hier eine neue und attraktive Form der Partizipation aufgezeigt werden (Delli Carpini, 2000). Personen die sich intensiv über das Internet informieren, setzen sich beispielsweise stärker für soziale Projekte ein. Sie werden durch die Internetnutzung mobilisiert und erkennen durch die Information mehr Plätze an denen sie sich beteiligen können. Personen die das Internet für Unterhaltung

und Selbstdarstellung nutzen, ziehen daraus keinen Mehrwert in politischer Hinsicht (Shah et al., 2001).

Jugendliche werden von den Potenzialen des Internet in Bezug auf Partizipation am intensivsten beeinflusst und dieses Medium hat bei jungen Menschen somit die stärksten Effekte. In der Gesamtbevölkerung zeigen jedoch Hard News aus Zeitungen den nachdrücklichsten Effekt auf die Mobilisierung von sozialem Kapital (Coleman & McCombs, 2007; Shah et al., 2001). Aktive Mediennutzung erweitert, zusammenfassend gesagt, den Horizont von Jugendlichen (McDevitt & Chaffee, 2002) und führt zu einer verstärkten Diskussion und damit einem gesteigerten politischen Bewusstsein (Tan, 1980). Kononova et al. (2011) zeigen aber auch einen direkten Sozialisationseinfluss auf, denn aktive MediennutzerInnen haben ein stärkeres Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit und daher auch eine höhere Absicht sich zu beteiligen.

5.8. Zusammenfassung der Sozialisationsprozesse

Jugendliche werden im politischen Sinne von verschiedenen Instanzen beeinflusst. Als besonders grundlegend lassen sich hier Familie und FreundInnen bezeichnen. Sie dienen als Orientierungspunkte und als wichtige DiskussionspartnerInnen um Meinungen zu schärfen und Einstellungen zu vertiefen. Die Schule und der Arbeitsplatz, sowie Vereine sind als „Trigger“-Elemente anzusehen, die weiterführende Auseinandersetzungen anstoßen können. Sie konfrontieren die Jugendlichen mit neuen Ideen und Ansichten, die sie in ihr privates Umfeld einbringen und kritisch hinterfragen können.

Medien sind besonders als Informationsanbieter bedeutend. Sie sind weniger als Stein des Anstoßes, sondern vielmehr zur Informationssuche und –vertiefung bedeutend. Aber auch hier weisen Forschungsergebnisse darauf hin, dass politische Beteiligung auf aktive Mediennutzung zurückzuführen ist. Das Internet bildet einen Spezialfall, da es nicht nur Informationen bietet, sondern auch die Möglichkeit bietet, das Medium selbst zur politischen Beteiligung zu nutzen. Auch der Begriff der politischen Partizipation ist somit einem Wandel unterworfen und die Nutzung des Webs als Plattform um Einstellungen und Ideen zu verbreiten ist als wichtiger neuer Aspekt für die Teilhabe an Politik anzusehen. Diese Schlüsse sind aus dem bestehenden Forschungsstand zu ziehen und sollen durch diese Studie überprüft werden.

6. Forschungsfragen und Hypothesen

In dieser Arbeit steht der Sozialisationsprozess von politischer Partizipation im Mittelpunkt. In Abgrenzung zu bereits bestehenden Untersuchungen zur politischen Sozialisationsforschung wird hier nicht die Übertragung von politischen Einstellungen geprüft, sondern versucht die Gruppe der politischen aktiven Jugendlichen und ihr persönliches Umfeld genauer zu beschreiben. Als besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, welche der herausgearbeiteten Sozialisationsinstanzen ausschlaggebend für das politische Engagement der Befragten ist. Als zweites Novum zur bestehenden Forschung wird neben den bekannten Sozialisationsinstanzen, der Arbeitsplatz als möglicher Einflussfaktor einbezogen.

Forschungsfrage 1 (F1): Welche der Sozialisationsinstanzen ist in Bezug auf die Sozialisationskriterien bei den befragten politisch aktiven Jugendlichen am ausschlaggebendsten?

Da es noch keine Studie gibt, die die vorhandenen Fragen zur Sozialisation in Bezug auf die Gruppe der politisch aktiven Jugendlichen in dieser Form überprüft hat, soll ausgewertet werden, welche der Sozialisationsinstanzen in Bezug auf Beschäftigung mit politischen Themen am stärksten ins Gewicht fällt. Hier soll einerseits überprüft werden, welche Sozialisationsfaktoren von Jugendlichen bewusst genannt werden und andererseits durch die Zusammenfassung mehrerer Sozialisationsaspekte der unbewusste Einfluss auf die politische Aktivität gemessen werden.

Hypothese 1 (H1): Wenn sich ein Zusammenhang zwischen der politischen Gesinnungen der Befragten mit jener von FreundInnen und Familie zeigt, dann partizipieren (allgemeine Partizipation, Wahlteilnahme) sie in höherem Maße.

H1.1a: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der Familie überein, dann partizipieren sie in Formen der allgemeinen Partizipation in höherem Maße.

H1.1b: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der Familie überein, dann partizipieren sie in höherem Maße bei Wahlen.

H1.2a: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der FreundInnen überein, dann partizipieren sie in Formen der allgemeinen Partizipation in höherem Maße.

H1.2b: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der FreundInnen überein, dann partizipieren in höherem Maße bei Wahlen.

FreundInnen und Familie werden traditionell als die bedeutendsten Sozialisationsinstanzen im Hinblick auf politisches Verhalten angesehen (Aktin & Gantz, 1978). Was im engsten Sozialisationsraum der Jugendlichen als akzeptabel und bedeutend angesehen wird, das prägt junge Menschen in ihren Meinung nachhaltig (John, 1999). Hier zeigt sich, dass eine stabile politische Richtung im nächsten Umfeld der Jugendlichen das Interesse und Engagement besonders steigert (Merschitz, 2007). Der Freundeskreis der Jugendlichen setzt sich zudem in erster Linie aus Personen zusammen, die eigene Interessen und Wertvorstellungen teilen (Hartup, 1996; 2005). Sie bestärken sich in ihren Vorstellungen und ihrem Handeln und entwickeln so eine eigene jugendliche Dynamik (Kandel, 1986). Und so legt zwar die Familie den Grundstein, was für die politische Beteiligung und Entscheidungsfindung bedeutend ist (Schmid, 2001), aber die Ausübung von politischem Verhalten hängt stark von der selbstgewählten Peergroup ab (Hartup, 1996; 2005; Kandel, 1986; Schmid, 2012). Somit wird erwartet, dass sowohl FreundInnen als auch Familie prägend sind, jedoch der Einfluss der Peergroup stärker ausfällt.

Hypothese 2 (H2): Wenn die FreundInnen der befragten Jugendlichen politisch aktiv sind, dann zeigen auch die Jugendlichen ein erhöhtes politisches Engagement.

Jugendliche achten bei der Auswahl ihrer PartnerInnen und FreundInnen auf eine Interessens- und Werteüberschneidung (Schmid, 2012) und lassen sich somit in weiterer Folge auch in erster Linie durch diesen selbst und bewusst gewählten Freundeskreis in ihren Einstellungen und Handlungen beeinflussen (Filzmaier, 2007; Filzmaier & Klepp, 2009; Kiouisis & McDevitt, 2008; Merschitz, 2007). Jugendliche verfolgen in ihrer Peergroup Homogenität und bestärken sich somit in ihrem Verhalten (John, 1999). Zudem werden Jugendliche die bereits positive Einstellungen zu politischer Aktivität

haben, mit einem ähnlich eingestellten Freundeskreis konfrontiert sein und damit wird das Engagement noch weiter gesteigert (Livingstone & Markham, 2008).

Hypothese 3 (H3): Wenn Jugendliche mit den politischen Meinungen der Familie übereinstimmen, dann haben sie ein großes Vertrauen in ihre internale politische Selbstwirksamkeit.

Diese Hypothese begründet sich durch die Erkenntnissen der Partizipationsforschung, die zeigen, dass Familie ein wichtiger Grundstein für die Entwicklung der eigenen Selbstwirksamkeit ist. Je stärker die eigenen Interessen und Meinungen in der Familie ernst genommen wurden, umso besser können die eigenen Vorstellungen in anderen Bereichen vertreten werden (Almond & Verba, 1963; Filzmaier, 2007). Durch die Einbindung der Kinder in politische Diskussionen und den Erziehungsstil können sie politische Selbstwirksamkeit erfahren, die sie in ihrer Partizipationsfreudigkeit prägt (Moser, 2010).

Hypothese 4 (H4): Wenn für die Familie der Jugendlichen Politik immer ein wichtiges Thema war, dann interessieren sie sich stärker für Politik.

Das Elternhaus legt den Grundstein für das Verhalten und die Einstellungen der Jugendlichen. Sie sind laut Angaben der Jugendlichen in unterschiedlichen Studien wichtige Ansprechpersonen zum Thema Politik und bieten eine Quelle für Diskussion und Meinungsbildung (Filzmaier, 2007; Filzmaier & Klepp, 2009; Kioussis & McDevitt, 2008; Merschitz, 2007). Ein stark politisiertes, weil politisch interessiertes Familienumfeld, steigert das politische Potenzial der Jugendlichen und damit auch ihr politisches Interesse (Martikainen, 1973). Es wird hier davon ausgegangen, dass politisches Interesse bereits früh ausgebildet wird. Somit besteht die Annahme, dass die Grundsozialisation der Familie hier prägender ist und der Ausbau des politischen Interesses nicht erst durch den Kontakt mit Medien und FreundInnen entsteht.

7. Methode

Um meine Forschungsfragen zu bearbeiten, soll eine Online-Befragung mit Jugendlichen im Alter von 12 bis 27 Jahren durchgeführt werden, die sich in einer vordefinierten Form politisch beteiligen. In der Entwicklungs- und Sozialisationsforschung wird davon ausgegangen, dass Kinder sich ab dem Alter von 12 Jahren an die kognitiven und sozialen Kompetenzen von Erwachsenen annähern. Sie treten vom Kindesalter in die Zeit der Jugend über (John, 1999). Gleichzeitig definieren sich heute Menschen immer länger als Jugendliche. Ausbildungsabschluss und Familiengründung finden im Vergleich zu früher später statt und junge Erwachsene fühlen sich somit länger dem Lebensabschnitt der Jugend zugehörig (Hagedorn, 2008; Livingstone, 2008). Im pädagogischen Sinne beschreibt Jugend die Unabhängigkeit und Freiheit von gesellschaftlichen Verpflichtungen wie Ehe, Elternschaft und Arbeit, und spricht den jungen Menschen gleichzeitig schon Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu (Ecarius et al., 2011). Die strukturellen Rahmenbedingungen in Österreich definieren Jugendliche breit. So enden Jugendförderungen (für Studierende) mit dem vollendeten 26. Lebensjahr und der Terminus „JungwählerIn“ gilt für ÖsterreicherInnen bis 30 Jahre (Miller, 2013). Durch die breite Zeitspanne der Definition Jugend wird das Alter in dieser Untersuchung eine bedeutende Kontrollvariable, die in die Auswertung einbezogen werden muss. Als entscheidende Größe die über die Bedeutung der einzelnen Sozialisationsinstanzen in den unterschiedlichen Lebensphasen Auskunft geben kann, ist ein Einbezug einer breiten Zeitspanne ein spannender Aspekt in der Untersuchung (Ecarius et al., 2011).

Es wird eine quantitative Online-Umfrage durchgeführt um ein möglichst breites Spektrum an Jugendlichen anzusprechen. Dazu wird ein standardisierter Fragebogen auf Basis der forschungsleitenden Fragestellung entwickelt. Standardisierten Fragebögen werden herangezogen um größere Stichproben zu erheben und ein hohes Maß an Vergleichbarkeit, zwischen den erhobenen Fällen zu gewährleisten (Atteslander & Kopp, 1993; Scholl, 2009).

7.1. Reflexion der Methode

In der bestehenden Forschung zu politischer Partizipation ist die Erforschung des Partizipationseinflusses mithilfe von quantitativen Erhebungen eine verbreitete Methode (Eckstein et al., 2012; Kononova, 2011; Schmid, 2012). Die hier untersuchten Variablen beruhen mehrheitlich auf bereits etablierten Items und Skalen, die in bestehenden Studien eingesetzt wurden. Auch qualitative Zugänge können in der Sozialisationsforschung eingesetzt werden. So kann durch narrative Interviews ein Einblick in die spezifische Biografie eines politisch aktiven Jugendlichen gewonnen werden. Dieser Zugang ist aber in erster Linie dann sinnvoll, wenn die spezifische Person und ihre Biografie für die Fragestellung von Bedeutung sind. Auch Leitfadeninterviews stellen die inhaltliche Tiefe in den Mittelpunkt und sind besonders in Bereichen gefragt, in denen noch ein geringer Wissensstand besteht (Scholl, 2009). Der gut erforschte Bereich der politischen Partizipationsforschung, der bereits Erkenntnisse zu den wichtigsten Sozialisationsinflüssen zeigt (Aktin & Gantz, 1978), soll in dieser Studie auf politisch aktive Jugendliche vertieft werden und im Hinblick auf die zuvor definierten Sozialisationsinflüsse untersucht werden. Durch die in dieser Arbeit gewählte Methode steht die Vergleichbarkeit mehrerer Fälle im Mittelpunkt (Atteslander & Kopp, 1993). Es soll so möglich sein, eine Aussage über die Prägung der politischen Partizipation von politisch aktiven, jungen ÖsterreicherInnen zu treffen.

7.2. Beschreibung der erhobenen Variablen

Als politische Beteiligung sollen Parteimitgliedschaften, Unterstützung und Mitarbeit in NGOs zu verschiedenen Themen (Umwelt, Menschenrechte, Tierschutz, etc.), sowie die Mitarbeit an politischen Projekten und Interessensvertretungen gezählt werden. Ob die Befragten hierfür bezahlt werden, wird als Faktor berücksichtigt, dieser dient aber nicht als Ausschlussgrund von der Befragung. Im Fragebogen wird daher nach dem Ausmaß der politischen Beteiligung gefragt. Damit ist gemeint, ob die Befragten diesen Aufgaben ehrenamtlich nachgehen, nebenberuflich oder vollberuflich.

Bei der Umfrage sollen an die 150 Jugendliche befragt werden, um die verschiedenen Formen der Partizipation zu erfassen und eine Variation und Überschneidung der Befragten bezüglich Alter, Ausbildung, Geschlecht und Form der politischen Beteiligung

zu ermöglichen. Als weitere soziodemographische Größe wird auf die Bundeslandzugehörigkeit eingegangen. An sich wird jedoch eine homogene Gruppe in dem hier untersuchten Hauptfaktor der politischen Partizipation erforscht und damit ein kleineres Sample gerechtfertigt. Als relevante Variable soll zudem auch einbezogen werden, wo sich die Befragten politisch verorten. Dazu wird nach einer Wahlentscheidung im derzeitigen politischen Parteienspektrum gefragt. Da die Rolle der Medien einen bedeutenden Stellenwert hat, wird im Fragebogen die Nutzungshäufigkeit von Fernsehen, Zeitung, Radio und Internet geprüft. Die kleine Stichprobe lässt es nicht zu, dass die Ergebnisse als repräsentativ beschrieben werden können.

Für die Untersuchung sollen unterschiedliche Kategorien einbezogen werden, die im theoretischen Konzept aufgegriffen wurden. Auf Basis bestehender Sozialisationsstudien und Erkenntnissen sollen fünf Sozialisationsinstanzen (Familie, FreundInnen, Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz und Medien) angesprochen und erhoben werden, welcher Bereich von den Befragten als besonders bedeutend für die Sozialisation ihres politischen Engagements eingestuft wird.

Hierzu werden acht Fragen auf Basis bereits bestehender quantitativer Erhebungen zur politischen Sozialisationsforschung entwickelt (Eckstein et al., 2012; Kononova, 2011; Schmid, 2012). In den Fragen wird Bezug genommen auf:

- Die allgemeine Beschäftigung mit Politik
- Die Bedeutung von Politik für die einzelnen Sozialisationsinstanzen
- Das Vertrauen in die politischen Informationen der Sozialisationsinstanzen
- Das politische Aktivitätspotenzial der Sozialisationsinstanzen
- Die Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Sozialisationsinstanzen
- Welche Sozialisationsinstanzen das Interesse an Politik besonders geprägt hat
- Welche Sozialisationsinstanzen als ausschlaggebend für das eigene Engagement in politischen Belangen erachtet wird

In weiterer Folge wird darauf Bezug genommen, welches politische Verhalten die Jugendlichen ausführen. Dazu wird die Skala einer Studie von Schönbach herangezogen, die sieben verschiedene Kategorien des politischen Engagements (Leserbriefe schreiben, an Demonstrationen teilnehmen, etc.) auf einer achtsufigen Häufigkeitsskala (nie – so gut wie jeden Tag) erhebt (Schönbach zit. n. Naderer, 2012). Damit wird bemessen ob

sich die politische Aktivität der Jugendlichen in Taten äußert oder auf eine rein ideelle, passive Unterstützung einer Partei, NGO, etc. durch die offizielle Mitgliedschaft. Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten werden hier um das Verbreiten von Informationen über eine Partei, ein Projekt, eine Organisation im Internet und die Teilnahme an Wahlen erweitert. Als bedeutende Größen des politischen Engagements sind das politische Interesse, die externale und internale politische Selbstwirksamkeit, das politische Wissen und die Zufriedenheit mit der Politik anzusehen (Schulz, 2011). Um diese Elemente zu erheben, wird auf bereits bestehende Skalen der Partizipationsforschung zurückgegriffen (Niemi et al., 1991; Morell, 2003; Tan, 1981; Vetter, 1997).

Für die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Interesse an der Politik werden die Abstufungen und Formulierungen aus der Schönbach-Studie herangezogen. Auch die Wissensfragen beruhen grundlegend auf dieser Studie (Schönbach zit. n. Naderer, 2012). Hier werden noch zwei selbsterstellte Fragen einbezogen (siehe dazu Seite 59), um einen guten Überblick über das politische Wissen der jungen Aktiven zu ermöglichen.

7.3. Beschreibung der Stichprobe

Die Umfrage wurde mittels persönlicher Nachrichten an politische und soziale Organisationen verteilt. Die genutzte Methode ist das Schneeballverfahren. Hierzu wurden alle an der ÖH-Wahl teilnehmenden Parteien, alle Jugendorganisationen der politischen Parteien die zur Nationalratswahlen antraten, Interessensvertretungen von Studienrichtungen und SchülerInnenvertretungen, TeilnehmerInnen des politischen Projekts „World Vision – Peer up“, sowie die NGOs Greenpeace, Amnesty International und Global 2000 kontaktiert und um ihre Mithilfe gebeten.

Vor der eigentlichen Erhebung wurde ein Pre-Test des Fragebogens mit 10 TeilnehmerInnen durchgeführt, der das Verständnis der Fragen und Variablen geprüft hat. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurde der Fragebogen modifiziert (Scholl, 2009). Die Erhebung startete am 06. Mai 2013 und war 14 Tage lang online. In diesem Zeitraum schlossen 156 Jugendliche die Umfrage vollständig ab. Nach Bereinigung der Daten konnten 148 Fälle für die nähere Analyse gewonnen werden. Ausgeschlossen wurden sechs TeilnehmerInnen, die ihren Hauptwohnsitz nicht innerhalb von Österreich hatten und zwei Personen, die nicht die vorgegebene Definition von politisch aktiv erfüllten.

Tabelle 7.3.1 Alter der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Verteilung der Stichprobe nach Altersgruppen	%
13 bis 18 Jahre	38.5
19 bis 22 Jahre	31.8
23 bis 27 Jahre	29.7
Gesamt	100
Mittelwert	20.3 Jahre
Standardabweichung	3.3 Jahre
N	148

Die Stichprobe teilt sich in 78 männliche (52.7%) und 70 weibliche (47.3%) TeilnehmerInnen, damit ist ein leichter Überschuss an männlichen Befragten gegeben. Angestrebt wurden TeilnehmerInnen im Alter von 12 bis 27 Jahren. Hier konnte eine Streuung des Alters von 13 bis 27 Jahren erreicht werden. Für die Analyse wird das genaue Alter der TeilnehmerInnen herangezogen. Um die Beteiligung zu veranschaulichen werden drei in etwa gleichgroße Altersgruppen gebildet: Die 13-18 Jährigen machen 38.5% der Befragten aus (n= 57). Als nächste Abstufung werden die 19-22 Jährigen zusammengefasst, die 31.8% der TeilnehmerInnen ausmachen (n= 47) und die 23-27 Jährigen bilden mit 29.7 % (n= 44) die letzte Gruppe.

Die Verteilung der Bildungsstände zeigt folgendes Bild: 28.4% (n= 42) befinden sich in einer Lehrausbildung oder haben den Pflichtschulabschluss bereits absolviert, der Hauptteil der Befragten hat die Matura abgeschlossen, 59.9% (n=88), und die kleinste Gruppe der TeilnehmerInnen hat auch bereits einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, mit 12.2% (n=18).

Tabelle 7.3.2 Bildungsstand der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Höchste abgeschlossene Ausbildung	%
Allgemeinbildende Pflichtschule, Lehre, Fachschule	28.4
Matura (AHS oder BHS)	59.9
Hochschule, Universität, Hochschulverwandte Ausbildung (FH)	12.2
Summe	100
Modus	2
N	148

Es konnten Befragte aus allen neun Bundesländern gewonnen werden. Die größte Gruppe mit 46 Jugendlichen (31.1%) kommt aus Niederösterreich. An zweiter Stelle folgt Wien (n= 30), mit 20.3%, an dritter Stelle Salzburg (n=18) mit 12.2%. Aus Oberösterreich, Vorarlberg und der Steiermark konnten gleich viele Befragte gewonnen werden (n=12) 8.1%. Aus dem Burgenland kommen 4.7% der Befragten (n=7). In Tirol konnten 4.1% (n=6) und Kärnten 3.4% (n=5) der TeilnehmerInnen gewonnen werden.

Tabelle 7.3.3 Bundesländerverteilung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Bundesländerverteilung	%
Niederösterreich	31.1
Wien	20.3
Salzburg	12.2
Oberösterreich	8.1
Steiermark	8.1
Tirol	8.1
Burgenland	4.7
Vorarlberg	4.1
Kärnten	3.4
Summe	100
Modus	2
N	148

In Bezug auf die Mediennutzung zeigt sich, dass besonders das Internet ein bedeutendes Informationsinstrument ist. 76.4% (n= 113) geben an, das Internet täglich zur politischen Information zu nutzen, 16.2% (n= 24) nutzen das Web dafür mehrmals pro Woche, 6.1% (n= 9) einmal pro Woche und 1.4% (n= 2) geben an das Internet dazu monatlich zu nutzen (Mittelwert 5.7, Standardabweichung 0.7). Auch Zeitungen und Zeitschriften,

sowie Radio und TV werden von Jugendlichen intensiv zur politischen Informationsbeschaffung genutzt. Die Mittelwerte liegen hier aber hinter dem Mittelwert der Internetnutzung zurück. So nutzen 33.1% der Jugendlichen täglich das Fernsehen zur politischen Information (Mittelwert= 4.7, Standardabweichung= 1.4), 44.6% ziehen dafür täglich Printmedien wie Zeitung oder Magazine heran (Mittelwert= 5.1, Standardabweichung= 1) und das Radio wird von immerhin 26.4% täglich zur politischen Information genutzt (Mittelwert= 4.4, Standardabweichung= 1.7). Alle Tabellen zu weiteren Auswertungen finden sich im Anhang.

Tabelle 7.3.4 Internetnutzung zur politischen Information

Mediennutzung der Befragten	%
Nie	0
Einmal pro Jahr	0
monatlich	1.4
Einmal die Woche	6.1
mehrmals die Woche	16.2
täglich	76.4
Summe	100
Mittelwert	5.7
Standardabweichung	0.7
N	148

Hinsichtlich der politischen Orientierung der Jugendlichen kristallisieren sich bei dieser Umfrage zwei Parteien als besonders bedeutend heraus. 35,1% der Befragten geben an, dass sie bei der nächsten Wahl die Grünen wählen würden. 36,5% würden ihre Stimme der ÖVP geben. Aus dieser Verteilung kann kein allgemein gültiges Ergebnis bezüglich der politischen Orientierung von politisch aktiven Jugendlichen gewonnen werden. Es zeigt sich an dieser Verteilung lediglich, welche der angeschriebenen Parteien einen besonders starken Rücklauf zeigten. Unter dem Punkt „andere Parteien“ konnten die Jugendlichen angeben, für welche Partei sie stimmen würden, die nicht in der Umfrage genannt wurde. Unter den 32 Befragten, die eine andere Partei wählen würden oder zu keiner Angabe bereit waren, gaben 18 Personen an den NEOS ihre Stimme geben zu wollen, eine Person sprach sich für „Den Wandel“ aus und eine Person würde ungültig wählen. Durch die stark eingeschränkte Parteienpräferenz der Befragten wird diese

Variable nicht in die Auswertungen einbezogen, da so kein aussagekräftiges Ergebnis erzielt werden kann.

Tabelle 7.3.5 Politische Orientierung

Wahlentscheidung der Befragten	%
Die Grünen	35.1
FPÖ	1.4
ÖVP	36.5
SPÖ	4.7
Team Stronach	0.7
Andere Parteien	12.8
Keine Angabe	8.8
Summe	100
Standardabweichung	2.2
N	148

Gefragt wurde außerdem, wie sich die Jugendlichen beteiligen und in welchem Ausmaß sie diese politische Partizipation betreiben. Hier zeigt sich, dass der Großteil der Befragten sich auf ehrenamtliche Weise beteiligt. 87.2% (n= 129) werden für ihr Engagement nicht finanziell vergütet. 3.4% (n=5) betreiben die politische Beteiligung immerhin nebenberuflich und ebenfalls 3.4% (n=5) vollberuflich. Ein statistischer Einbezug dieser Variable ist aufgrund der Dominanz des freiwilligen Engagements nicht sinnvoll. Der größte Teil der Befragten engagiert sich für die Schülerunion 19.6% (n= 29), die JVP 14.9% (n=22), die Jungen Grünen 14.2% (n=21) oder die ÖVP 10.8% (n=16) (Eine genaue Auflistung aller genannten Parteien, NGOs, Interessensvertretungen, Vereinen und Projekte findet sich im Anhang, Tabelle 12.1.4). Um die genannten Organisationen zu strukturieren, wird eine Einteilung in Partei, NGO, Interessensvertretung, Verein, Projekt und keine Angabe vorgenommen. Schüler- und Studierendenparteien wurden hier als Interessensvertretung bezeichnet um eine Abgrenzung von Jugendparteien zu schaffen. Hier zeigt sich, dass 44,6% der Jugendlichen sich in einer politischen Partei engagieren. 46,6% der Befragten beteiligen sich im Rahmen von Interessensvertretungen.

Tabelle 7.3.6 Ausmaß politische Beteiligung

Ausmaß der politischen Beteiligung der Befragten	%
Vollberuflich	3.4
Nebenberuflich	3.4
Ehrenamtlich	87.2
Keine Angabe	6.1
Summe	100
Mittelwert	3
Standardabweichung	0.5
N	148

Tabelle 7.3.7 Art der Beteiligung

Beteiligung in Partei, NGO, Interessensvertretung, Verein, Projekt	%
Partei	44.6
NGO	0.7
Interessensvertretung	46.6
Verein	1.4
Projekt	2.7
Keine Angabe	4.1
Summe	100
Standardabweichung	1.3
N	148

Um dem vorhandenen Forschungsstand zu entsprechen ist es ebenfalls bedeutend, ob die Jugendlichen politisch interessiert, informiert und von ihrer eigenen politischen Wirksamkeit überzeugt sind. Interessant ist ebenfalls, ob sie mit der politischen Lage im Land zufrieden sind. Auf der siebenstufigen Skala der politischen Interessiertheit (1= gar nicht interessiert, 7= sehr stark interessiert) geben 56.7% (n= 84) an, sehr stark an politischen Themen interessiert zu sein. Keiner der befragten Jugendlichen gibt einen Wert unter 3 an. Dadurch kommt ein sehr hoher Mittelwert mit 6.42 zustande (Standardabweichung= 0.81).

Tabelle 7.3.8 Politisches Interesse der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Politisches Interesse	%
Überhaupt nicht interessiert	0
2	0
3	1.4
4	1.4
5	8.1
6	32.4
Sehr stark interessiert	56.8
Summe	100
Mittelwert	6.42
Standardabweichung	0.81
N	148

Politisches Wissen setzt sich aus drei Fragen zusammen. Die Jugendlichen wurden gefragt, welche Partei die meisten Sitze im Nationalrat innehat, wie lange eine Legislaturperiode dauert und wie hoch die derzeitige Arbeitslosenrate in Österreich ist. Eine vierte Frage, welche Partei die meisten Landeshauptleuten in Österreich stellt, kann aufgrund der politischen Situation nicht einbezogen werden, da während des Erhebungszeitraums noch nicht vollständig geklärt war, ob die ÖVP die SPÖ als führendes Regierungsmitglied der Landesregierung in Salzburg ablöst.

Die gegebenen Antworten wurden zusammengefasst, um eine Gesamtsumme an richtigen und falschen Antworten zu bekommen, damit wurde berechnet, wie es um das Niveau des politischen Wissens der befragten Jugendlichen steht. Dazu wurden die gegebenen Antworten entweder als „falsche oder keine Antwort (=0)“ oder als „richtige Antwort (=1)“ klassifiziert. Die Arbeitslosigkeit wurde als richtig bewertet, wenn sich der Wert im Bereich zwischen 5-10% bewegte. Diese tolerante Bewertung ergibt sich aus dem Umstand, dass in der Frage nicht näher klassifiziert wurde, ob es sich um die internationale oder österreichische Berechnungsmethode handeln sollte (Statistik Austria, 2013). Bei der Frage steht auch weniger die genaue Zahl, als vielmehr die korrekte Einschätzung der Größenordnung und damit das Bewusstsein der Befragten für dieses politische Thema im Vordergrund.

Um eine Aussage über das abgefragte politische Wissen insgesamt treffen zu können, wird eine Summenvariable erstellt. Hierzu werden die drei Fragen zusammengezählt, wobei für jede richtige Antwort ein Punkt erreicht werden kann. Der höchste Wert, der

somit erreicht werden kann, sind drei Punkte. 45.3% der Befragten (n=67) haben diese Höchstpunktezahl erreicht. 43.2% (n=64) konnten zwei der drei Fragen richtig beantworten. Bei der überwiegenden Mehrheit der TeilnehmerInnen kann also von einem Interesse ausgegangen werden, das sich auch anhand faktischen Wissens zeigt.

Tabelle 7.3.9 Politisches Wissen der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Politisches Wissen	%
0	2
1	9.5
2	43.2
3	45.3
Summe	100
Mittelwert	2.32
Standardabweichung	0.73
N	148

Um die politische Zufriedenheit zu messen, wurden zwei Fragen gestellt: „Unabhängig von der heutigen Regierung bin ich im Allgemeinen damit zufrieden, wie die Demokratie in Österreich funktioniert“ und „Im Allgemeinen bin ich damit zufrieden, wie die Politik in meiner Gemeinde funktioniert“. Aus diesen Variablen wird eine Sammelvariable erstellt, in der die Summe der beiden Variablen berechnet und dann durch zwei dividiert wurde. Die entstandene Variable wird so kodiert, dass die Skala wieder der ursprünglichen siebenstufigen Skala entspricht. Hier wird dem Wert 1= sehr unzufrieden zugeordnet und dem Wert 7= sehr zufrieden. Die Auswertung zeigt, dass sich die Zufriedenheit der befragten, politisch aktiven Jugendlichen im oberen Mittelfeld bewegt (Mittelwert= 4.34, Standardabweichung 1.49). Die Mehrheit, nämlich 66,2% der Jugendlichen, gibt einen Wert zwischen 4-6 auf der Zufriedenheitsskala an.

Die politische Selbstwirksamkeit setzt sich aus acht Variablen zusammen. Um mit diesen Variablen arbeiten zu können, wird eine Faktorenanalyse durchgeführt. Hier ergibt sich, dass die Variable „Gelegentlich erscheint die Politik so kompliziert, dass Leute wie ich nur schwer begreifen können, was vor sich geht“ nicht in die Faktorenanalyse einbezogen werden kann, da diese Variable alleine einen dritten Faktor darstellen würden.

Die restlichen Variablen lassen sich in zwei Faktoren einteilen. Hier bilden „Ich bin gut in der Lage, eine aktive Rolle in der Politik zu spielen“, „Ich habe einen guten Überblick über die wichtigsten politischen Probleme in unserem Land“, „Ich bin besser darüber informiert, was in der Politik vor sich geht, als die meisten Leute in Österreich“ und „Ich denke, dass ich genauso gut wie die heutigen Politiker ein politisches Amt bekleiden könnte“ den Faktor der internalen politischen Selbstwirksamkeit. Dieser Faktor bildet die eigene Einschätzung der Kompetenz ab, politisch etwas verändern zu können. Die Reliabilitätsüberprüfung zeigt, dass die Variablen einen gemeinsamen Faktor bilden können, da Cronbachs Alpha bei 0,73, also über dem notwendigen Wert von 0,7 liegt.

Der zweite Faktor setzt sich aus „Ich denke, dass österreichische Politiker sich überhaupt nicht darum kümmern, was Leute wie ich denken“, „Politische Parteien sind nur interessiert an den Stimmen von Leuten, nicht an ihren Meinungen“ und „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf Entscheidungen der österreichischen Regierung“ und misst die externe politische Selbstwirksamkeit der befragten Jugendlichen. Diesem Faktor liegen Annahmen über das politische System und die Veränderbarkeit dieses Systems zugrunde. Hier liegt Cronbachs Alpha noch im akzeptablen Bereich bei 0.65 womit die Zusammensetzung des Faktors noch zulässig ist.

Die Faktorenwerte werden mithilfe des visuellen Klassierens erneut zu einer siebenstufigen Skala kodiert. Hier zeigt sich, dass das Gefühl in der Politik etwas verändern zu können und über das politische Geschehen informiert zu sein, bei den befragten Jugendlichen stark ausgeprägt ist. Der Großteil der Jugendlichen schätzt die eigene interne Selbstwirksamkeit als hoch ein (Mittelwert= 5.29, Standardabweichung= 1,28). Das Gefühl in der österreichischen Politik etwas bewegen zu können ist im Gegensatz dazu geringer ausgeprägt. Der Großteil der Jugendlichen weist einen durchschnittlichen Wert in der externalen politischen Selbstwirksamkeit auf (Mittelwert= 3.98, Standardabweichung= 1,24).

7.4. Operationalisierung

Nach der Darstellung der Stichprobe soll nun versucht werden, die formulierten Hypothesen und Forschungsfragen zu beschreiben. Dabei ist es bedeutend, aus welchen Variablen sich die vorliegenden Thesen zusammensetzen.

7.4.1. Operationalisierung Sozialisation

Die erste Forschungsfrage: *Welche der Sozialisationsfaktoren ist in Bezug auf die Sozialisationskriterien bei den befragten Jugendlichen am ausschlaggebendsten?* setzt sich aus sieben Fragen zusammen: „Ich beschäftige mich mit politischen Themen durch“, „Ich denke Politik ist für ... ein bedeutendes Thema“, „Bei politischer Information vertraue ich auf“, „Ich würde ... als politisch aktiv bezeichnen“, „Mein Interesse an Politik wurde besonders geprägt durch“, „Im Umfeld ... ist es mir immer leicht gefallen meine politische Meinung zu äußern“, „Ich stimme mit der politische Meinung von ... überein“. Hier sollte von den Befragten jeweils beurteilt werden, ob diese Aussagen auf die fünf Möglichkeiten „FreundInnen und PartnerIn“, „Eltern und Geschwister“, „Schule/Universität“, „Arbeitsplatz/KollegInnen“, und „Medien“ auf einer fünfstufigen Skala von 1=„Trifft überhaupt nicht zu“ bis 5=„Trifft voll und ganz zu“ zutreffend sind. Da es sich hier um eine Überprüfung des Sozialisationseinflusses mithilfe von mehreren Variablen handelt, die auf verschiedene Aspekte eingehen und damit in ihrem Gesamtergebnis von den Jugendlichen nicht vorsätzlich gelenkt werden können, wird hier die unbewusste Ebene des Einflusses der Sozialisationsfaktoren überprüft.

Auch auf die bewusste Einschätzung wird im Fragebogen eingegangen. Dazu wird gefragt: „Ohne den Einfluss von ... würde ich mich nicht für politische und soziale Themen einsetzen. (Bitte wähle den wichtigsten Einflussfaktor aus)“.

Um herausfinden zu können, welcher der Faktoren für die bewusste und unbewusste Sozialisation die stärkste Bedeutung hat, sollen Summenvariablen erstellt werden. Dazu werden alle sieben Angaben bezüglich der FreundInnen und PartnerIn, bzw. der Familie, der Ausbildungsstätte, des Arbeitsplatzes und der Medien zusammengefasst um eine Variable für jede Sozialisationsinstanz zu erhalten.

Hier muss erst geprüft werden, ob eine Zusammenfassung der Variablen zulässig ist. Dazu wird ein Reliabilitätstest durchgeführt. Der Wert von Cronbachs Alpha sollte hier bei mindestens 0.7 liegen. Es zeigt sich, dass eine summarische Darstellung des Sozialisationseinflusses für die FreundInnen und PartnerIn (Cronbachs Alpha= 0.88), die Familie (Cronbachs Alpha= 0.88), die Ausbildungsstätte (Cronbachs Alpha= 0.80), den Arbeitsplatz (Cronbachs Alpha= 0.91), sowie die Medien (Cronbachs Alpha= 0.72) zulässig ist. Bei den Medien sind keine sieben, sondern nur fünf Variablen vorhanden, da die Fragen nach der Aktivität und der Meinungsäußerungen in Bezug auf Medien wenig sinnvoll sind.

Um die Summenvariable zu erstellen, werden die sieben (bzw. fünf) Variablen der fünf Einflussmöglichkeiten zusammengezählt und anschließend durch sieben (bzw. fünf) dividiert. Die nun erstellten Indizes zeigen den eingeschätzten Sozialisationseinfluss der abgefragten Faktoren insgesamt.

7.4.2. Operationalisierung politische Partizipation

Um das Maß an politischer Beteiligung feststellen zu können, das für die Hypothese 1 von Bedeutung ist, wurde in der Umfrage Bezug auf acht Formen des politischen Engagements genommen. Diese acht Formen werden auf einer achtsstufigen Skala bemessen (1= Nie, 2= Maximal einmal pro Jahr, 3= Ein paar Mal pro Jahr, 4= Ungefähr einmal pro Monat, 5= Mehrmals pro Monat, 6= Einmal pro Woche, 7= Mehrmals pro Woche, 8= So gut wie jeden Tag). Dabei wird deutlich, dass die unterschiedlichen Tätigkeiten ein unterschiedlich hohes Beteiligungsniveau unter den Jugendlichen zeigen. So wird von sehr wenigen die Möglichkeit genutzt, die eigene politische Meinung durch Leserbriefe an Medien zu äußern (Mittelwert= 1.85; Standardabweichung= 1.14). Die eigene Meinung bei öffentlichen Anlässen wie Versammlungen zu teilen, findet einen höheren Anklang unter den Jugendlichen (Mittelwert= 3.13; Standardabweichung= 1.6).

Die Mitarbeit bei einer Zeitung, um über politische Themen zu schreiben, wird ebenfalls nur in sehr geringem Ausmaß von den befragten Jugendlichen genutzt (Mittelwert= 2.22; Standardabweichung= 1.55). Schon ein höherer Anteil der Befragten zeigt ihr politisches Engagement durch das Verteilen von politischen Flugblättern (Mittelwert= 3.24; Standardabweichung= 1.65). Auch die Teilnahme an politischen Versammlungen findet

unter den Befragten Anklang (Mittelwert= 4.82; Standardabweichung= 1.61). Die Teilnahme an Demonstrationen (Mittelwert= 2.16; Standardabweichung= 1.13) sowie das Sammeln von Unterschriften (Mittelwert= 2.32; Standardabweichung= 1.11) zählen zu den weniger eingesetzten Aktivitäten unter den befragten Jugendlichen.

Am stärksten wird von den Jugendlichen die Verbreitung von Information über die eigene Partei/Projekt/Verein/Interessensvertretung mithilfe des Internets eingesetzt (Mittelwert= 5.57; Standardabweichung= 2.02).

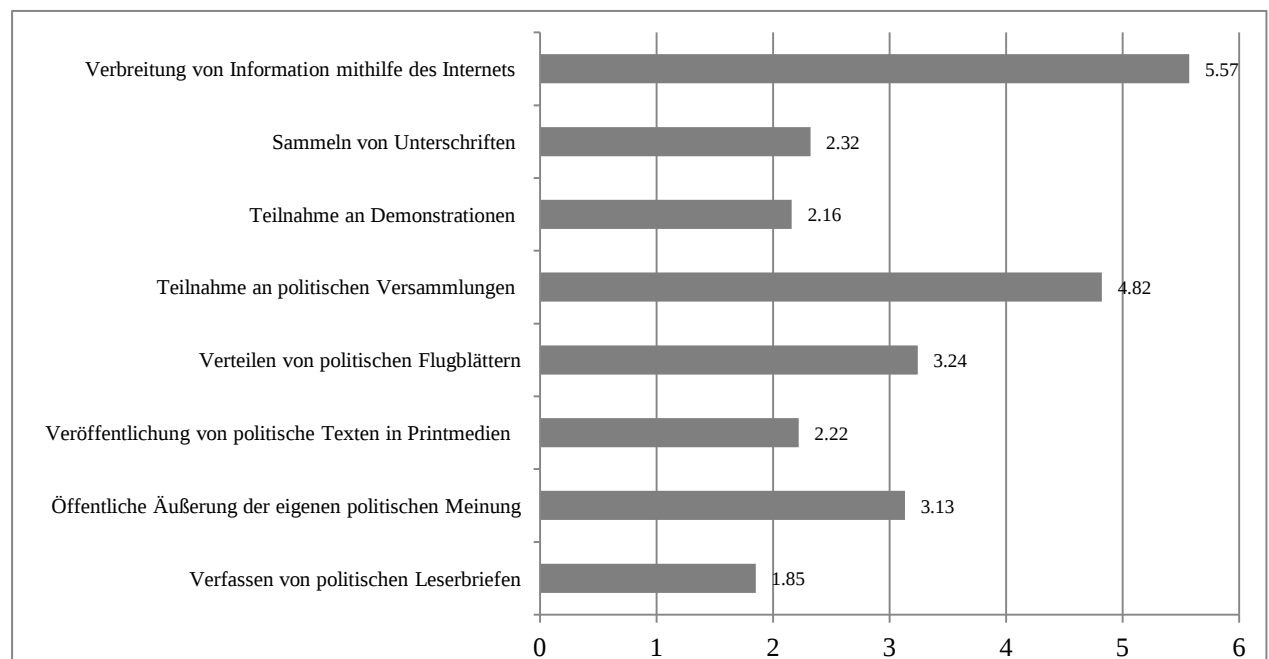


Abbildung 1: Mittelwertsdarstellung der Partizipationsmöglichkeiten

Die Wahlbeteiligung wurde nicht auf einer 8-stufigen, sondern einer 5-stufigen Skala geprüft (1= nie, 2=gelegentlich, 3= meistens, 4=immer, 5=ich durfte noch nicht teilnehmen). Der Wert fünf wurde hier als fehlender Wert definiert, da dies ansonsten die Mittelwertbestimmung verzerrt würde. Hier zeigt sich, dass die befragten Jugendlichen die klassischen Formen der politischen Beteiligung besonders stark nutzen. So liegt der Mittelwert bei der Wahlbeteiligung bei 3.98 (Standardabweichung= 0.19). 87.2% der Befragten (n=129) geben an bisher bei jeder Wahl teilgenommen zu haben.

Tabelle 7.4.2.1 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Teilnahme an Wahlen	%
Nie	0
Gelegentlich	0
Meistens	3.4
Immer	87.2
Fehlende Werte (durften noch nicht teilnehmen)	9.5
Summe	100
Mittelwert	3.98
Standardabweichung	0.19
N	148

Vergleicht man diese Werte mit einer repräsentativen österreichischen Umfrage aus dem Jahr 2010, wo die selbe Skala bezüglich der Wahlbeteiligung verwendet wurde, zeigt sich, dass von den 684 Jugendlichen (14-26 Jahre) 13,2% angeführt haben, nie an einer Wahl teilzunehmen und nur 45,3% gaben an, bisher immer ihre Stimme abgegeben zu haben (Naderer, 2012, 66). Unter den hier einbezogenen politisch aktiven Jugendlichen ist somit die traditionellste Form der Beteiligung sehr viel verbreiteter.

Um die klassischen Formen der politischen Beteiligung miteinander vergleichbar zu machen, wird die achtstufige Skala auf eine vierstufige Skala kodiert. Dafür werden die Stufen „Höchstens einmal pro Jahr“, „Mehrals pro Jahr“ und „Ungefähr einmal pro Monat“ zusammengefasst und als „Gelegentlich“ bezeichnet. „Mehrals pro Monat“ und einmal pro Woche“ werden unter „Meistens“ erfasst und „Mehrals pro Woche“ und „Täglich“ bilden die Kategorie „Immer“. Im nächsten Schritt wird eine Summenvariable erstellt, die sich aus den acht Partizipationsformen zusammensetzt. Um eine solche Summenvariable erstellen zu können, muss erst die Reliabilität der Variablen überprüft werden. Da Cronbachs Alpha einen Wert von 0.77 aufweist, können die Skalen zusammengefasst werden. Dazu wird die Summe aller Partizipationsformen errechnet und durch acht dividiert. Im nächsten Schritt erfolgt eine Kodierung der Zahlen um eine sinnvolle Skala zu erhalten. Dazu werden der Wert 1 unter 1=Nie zusammengefasst, die Werte 1,1-2 unter 2=Gelegentlich, 2,1-3 unter 3=Meistens und der Rest unter 4=Immer.

In den Ergebnissen wird deutlich, dass nur einer der Befragten keine der acht angegebenen Partizipationsformen nutzt. Da kein Anspruch der Vollständigkeit bei der

Nennung der Partizipationsformen gegeben werden kann, bzw. auch die Möglichkeit einer bloßen Parteiunterstützung durch die reine Mitgliedschaft besteht, verbleibt diese Person in der Stichprobe. Der Rest der Jugendlichen gibt an gelegentlich oder häufig in irgendeiner Form politische Beteiligung zu zeigen. Im Vergleich mit einer repräsentativen österreichischen Umfrage, in der sieben der im Fragebogen angegebenen acht Partizipationsformen mit der gleichen Skala abgefragt wurden, zeigt sich, dass die Jugendlichen (14-26 Jahre, N=684) zu 49.9% (n=341) angeben nie in irgendeiner Form zu partizipieren (Naderer 2012, 37).

Tabelle 7.4.2.2 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

	%
Politische Partizipation insgesamt	
Nie	0.7
Gelegentlich	52
Meistens	47.3
Immer	0
Summe	100
Mittelwert	2.47
Standardabweichung	0.51
N	148

Da das Teilnahmeniveau bei Wahlen höher liegt und auch die dahinterliegende Motivation anders zu beurteilen ist als die klassischen Formen der Partizipation, wird die Wahlbeteiligung gesondert behandelt und kein Summenindex mit dieser Form der Partizipation gebildet. Der Summenindex der unterschiedlichen Partizipationsformen wird in weiterer Folge als allgemeine Formen der Partizipation bezeichnet.

8. Ergebnisse

8.1. Auswertung Forschungsfrage 1

Welche der Sozialisationsfaktoren ist in Bezug auf die Sozialisationskriterien bei den befragten Jugendlichen am ausschlaggebendsten?

Um diese Frage beantworten zu können, werden die erstellten Summenvariablen des Unbewussten Sozialisationseinflusses einander gegenüber gestellt. Hier zeigt die deskriptive Auswertung, dass die befragten Jugendlichen am stärksten von ihren FreundInnen und PartnerInnen beeinflusst werden. Nur zwei Befragte geben an, von ihren FreundInnen keinen Einfluss auf ihre Partizipationsbereitschaft wahrzunehmen. 44.6% (n=66) dagegen sehen einen großen, 23.6% (n=35) einen sehr großen Einfluss durch ihre Peers. Der Mittelwert liegt hier bei 3.81 (Standardabweichung= 0.94). Am geringsten zeigt sich eine Beeinflussung durch Arbeitsplatz und KollegInnen auf ihr politisches Verhalten (Mittelwert= 3.03, Standardabweichung= 1.1). Hier gab es auch 33 Befragte die bezüglich des Einflusses von KollegInnen und Arbeitsplatz keine Einschätzung treffen konnten. Medien und Familie liegen eng zusammen an zweiter und dritter Stelle der Beeinflussungsfaktoren (Medien: Mittelwert= 3.4; Standardabweichung = 0.82; Familie: Mittelwert= 3.39, Standardabweichung= 1.02). An vierter Stelle liegt die Ausbildungsstätte, also Schule oder Universität (Mittelwert= 3.2, Standardabweichung= 0.82).

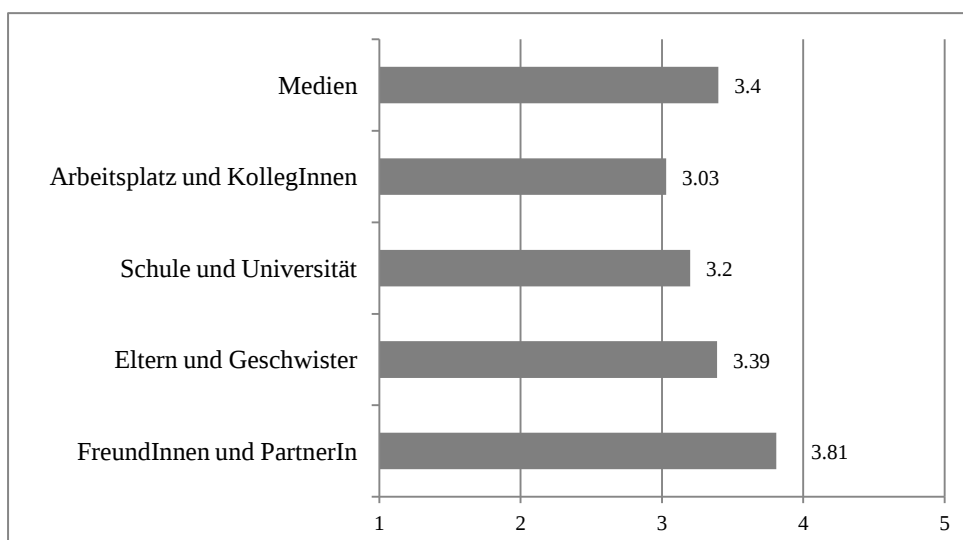


Abbildung 3: Mittelwertsdarstellung der Sozialisationseinflüsse

Eine Variable die ebenfalls bedeutend ist, um diese Forschungsfrage beantworten zu können, ist die summarische Frage am Ende des Sozialisationsblocks, die nach dem Einflussfaktor fragt, der für die Jugendlichen bewusst das eigene politische Engagement am stärksten begründet. Auch hier zeigt sich, dass von Jugendlichen ihre FreundInnen und ihre PartnerIn ganz klar als bedeutendster Einfluss gesehen werden. 41.9% der Befragten (n=62) geben an in ihren FreundInnen den Grund für ihr politisches Verhalten zu sehen. An zweiter Stelle folgt die Familie mit 23% (n= 34) und an dritter Stelle die Schule mit 13.5% (n= 20). An letzter Stelle stehen die Medien und der Arbeitsplatz mit jeweils 10.8% (n= 16).

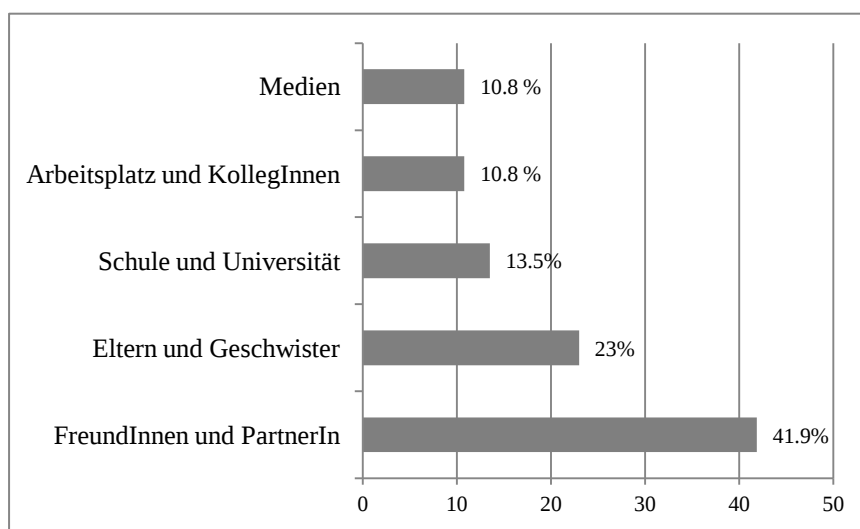


Abbildung 4: Bewusste Einschätzung des bedeutensten Sozialisationseinflusses

Damit kann zusammenfassend gesagt werden, dass sowohl in der bewussten Einschätzung des Sozialisationseinflusses, als auch in der unbewussten Kontrolle durch sieben Variablen, die Peers den stärksten Einfluss auf den Willen zur politischen Beteiligung bei Jugendlichen zeigen. Der Arbeitsplatz hat den geringsten Einfluss auf das politische Verhalten der befragten Jugendlichen. Medien werden in der absichtsvollen Einschätzung unterschätzt, es zeigt sich in der unbewussten Kontrolle ein höherer Einfluss auf die politische Beteiligung der jungen Aktiven als bewusst angenommen. Die Bedeutung der Peers muss hier vor allem im Rahmen dessen betrachtet werden, dass die Partei oder Interessensvertretung als Ort des Freundeskreises eine bedeutende Rolle spielt und damit die erlebte Unterstützung der Peers dadurch beeinflusst wird.

8.2. Auswertung Hypothese 1

H1: Wenn sich ein Zusammenhang zwischen der politischen Gesinnungen der Befragten mit jener von FreundInnen und Familie zeigt, dann partizipieren (allgemeine Partizipation, Wahlteilnahme) sie in höherem Maße.

H1.1a: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der Familie überein, dann partizipieren sie in Formen der allgemeinen Partizipation in höherem Maße.

H1.1b: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der Familie überein, dann partizipieren sie in höherem Maße bei Wahlen.

H1.2a: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der FreundInnen überein, dann partizipieren sie in Formen der allgemeinen Partizipation in höherem Maße.

H1.2b: Stimmen die Befragten mit den politischen Gesinnungen der FreundInnen überein, dann partizipieren in höherem Maße bei Wahlen.

Stellt man die Übereinstimmung der politischen Partizipation gegenüber, zeigt sich, dass ein signifikanter, positiver, mittlerer Zusammenhang (Korrelationskoeffizient nach Pearson: .22, $p \leq .05$) zwischen Übereinstimmung mit FreundInnen und PartnerIn besteht und ein hochsignifikanter, positiver, mittlerer Zusammenhang (Korrelationskoeffizient nach Pearson: .29, $p \leq .01$) zwischen der Übereinstimmung mit den Medien und der politischen Beteiligung gegeben ist. Dass bedeutet, je stärker man seine eigene politische Meinung durch FreundInnen/PartnerIn und durch die Medien bestätigt sieht, umso stärker fällt die eigene politische Beteiligung aus. Damit ist die Hypothese H1.2a in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Wahlteilnahmen zu bestätigen. Für die politische Übereinstimmung mit der Familie wird kein Sozialisationseinfluss auf die Jugendlichen festgestellt. Damit kann die Hypothese 1 nur zum Teil verifiziert werden und es zeigt sich, dass die politische Übereinstimmung mit dem Freundeskreis einen aktivierenden Effekt auf die Aktivität von Jugendlichen hat. Ebenso ist der öffentliche Rückhalt für das Partizipationsniveau bedeutend, da eine Übereinstimmung mit Massenmedien aktivierend wirkt.

In Bezug auf Wahlteilnahme ist keine Beziehung zu den Sozialisationsmöglichkeiten feststellbar. Es wurde daher eine Korrelationsanalyse für alle Möglichkeiten, wie die

Bedeutung von Politik für die Sozialisationsfaktoren, das Vertrauen in das Umfeld, das Aktivitätsniveau der abgefragten Größen der Sozialisation, usw. in Bezug auf die Wahlbeteiligung berechnet und die Ergebnisse weisen darauf hin, dass keiner der abgefragten Faktoren die Wahlbeteiligung politisch aktiver Jugendlicher erklärt. Somit ist kein Sozialisationseinfluss durch Familie, FreundInnen, Schule, Arbeitsplatz oder Medien auf das Wahlverhalten feststellbar. In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass Formen der Partizipation wie Demonstrationsteilnahmen und Unterschriftensammlung anders zu beurteilen sind, als Wahlbeteiligung oder Beteiligung an Formen politischen Verhaltens zu dem die Regierung aufruft (Sherrod et al., 2002; Schmid, 2012). Dies erklärt den Unterschied im Sozialisationseinfluss auf die verschiedenen Partizipationsformen.

Tabelle 8.2.1 Korrelationsanalyse allgemeine Partizipation vs. Übereinstimmung der politischen Einstellung

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.219*
Eltern und Geschwister	-.002
Schule und Universität	-.005
Arbeitsplatz und KollegInnen	-.161
Medien	.289**
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

Tabelle 8.2.2 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs. Übereinstimmung der politischen Einstellung

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.043
Eltern und Geschwister	.110
Schule und Universität	-.128
Arbeitsplatz und KollegInnen	.028
Medien	-.023
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

8.3. Auswertung Hypothese 2

H2: Wenn die FreundInnen der befragten Jugendlichen politisch aktiv sind, dann zeigen auch die Jugendlichen ein erhöhtes politisches Engagement.

Um die steigende politische Aktivität mit dem politischen Engagement der Freunde in Verbindung zu bringen, soll eine hierarchische Regressionsanalyse gerechnet werden. Dazu wird der Level an politischer Beteiligung, die sich hier aufgrund des gezeigten fehlenden Zusammenhangs mit Wahlbeteiligung nur aus Formen wie Demonstrationsteilnahme, Unterschriftensammlung etc. zusammensetzt, als abhängige Variable angenommen, die von vier Blöcken an unabhängigen Variablen erklärt werden soll. Der erste Block bezieht sich auf soziodemographischen Variablen. Diese umfassen: Alter, Geschlecht und Bildungsstand. Als zweiter Erklärungsblock wird die Mediennutzung der Jugendlichen einbezogen. Beide Blöcke zeigen in der Literatur ein Erklärungspotenzial von politischem Verhalten (Schulz, 2011) und sollen daher auch in dieser Auswertung berücksichtigt werden. Als dritter Erklärungsblock werden traditionelle Variablen einbezogen, die politisches Verhalten erklären. Dies umfasst das politische Wissen, die politische Kompetenz, die politische Verdrossenheit, das politische Interesse und die politische Zufriedenheit (Schmid, 2012). Als letzter Erklärungsblock wird die politische Aktivität der Sozialisationsinstanzen (FreundInnen, Familie, Ausbildungs- und Arbeitsstätte) einbezogen.

Durch die soziodemographischen Daten können nur 2% der politischen Aktivität erklärt werden. Durch den Einschluss der Mediennutzung steigt die Erklärungsvarianz auf 15%. Werden die klassischen politischen Variablen einbezogen, steigt der Erklärungswert auf 26% und durch den Einbezug der Aktivität der Sozialisationsfaktoren können 31% der politischen Aktivität der befragten Jugendlichen erklärt werden. Hierbei ist die Nutzung von Printmedien positiv mit einem gesteigerten Aktivitätsniveau verbunden ($p < .05$; Beta= .24). Ebenfalls signifikant ist das politische Interesse. Je stärker die Jugendlichen sich also für Politik interessieren, umso stärker partizipieren sie auch ($p < .05$, Beta= .23). Von den Sozialisationsfaktoren zeigt nur die Aktivität der FreundInnen und PartnerInnen einen signifikanten positiven Zusammenhang mit politischer Aktivität ($p < .05$, Beta= .22).

Damit kann die Hypothese 2 verifiziert werden, da die Aktivität der Peergroup einen positiven Einfluss auf das Partizipationsniveau der Jugendlichen zeigt.

Tabelle 8.3.1 Unabhängige Variablen der Regressionsanalysen

Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
Alter in Jahren	TV-Nutzung	Politische Zufriedenheit	FreundInnen Aktiv
Geschlecht	Printnutzung	Internale Selbstwirksamkeit	Familie Aktiv
Bildungsstand	Radionutzung	Externale Selbstwirksamkeit	Ausbildungsstätte Aktiv
	Internetnutzung	politisches Wissen	ArbeitskollegInnen Aktiv
		Politisches Interesse	

Tabelle 8.3.2 Regressionsanalyse Politische Aktivität

	Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
R ²	.02	.15	.26	.31
Variablen	Beta	Beta	Beta	Beta
Alter (in Jahren)	-.01	.03	-.02	-.09
Geschlecht	-.15	-.02	.09	.03
Bildungsstand	.17	.12	.14	.18
TV Nutzung		.11	.05	.05
Printnutzung		.27**	.21*	.23*
Radionutzung		.01	.04	.02
Internetnutzung		-.21*	.09	.08
Politische Zufriedenheit			-.19	-.16
Internale Selbstwirksamkeit			.12	.10
Externale Selbstwirksamkeit			-.16	-.12
Politisches Wissen			.11	.13
Politisches Interesse			.21	.23*
FreundInnen Aktiv				.22*
Familie Aktiv				-.18
Ausbildungsstätte Aktiv				-.01
ArbeitskollegInnen Aktiv				.16
N = 148				

8.4. Auswertung Hypothese 3

H3: Wenn Jugendliche mit den politischen Meinungen der Familie übereinstimmen, dann haben sie ein großes Vertrauen in ihre interne politische Selbstwirksamkeit.

Auch für die Auswertung der Hypothese 3 wird eine hierarchische Regressionsanalyse gerechnet. Der Einschluss der ersten drei Blöcke verläuft ähnlich wie bei der Hypothese 2. Der Block 3 setzt sich aber nun aus politischem Wissen, politischer Zufriedenheit, dem politischen Interesse und die externe politische Selbstwirksamkeit zusammen. Für den vierten Block wird die Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der Sozialisationsfaktoren herangezogen.

Die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz kann durch den Einbezug der soziodemographischen Variablen nur zu 5% erklärt werden. Durch den Einbezug der Mediennutzung steigt die Erklärungsvarianz auf 31.8%. Die politischen Variablen können die Erklärungskraft auf 45.3% steigern und durch die Übereinstimmung mit den Sozialisationsfaktoren kommt es zu einer Erklärungsvarianz von 47%.

Dabei zeigt sich, dass Print- und Internetnutzung einen signifikanten ($p < .05$; $Beta = .21$) und hochsignifikanten ($p < .01$; $Beta = .28$) positiven Einfluss zeigen. Je höher also die politische Print- und Internetnutzung der Jugendlichen, umso stärker ist auch der Glaube an die eigene politische Kompetenz. Ebenfalls signifikant ($p < .05$; $Beta = .24$) stellt sich die Zufriedenheit mit der Politik dar. Je stärker die Jugendlichen mit den politischen Verhältnissen in Österreich zufrieden sind, umso höher ist auch die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz. Als hochsignifikant zeigen sich hier auch das politische Interesse und das persönliche Empfinden der externalen politischen Selbstwirksamkeit. Je höher das politische Interesse ($p < .01$; $Beta = .28$) und je geringer die externe Selbstwirksamkeit ($p < .01$; $Beta = -.39$), umso stärker ist der Glaube an die eigene politische Kompetenz. Werden die Sozialisationsfaktoren in die Analyse aufgenommen, erhöht nur die Übereinstimmung mit den FreundInnen und PartnerInnen den Erklärungsgewinn ($p < .05$; $Beta = .23$). Das bedeutet, je stärker die befragten Jugendlichen sich mit den politischen Einstellungen ihrer Peers identifizieren können, umso höher fällt die Einschätzung der internalen politischen Selbstwirksamkeit aus.

Die Ausgangshypothese, dass die Familie die grundlegenden politischen Einstellungen wie politische Selbstwirksamkeit prägt, muss falsifiziert werden. Der Rückhalt durch den Freundeskreis zeigt sich hier als bedeutendster Einfluss auf das Empfinden die Kompetenz zu besitzen um in der Politik etwas verändern zu können.

Tabelle 8.4.1 Unabhängige Variablen der Regressionsanalysen

Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
Alter in Jahren	TV-Nutzung	Politische Zufriedenheit	FreundInnen Übereinstimmung
Geschlecht	Printnutzung	Politisches Wissen	Familie Übereinstimmung
Bildungsstand	Radionutzung	Politisches Interesse	Ausbildungsstätte Übereinstimmung
	Internetnutzung	Externale Selbstwirksamkeit	ArbeitskollegInnen Übereinstimmung
			Medien Übereinstimmung

Tabelle 8.4.2 Regressionsanalyse Internale Selbstwirksamkeit

	Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
R ²	.02	.15	.26	.31
Variablen	Beta	Beta	Beta	Beta
Alter (in Jahren)	-.15	-.15	-.12	-.12
Geschlecht	-.27*	-.12	.01	.06
Bildungsstand	.20	.13	.08	.09
TV Nutzung		-.07	-.13	-.10
Printnutzung		.40**	.25*	.21*
Radionutzung		.03	.03	.05
Internetnutzung		.28**	.27**	.28**
Politische Zufriedenheit			.22*	.24*
Politisches Wissen			.16	.13
Externale Selbstwirksamkeit			-.37**	-.39**
Politisches Interesse			.18	.28**
FreundInnen Übereinstimmung				.23*
Familie Übereinstimmung				.02
Ausbildungsstätte Übereinstimmung				.09
ArbeitskollegInnen Übereinstimmung				-.05
Medien Übereinstimmung				-.01
N = 148				

8.5. Auswertung Hypothese 4

H4: Wenn für die Familie der Jugendlichen Politik immer ein wichtiges Thema war, dann interessieren sie sich stärker für die Politik.

Um die Hypothese 4 zu prüfen, wird erneut eine hierarchische Regressionsanalyse gerechnet. Hierbei werden wieder die drei Blöcke „soziodemographische Daten“, „Mediennutzung“ und „politische Variablen“ als unabhängige Variable eingesetzt. Der vierte Block setzt sich aus der Bedeutung von Politik für die einzelnen Sozialisationsfaktoren zusammen. Die abhängige Variable ist hierbei das politische Interesse. Durch die soziodemographischen Daten können 11% des politischen Interesses erklärt werden. Hier zeigt das Geschlecht einen signifikanten negativen Zusammenhang ($p < .05$; $Beta = -.37$). Da weiblich als 2 codiert ist, werden 11% des politischen Interesses durch die Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht erklärt. Männer sind demnach politisch stärker interessiert als Frauen. Bezieht man die anderen Blöcke ein, verschwindet dieser Zusammenhang jedoch. Durch den Einschluss der Mediennutzung steigt der Erklärungswert auf 23%. Werden die klassischen politischen Variablen aufgenommen, macht die Varianz 40% aus. Durch den Einbezug der Bedeutung von Politik für diesen Sozialisationsfaktor kann nur mehr ein leichter Zugewinn erreicht werden. 41% des politischen Interesses der befragten Jugendlichen können demnach erklärt werden.

Die politische Zufriedenheit zeigt einen signifikanten, negativen Zusammenhang mit dem politischen Interesse ($p < .05$; $Beta = -.19$). Das bedeutet, je unzufriedener die Jugendlichen sind, umso stärker sind sie politisch interessiert. Die interne Selbstwirksamkeit und damit die Einschätzung der politischen Kompetenz zeigt einen signifikanten, positiven Zusammenhang ($p < .01$; $Beta = .46$), die externe Selbstwirksamkeit, also der Glaube an eine Veränderbarkeit des österreichischen politischen Systems, einen signifikanten, negativen Zusammenhang ($p < .05$; $Beta = -.22$). Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Einschätzung der politischen Kompetenz und dem politischen Interesse. Je stärker aber der Glaube an die Unveränderbarkeit des österreichischen Systems, umso weniger interessieren sich die Jugendlichen für Politik. Die Sozialisationskomponente die für das politische Interesse entscheidend ist, ist die Bedeutung der Politik für die eigene Familie. Hier zeigt sich, je

stärker die Bedeutung von Politik für die eigene Familie eingeschätzt wird, umso größer ist das eigene politische Interesse ($p < .05$; $Beta = .18$).

Die Hypothese 4 kann damit angenommen werden, da sich ein signifikanter Einfluss der Familie auf das Interesse zeigt. Damit wird die Annahme, dass die Bedeutung von Politik in der Familie die Basis für politisch interessierte Jugendliche setzt, bestätigt.

Tabelle 8.5.1 Unabhängige Variablen der Regressionsanalysen

Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
Alter in Jahren	TV-Nutzung	Politische Zufriedenheit	FreundInnen Bedeutend
Geschlecht	Printnutzung	Internale Selbstwirksamkeit	Familie Bedeutend
Bildungsstand	Radionutzung	Externale Selbstwirksamkeit	Ausbildungsstätte Bedeutend
	Internetnutzung	politisches Wissen	ArbeitskollegInnen Bedeutend
			ArbeitskollegInnen Bedeutend

Tabelle 8.5.2 Regressionsanalyse Politisches Interesse

	Block 1	Block 2	Block 3	Block 4
R ²	.11	.23	.40	.41
Variablen	Beta	Beta	Beta	Beta
Alter (in Jahren)	-.09	-.04	-.04	-.05
Geschlecht	-.37*	-.23*	-.17	-.13
Bildungsstand	.06	-.02	-.06	-.05
TV Nutzung		.18	.16	.15
Printnutzung		.17	.02	-.01
Radionutzung		.04	.09	.08
Internetnutzung		.23*	.04	.04
Politische Zufriedenheit			-.22**	-.19*
Internale Selbstwirksamkeit			.46**	.46**
Externale Selbstwirksamkeit			-.24*	-.22**
Politisches Wissen			.01	-.01
FreundInnen Bedeutend				-.04
Familie Bedeutend				.18*
Ausbildungsstätte Bedeutend				-.13
ArbeitskollegInnen Bedeutend				.06
Medien Bedeutend				-.06
N = 148				

8.6. Diskussion der Ergebnisse

Der Einfluss der Sozialisationsinstanzen ist sehr unterschiedlich zu beurteilen. So wird deutlich, dass sich Jugendliche dem Einfluss von FreundInnen und PartnerIn auf ihr eigenes politisches Verhalten sehr bewusst sind und sich dieses Ergebnis auch in der unterbewussten Überprüfung die Peergroup widerspiegelt. Wie bereits erwähnt beeinflusst die Partei oder Interessenvertretung als Ort der Freundschaft ganz bestimmt die Einschätzung des Stellenwerts der Peers auf das eigene politische Verhalten. Allerdings weisen Jugendliche den Medien nur einen sehr geringen Wert in der bewussten Abfrage zu, hier offenbaren jedoch die Ergebnisse, dass Medien auf das politische Verhalten der Jugendlichen unterbewusst sehr stark wirken. Der Einfluss der Familie wird wiederum bewusst und unbewusst sehr ähnlich eingestuft, die Wirkung der Schule wird von den jungen Befragten dafür etwas überschätzt. Wie in dieser Analyse erkennbar, ist der Arbeitsplatz der unbedeutendste Sozialisationsfaktor. Die politische Meinung der KollegInnen nimmt kaum Einfluss auf das politische Verhalten der Jugendlichen. Dies wurde durch die Selbsteinschätzung der ProbandInnen und durch die unbewusste Analyse bestätigt. Damit ist ein Einbezug des Arbeitsplatzes als bedeutende Sozialisationsinstanz nicht notwendig.

Spannend ist, dass sich zwar ein Sozialisationseinfluss der einbezogenen Instanzen auf politisches Partizipationsverhalten wie Demonstrationsteilnahme und Unterschriftensammlung zeigt, jedoch kein Einfluss auf das Wahlverhalten feststellbar ist. Hier überwiegen offensichtlich moralische Vorstellungen eines guten Bürgers, einer guten BürgerIn (Sherrod, 2003), die nicht durch das Interesse an Politik, die politische Aktivität oder Informationsverhalten bestimmt werden. Um den Sozialisationseinfluss auf die Wahlbeteiligung zu erheben, hätte daher in der Erhebung vielmehr auf Moralvorstellungen und Ansichten über „gutes Bürgertum“ eingegangen werden müssen (Sherrod et al., 2002; Schmid, 2012).

Politische Sozialisation wirkt sich auf das Verhalten, das Interesse und Einstellungen aus, weswegen bei der Auswertung auch auf diese Größen Bezug genommen wurde. Es zeigt sich, dass die Grundlage für politisches Verhalten und das Interesse durch die Familie gebildet wird. Somit kann bestätigt werden, dass eine rege politische Diskussion die Bedeutung der Thematik in der Familie begründet und auch weiterführend ein höheres

politisches Interesse bei Jugendlichen bewirkt (Martikainen, 1973). Da sich in der Regressionsanalyse zur politischen Aktivität das Interesse als signifikant ausschlaggebend herausgestellt hat, kann also davon ausgegangen werden, dass die Basis des politischen Engagements in der Familie gelegt wird.

Anders als angenommen wird der Glaube an die eigene politische Kompetenz, und damit eine bedeutende Grundeinstellung in Bezug auf politische Aktivität, nicht von der Familie beeinflusst, sondern durch den Freundeskreis bestimmt. Die Analyse legt nahe, dass die Homogenität im Freundeskreis zu einem starken Vertrauen in die eigene politische Selbstwirksamkeit führt. Eine mögliche Erklärung ist die bewusste Wahl der Peergroup und damit die Übereinstimmung der grundsätzlichen Vorstellungen. Sie bekräftigen sich in ihren Vorstellungen und ihrem Handeln und entwickeln so eine eigene jugendliche Dynamik (Alford et al., 2011; Kandel, 1986). Das Gefühl in einer gemeinsamen Meinung aufgehoben zu sein, bestärkt Jugendliche auch in ihrem Eindruck etwas verändern zu können. Auch auf das Verhalten der politisch aktiven Jugendlichen wirken sich die eigenen Peers am stärksten aus. Die Übereinstimmung mit den politischen Ansichten und die gemeinsame politische Aktivität führen zu einer Steigerung des politischen Engagements. Dies lässt darauf schließen, dass politische aktive Jugendliche noch aktiver werden, je stärker sie sich von den politischen Ansichten ihrer FreundInnen gestützt fühlen und je höher das Aktivitätsniveau im Freundeskreis zu bewerten ist. Damit bewahrheitet sich, dass ohnehin schon politisch aktive Menschen in einem aktiven Umfeld ein noch höheres Potenzial an Partizipation entwickeln (Livingstone & Markhan, 2008).

Die Aktivität der Jugendlichen wird aber auch grundlegend von ihrem Mediennutzungsverhalten geprägt, so zeigen sich die politische Übereinstimmung mit den Medien, sowie die Printnutzung als bedeutsame Größen in der Erklärung des Engagements. Auch die interne Selbstwirksamkeit wird positiv durch die Printnutzung und sehr stark durch die Internetnutzung der Jugendlichen erklärt. Der starke positive Zusammenhang mit der Internetnutzung kann hier ein Hinweis darauf sein, dass Jugendliche das Internet als Plattform der Darstellung ihrer politischen Ansichten und Vorstellungen wahrnehmen und daher in ihrer Einschätzung der politischen Kompetenz bestärkt werden.

9. Resümee

Politische Partizipation ist in ihrem Einfluss auf den Erhalt der Demokratie eine Notwendigkeit und damit ist es bedeutsam, nach dem Erhalt und der Steigerung von politischer Partizipation zu forschen. Die hier gestellten Fragen nach den Sozialisationseinflüssen auf das politische Verhalten sind bereits Gegenstand vieler wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. In dieser Arbeit wurden jene Einflüsse auf politisch aktive junge Menschen in Bezug auf die bedeutendsten Instanzen der Sozialisation (Familie, FreundInnen, Ausbildungsstätte und Medien) untersucht und der Einfluss einer zusätzlichen Instanz (Arbeitsplatz) getestet. Die Analyse deutet darauf hin, dass politisch aktive Jugendliche ihr politisches Verhalten bewusst durch den Einfluss ihres Freundeskreises erklären. Unterbewusst sind neben den Peers auch Mediennutzung und die Familie bedeutende Faktoren für das politische Engagement.

9.1. Limitationen

In dieser Studie wurde ein sehr kleines, homogenes Sample untersucht und damit sind die Aussagen für die Gruppe der politisch aktiven Jugendlichen eingeschränkt zu betrachten. Problematisch ist in Bezug auf die kleine Samplegröße vor allem, dass nur wenige politische Gruppen stark genug vertreten waren und damit kein Einbezug der politischen Verortung möglich ist. Zudem wurde auf das Milieukonzept nur im Ansatz Bezug genommen. Um der Milieuspezifität Rechnung tragen zu können, wäre ein Einbezug von Daten wie Bildungsstand und Beruf der Eltern, Bildungsstand und schichtspezifische Herkunft der FreundInnen, genaue Auskunft zum Ausbildungsweg und Berufsweg notwendig gewesen. Die Erhebung dieser zum Teil sehr sensiblen Daten konnte in dieser Erhebung nicht nachgekommen werden. Eine qualitative Auseinandersetzung mit wenigen Fällen die auf Milieuhintergrund und noch intensiver auf die persönliche Voraussetzungen der Interview-PartnerInnen eingehen, wäre hier ein interessanter Zugang.

9.2. Praktische Implikationen

Politisch engagierte Jugendliche umgeben sich bevorzugt mit anderen Jugendlichen, die ebenfalls diese Interessen teilen, wodurch es zu einer Verstärkung der bereits vorhanden

Ansichten und Handlungen kommt. Die Ergebnisse dieser Masterarbeit legen nahe, dass Sozialisation von politischer Aktivität am stärksten durch den Freundeskreis beeinflusst wird, vor allem dann, wenn Jugendliche bereits engagiert sind. Wer also aktiv ist, wird durch die selbst gewählten Peers nur noch aktiver und in seinen Ansichten und Einstellungen bestärkt. Die Basis der politischen Aktivität wird aber ganz grundlegend in der Familie gelegt. Durch die familieninterne Kommunikation über politisch relevante Themen wird das politische Interesse der Jugendlichen entscheidend geprägt, was in weiterer Folge ein bedeutsamer Einflussfaktor für das politische Potenzial der hier befragten jungen ÖsterreicherInnen ist.

Die aktive und politische Mediennutzung zeigt sich als bedeutsamer Einfluss auf die Kompetenzeinschätzung der Jugendlichen und auf ihr politisches Potenzial. Dieser Punkt kann entscheidend für Überlegungen zur Steigerung der politischen Aktivität sein. Aber auch die öffentliche Darstellung der eignen politischen Meinungen spielt eine bedeutsame Rolle, was nach einem vielseitigen Medienangebot verlangt.

Eine Umlegung der Studienerkenntnisse auf die Aktivierung von politischer Partizipation bei österreichischen Jugendlichen im Allgemeinen kann nur im Ansatz passieren, da die kleine Stichprobe keine Verallgemeinerung der Ergebnisse erlaubt. Die hier gewonnenen Erkenntnisse legen aber nahe, dass politische Partizipation unter Jugendlichen allgemein gesteigert werden kann, wenn aktive Diskussionen in der Familie und rege Mediennutzung forciert werden. Der Sozialisationsnutzen der Schule in Hinblick auf Engagement ist in Österreich als eher unbedeutend zu betrachten. Die Ausbildungsstätte kann aber als Trigger-Moment eine bedeutende Rolle spielen. Hier kann besonders die Steigerung der Medienkompetenz und eine Aktivierung von Mediennutzungsverhalten erreicht werden. Aktive Mediennutzung erweitert den Horizont von Jugendlichen (McDevitt & Chaffee, 2002) und führt zu einem gesteigerten politischen Bewusstsein (Tan, 1980). Die Auseinandersetzung mit neuen Ansichten und Meinungen kann dann in weiterer Folge zu politischen Diskussionen in der Familie führen, die das Interesse der Jugendlichen positiv beeinflussen können. Das Einbringen neuer Meinungen kann ein bedeutender Auslöser für Familien sein, Politik neu zu diskutieren und eine Partizipationssteigerung zu bewirken (McDevitt & Chaffee, 2002).

9.3. Ausblick

Problematisch bleibt jedoch die starke Prägung durch das soziale Milieu der Jugendliche, das bestimmend für den gewählten Freundeskreis und Bildungsweg ist. Damit reproduzieren die jungen Menschen in der Wahl ihrer Ausbildung und ihres Umfelds oftmals die sozialen Gegebenheiten ihrer Eltern. Wie solche Spezifika aufgebrochen werden können, um soziale Strukturen zu erweitern bleibt eine bedeutende Forschungslücke, die auch im Hinblick auf das politische Beteiligungspotenzial der jungen ÖsterreicherInnen interessant ist.

Die Darstellung dieser Vorschläge, aber auch die Ergebnisse zeigen, dass politische Sozialisation nicht als klare Abgrenzung der einzelnen Sozialisationsinstanzen zu begreifen ist, sondern dass ein Ineinandergreifen notwendig ist, um Sozialisation der politischen Aktivität zu verstehen und um sie unterstützen zu können. Es gibt somit nicht die eine bedeutendste Sozialisationsinstanz, sondern die Summe und das Zusammenspiel der Instanzen ist entscheidend.

10. Literatur

Almond, G. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture*. New Jersey: Princeton University Press.

Alford, J. R., Hatemi, P. K., Hibbing, J. R., Martin, N. G. & Eaves, L. J. (2011). The politics of mate choice. *The Journal of Politics*, 73 (2), 362-379.

Ammerer, H. (2010). Das Sorgenkind wird erwachsen. Zur Situation der politischen Bildung in Österreich. In H. Ammerer, R. Krammer, & U. Tanzer (Hrsg.). *Politisches Lernen. Der Beitrag der Unterrichtsfächer zur politischen Bildung*. (S. 15-21). Innsbruck: Studienverlag.

Atkin, C. K. & Gantz, W. (1978). Television news and political socialization. *Public Opinion Quarterly*, 42(2), 183–198.

Baacke, D., Ferchhoff, F. & Vollbrecht, R. (1997). Kinder und Jugendliche in medialen Welten und Netzen. Prozesse der Mediensozialisation. Fehr, W. & Fritz, J. (Ed.). *Handbuch Medien: Computerspiele*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Barber, B. R. (1998). *A passion for democracy*. Princeton: Princeton University Press.

Barth, B., Flaig, B. B. (2013). Was sind Sinus-Milieus? P. M. Thomas & M. Calmbach (Hrsg.). *Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft*. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum.

Beck, U. (1997). Soziologische Aspekte: Demokratisierung der Familie. C. Palentien & K. Hurrelmann (Hrsg.). *Jugend und Politik*. S. 47-67. Neuwied/Krifel/Berlin: Luchterhand Verlag.

Berger, C. & Kühberger, C. (2010). Politische Bildung und neue Medien. In H. Ammerer, R. Krammer, & U. Tanzer (Hrsg.). *Politisches Lernen. Der Beitrag der Unterrichtsfächer zur politischen Bildung*. (S. 38-58). Innsbruck: Studienverlag

Böhnke, P. (2011). Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2, 18-25.

- Burdewick, I. (2003). *Jugend – Politik - Anerkennung*. Opladen: Leske & Budrich.
- Calenda, D. & Meijer, A. (2009). Young people, the internet and political participation. Findings of a web survey in Italy, Spain and The Netherlands. *Information, Communication & Society*, 12 (6), 879–898.
- Carlson, L., Lacznisak, R. N. & Wertley, C. (2011). Parental Style. The Implications of what we know (and think we know). *Journal of Advertising Research*, 51 (2), 427-435.
- Chambers, S. (1996). *Reasonable Democracy. Jürgen Habermas and the Politics of Discourse*. Ithaca: Cornell University Press.
- Calmbach, M., Thomas, P. M., Borchard, I. & Flaig, B. (2012). *Wie ticken Jugendliche 2012?* Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg.
- Coleman, R. & McCombs, M. (2007). The Young and Agenda-less? Exploring Age-related Differences in Agenda. Setting on the Youngest Generation, Baby Boomers, and the Civic Generation, *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 84, 495-508.
- Dahl, R. A. (1997). *Toward Democracy. A Journey. Reflections: 1940-1997*. Berkely.
- Delli Carpini, M. X. (2000). Gen.com: Youth, Civic Engagement, and the New Information Environment. *Political Communication*, 17, 341–349.
- Die Presse (2013). *Von Alkoholsteuer bis Zahnsperre: Was die neue Koalition bringt*. Retrieved from: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1494557/Von-Alkoholsteuer-bis-Zahnsperre-Was-die-neue-Koalition-bringt?gal=1494557&index=13&direct=1501909&v1_backlink=/home/politik/innenpolitik/1502560/index.do&popup=
- Der Standard (2012). *Bundespräsident Fischer in der Kritik*. Retrieved from: <http://derstandard.at/1336698034101/Bundespraesident-Fischer-in-der-Kritik>
- Diamond, L. (2005). *Universal Democracy?* Retrieved from: <http://www.hoover.org/publications/policy-review/article/8078>
- Downs, A. (1957). An economic theory of political action in a democracy. *Journal of Political economy*, 65 (2), 135-150.

Ecarius, J., Eulenbacher, M., Fuchs, T. & Walgenbach, K. (2011). Jugend und Sozialisation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Eckstein, K., Noack, P., & Gniewosz, B. (2012). Attitudes toward political engagement and willingness to participate in politics: Trajectories throughout adolescence. *Journal of Adolescence*, 35, 485-495.

Elshtain, J. B. (1990). The family and civic life. In D. Blankenhorn, S. Bayme, & J. B. Elshtain (Hrsg.), *Rebuilding the nest* (S. 119–132). Milwaukee, WI: Family Service America.

Filzmaier, P. (2007). *Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen. Kurzbericht der Pilotstudie*. Wien: Donauuniversität Krems.

Filzmaier, P. & Klepp, C. (2009). Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38 (3), 341–355.

Flaig, B. B., Meyer, T. & Ueltzhöffer, J. (1997). *Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Flanagan, C. A., Bowes, J. M., Jonsson, B., Csapo, B. & Sheblanova, E. (1998). Ties that bind: correlates of adolescents' civic commitments in seven countries. *Journal of Social Issues*, 54, 457–475.

Flanagan, C. A. & Tucker, C. J. (1999). Adolescents' explanation for political issues: concordance with their views of self and society. *Developmental Psychology*, 35, 1198–1209.

Furman, W. & Buhrmeister, D. (1992). Age and sex differences in perceptions of networks of personal relationships. *Child Development*, 63, 103–115.

Gerlich, P. & Campbell, D. (2000). Austria from Compromise to Authoritarianism. D. Berg-Schlosser & J. Mitchell (Hrsg.). *Conditions of Democracy in Europe, 1919-1939. Systematic Case Studies* (S. 40-58). London: Macmillan.

Geulen, D. (1981). Ursachen und Risiken einer Alltagswende in der Pädagogik. *Zeitschrift für Pädagogik*, 17, 71-79.

Geulen, D. (2005). Subjektorientierte Sozialisationstheorie. Weinheim/München: Juventa.

Guggenberger, B. (1995). An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. B., Guggenberger, C., Offe (Hrsg.). *Wörterbuch Staat und Politik* (S. 80-90). München/Zürich.

Habermas, J. (1962). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied/Berlin: Hermann Luchterhand Verlag.

Habermas, J., von Friedeburg, L., Oehler, C. & Wetz, F. (1969). *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*. Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag.

Habermas, J. (1994). *Faktizität und Geltung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, J. (2001). *Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft*. Stuttgart: Reclam.

Habermas, J. (2006a). The public sphere. Goodin, R. E. & Pettit, P. (Hrsg.) *Contemporary political philosophy. Second edition* (S. 103-106). Malden/Oxford/Carlton: Blackwell Publishing.

Habermas, J. (2006b). Political communication in media society: Does democracy still enjoy an epistemic dimension? The impact of normative theory on empirical research. *Communication Theory*, 16, 411–426.

Hagedorn, J. (2008). *Jugendkulturen als Fluchtlinien. Zwischen Gestaltung von Welt und der Sorge um das gegenwärtige Selbst*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hansen, M. H. (1991). *The athenian democracy in the age of demosthenes*. London: Bristol Classical Press.

Hartup, W. W. (1996). The company they keep: friendships and their developmental significance. *Child Development*, 67, 1–13.

Hartup, W. W. (2005). Peer interaction: what causes what? *Journal of Abnormal Child Psychology*, 33, 387–394.

- Heigl, A. & Hacker P. (2010). *Politik 2.0*. Wien: Czernin Verlag.
- Hess, R. D. & Torney, J. V. (1967). *The Development of Political Attitudes in Children*. Chicago: Aldine Press
- John, D. R. (1999). Consumer Socialization of Children: A retrospective look at twenty-five years of research. *Journal of Consumer Research*, 26, 183-213.
- Jörke, D. (2005). Auf dem Weg zur Postdemokratie. *Leviathan*, 33 (4), 482-491.
- Jörke, D. (2011). Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2, 13-18.
- Jurkuhn, K., Kammann, U. & Wolf, F. (2007). *Im Spannungsfeld. Zur Qualitätsdiskussion öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme*. Berlin: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Kaase, M., & Marsh A. (1979). Political Action. A Theoretical Perspective. In S.H. Barnes & M. Kaase (Hrsg.) *Political Action* (S. 27-56). Beverly Hills: Sage.
- Kaid, L.L., McKinney, M.S., & Tedesco J. C. (2007). Introduction: Political Information Efficacy and Young Voters. *American Behavioral Scientist*, 50(9), 1093-1111.
- Kandel, D. B. (1986). Processes of peer influences in adolescence. In R. K. Silbereisen, K. Eyferth, & G. Rudinger (Hrsg.), *Development as action in context* (S. 203–227). Berlin: Springer-Verlag.
- Kepplinger, H. M. & Maurer, M. (2005). *Abschied vom rationalen Wähler. Warum Wahlen im Fernsehen entschieden werden*. Freiburg & München: Alber.
- Keupp, H. (2010). Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. In A. Pilch Ortega et al. (Hrsg.). *Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe* (S. 137-150). Wiesbaden: VS Verlag,
- Kiousis, S. & McDevitt, M. (2008). Agenda Setting in Civic Development : Effects of Curricula and Issue. Importance on Youth Voter Turnout, *Communication Research*, 35, 481- 502.

Kononova, A., Alhabash, S. & Cropp, F. (2011). The role of media in the process of socialisation to American politics among international students. *The International Communication Gazette*, 73 (4), 302-321.

Krammer, R. (2009). Politische Kultur und Politische Bildung. *Informationen zur Politischen Bildung*, 30, 27-32.

Krammer, R. (2010). Kompetenzen durch politische Bildung. In H. Ammerer, R. Krammer, & U. Tanzer (Hrsg.). *Politisches Lernen. Der Beitrag der Unterrichtsfächer zur politischen Bildung* (S. 22-37). Innsbruck: Studienverlag.

Kushin, M. J., & Yamamoto, M. (2010) Did Social Media Really Matter? College Students' Use of Online Media and Political Decision Making in the 2008 Election. *Mass Communication and Society*, 13, 608–630.

Livingstone, S. (2008). Taking risky opportunities in youthful content creation: teenagers' use of social networking sites for intimacy, privacy and selfexpression. *New Media & Society*, 10, 393- 411.

Livingstone, S. & Markham, T. (2008). The contribution of media consumption to civic participation. *The British Journal of Sociology*, 59 (2), 351- 371.

Luo, S. & Klohnen, E. C. (2005). Assortative Mating and Marital Quality in Newlyweds: A Couple-Centered Approach. *Journal of Personality and Social Psychology*, 88 (2), 304–26.

McDevitt, M. & Chaffee, S. (2002). From top-down to trickle-up influence: Revisiting assumptions about the family in political socialisation. *Political Communication*, 19, 281-301.

Marsh, D. (1971). Political socialization: The implicit assumption questioned. *British Journal of Political Science*, 1(4), 453–465.

Martikainen, T. (1973). *Political Activity: Structure, Determinants and Dynamics*. Helsinki: Societas Scientiarum Fennica.

- Maurer, M. (2009). Sagen Bilder mehr als tausend Worte? Die Relevanz verbaler und visueller Informationen für die Urteilsbildung über Personen im Fernsehen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 57 (2), 198-216.
- Merschitz, P. (2007). *Politische Einstellungen von Jungwählern und Jungwählerinnen. Eine empirische Studie anlässlich der Nationalratswahl in Österreich 2006*. Wien: Universität Wien.
- Milbrath, L. W. & Goel M. L. (1977). *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics? Second Edition*. Chicago: Nally College Publishing.
- Miller, M. (2013). Im Kampf um die erste Stimme. Retrieved from: <http://derstandard.at/1379291339962/Im-Kampf-um-die-erste-Stimme>
- Moeller, S. D. (2008) Media and Democracy. M. Boler (Hrsg.) *Digital Media and Democracy. Tactics in Hard Times* (S. 167-195). Cambridge/Massachusetts/London: The MIT Press.
- Morrell, M. E. (2003). Survey and experimental evidence for a reliable and valid measure of internal political efficacy. *Public Opinion Quarterly*, 67(4), 589–602.
- Moser, S. (2010). *Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müller, W.C. (2006a). Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs. In H. Dachs (Hrsg). *Politik in Österreich* (S. 279-304). Wien: Manz.
- Müller, W.C. (2006b). Regierung und Kabinettsystem. In H. Dachs (Hrsg). *Politik in Österreich* (S. 168-187). Wien: Manz.
- Naderer, B. (2012). *Social Web-Nutzung und politische Partizipation österreichischer Jugendlicher*. Wien: Diplomarbeit.
- Neidhardt, F. (1994). Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit. In W. Wunden (Hrsg.) *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zu Medienethik. Band2* (S. 19-30). Hamburg/Stuttgart; J.F. Steinkopf Verlag.

Niemi, R. G., Craig, S. C. & Mattei, F. (1991). Measuring internal political efficacy in the 1988 national election study. *American Political Science Review*, 85(4), 1407–1413.

Niemi, R. G. & Hepburn, M. A. (1995). The rebirth of political socialization. *Perspectives on Political Science*, 24(1), 7–17.

Pelinka, A. (2003). Das politische System Österreichs. In W. Ismayr (Hrsg.) *Die politische Systeme Westeuropas* (S. 521-552). Opladen: Leske & Budrich.

Pelinka, A. & Rosenberger, S. (2007). Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends. Wien: Facultas.

Plasser, F. (2006). Massenmedien und politische Kommunikation. In H. Dachs (Hrsg.) *Politik in Österreich* (S. 525-537). Wien: Manz.

Plasser, F. & Ulram, P. A. (2006). Wahlverhalten. In H. Dachs (Hrsg.) *Politik in Österreich* (S. 550-560). Wien: Manz.

Pöll, R. & Weiser, U. (2011). Faymanns PR-Pleite: Eine Facebook-Seite ist kein Inserat. Retrieved from http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/709960/Faymanns-PRPleite_Eine-Facebookseite-ist-kein-Inserat?from=suche.intern.portal

Putnam, R. (1995). Bowling Alone: Americas Declining Social Capital. *Journal of Democracy*, 6, 65-79.

Schmid, C. (2001). Der Einfluss von Eltern und Gleichaltrigen auf das Wahlverhalten von Erstwählern. In H.-P. Kuhn, K. Weiss, & H. Oswald (Hrsg.), *Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998* (S. 151–183). Opladen: Leske & Budrich.

Schmid, C. (2012). The value „social responsibility“ as a motivating factor for adolescents’ readiness to participate in different types of political actions, and its socialization in parent and peer contexts. *Journal of Adolescence*, 35, 533-547.

Schmidt, M. G. (2000). *Demokratietheorien. Eine Einführung. 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage*. Opalden: Leske und Budrich.

Scholl, Armin (2009). *Die Befragung. 2. Auflage*. Konstanz: UVK.

Schulz, W. (2011). *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. 3. Überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Shah, D. V., Kwak, N. & Holbert, L.R. (2001). “Connecting” and “Disconnecting” With Civic Life: Patterns of Internet Use and the Production of Social Capital. *Political Communication*, 18, 141–162.

Sherrod, L. R., Flanagan, C. & Youniss, J. (2002). Dimensions of citizenship and opportunities for youth development: the what, why, when, where, and who of citizenship development. *Applied Developmental Science*, 6, 246–272.

Sherrod, L. R. (2003). Promoting the development of citizenship in diverse youth. *Political Science and Politics*, 36 (2), 287–292.

Sigel, R. S. (1965). Assumptions about the learning of political values. *Annals of the American Academy of Social and Political Science*, 361, 1–9.

Sickinger, H. (2002). Zur Demokratiequalität des österreichischen Parlamentarismus. In D. F. Campbell & C. Schaller (Hrsg.) *Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven* (S. 44 – 56). Opladen: Leske & Budrich.

Statistik Austria (2013). *Arbeitslose und Arbeitssuchende*. Retrieved from: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/index.html

Steinmaurer, T. (2009). Übergebührlicher Rundfunk? Zum Einfluss der EU-Wettbewerbspolitik auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In B. Stark & M. Magin (Hrsg.) *Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Stuhlpfarrer, M. (2013). *Olympia-Nein: Des Wieners Angst vor Großprojekten*. Retrieved from: http://diepresse.com/home/panorama/wien/1354918/OlympiaNein_Des-Wieners-Angst-vor-Grossprojekten?_vl_backlink=/home/panorama/wien/1324020/index.do&direct=1324020

- Tan, A. (1980). Mass media use, issue knowledge, and political involvement. *Public Opinion Quarterly*, 44, 241-248.
- Tan, A. S. (1981). Political participation, diffuse support and perceptions of political efficacy as predictors of mass media use. *Communication Monographs*, 48, 133–145.
- Ucakar, K. (2006). Verfassung – Geschichte und Prinzipien. In H., Dachs (Hrsg). *Politik in Österreich* (S. 119-138). Wien: Manz.
- Ulam, P. A. (1995). Jugendliche und Politik in den neunziger Jahren. *Informationen zur Politischen Bildung*, 9, 37-48.
- Verba, S. (1967). Democratic Participation. *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 373, 53-78.
- Vetter, A. (1997). Political Efficacy: Alter und neue Testmethoden im Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49 (1), 53-73.
- Vollbrecht, R. (2010). Der sozialökologische Ansatz der Mediensozialisation. In D., Hoffmann, D. & L., Mikos (Hrsg.). *Mediensozialisationstheorien. 2. Auflage*. Wiesbaden: VS.
- Wagner, U. (2011). Medienhandeln, Medienkonvergenz und Sozialisation. Empirie und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven. München: kopaed.
- Warschkuhn, A. (1998). *Demokratiethorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*. München/Wien: Oldenbourg.
- Warren, M. E. (1993). Can participatory democracy produce better selves? *Political Psychology*, 14, 209-234.
- Watson, D., Klohnen, E. C., Casillas, A., Nus Simms, E., Haig, J. & Berry, D. S. (2004). Match Makers and Deal Breakers: Analyses of Assortative Mating in Newlywed Couples. *Journal of Personality*, 72 (5), 1029–68.
- Witte, B., Rautenberg, K. & Auer C. (2010). Marketing statt Mitmach-Netz? Web 2.0-Nutzung von Bremer Parteien und Medien. In J. Wolling, M. Seifert & M. Emmer (Hrsg.), *Politik 2.0?* (S. 241-260). Baden-Baden: Nomos.

Zielina, A. (2013). *Abstimmungsmotive: Wehrpflichtbefürworter wollten Zivildienst erhalten*. Retrieved from: <http://derstandard.at/1358304095358/Wehrpflicht-Befuerworter-wollten-vor-allem-Zivildienst-erhalten>

Zittel, T. (2007). Participatory democracy and political participation. In T. Zittel, & D. Fuchs (Hrsg.), *Participatory democracy and political participation*. (S.9-28). New York: Routledge.

11.Tabellenverzeichnis

11.1. Darstellung der Stichprobe

Tabelle 11.1.1. Printnutzung zur politischen Information

Mediennutzung der Befragten	%
Nie	0
Einmal pro Jahr	0
monatlich	10.1
Einmal die Woche	14.2
mehrmals die Woche	31.1
täglich	44.6
Summe	100
Mittelwert	5.1
Standardabweichung	1
N	148

Tabelle 11.1.2 TV-Nutzung zur politischen Information

Mediennutzung der Befragten	%
Nie	6.8
Einmal pro Jahr	1.4
monatlich	6.8
Einmal die Woche	17.6
mehrmals die Woche	33.8
täglich	33.1
Keine Angabe	0.7
Summe	100
Mittelwert	4.68
Standardabweichung	1.4
N	148

Tabelle 11.1.3 Radionutzung zur politischen Information

Mediennutzung der Befragten	%
Nie	7.4
Einmal pro Jahr	4.7
monatlich	10.8
Einmal die Woche	18.9
mehrmals die Woche	30.4
täglich	26.4
Keine Angabe	1.4
Summe	100
Mittelwert	4.4
Standardabweichung	1.6
N	148

Tabelle 11.1.4 Art der Beteiligung

Beteiligung nach Organisationsname	%
Aktion kritischer SchülerInnen	6.1
Aktionsgemeinschaft	0.7
Die Grünen	2.0
FEST	0.7
FSI Verein zur Förderung sozial Interessierter	0.7
GRAS	0.7
Greenpeace/Global 2000/IndyACT	0.7
JuLis	7.4
Junge Generation, SPÖ	0.7
Junge Grüne	14.2
JVP	14.9
Kommunistischer StudentInnen Verband	0.7
Landesschulvertretung	3.4
Linkswende	0.7
Lokale politische Gruppe	0.7
NEOS	0.7
Österreichische Hochschülerschaft	1.4
ÖVP	10.8
Schülerunion	19.6
SPÖ	0.7
Studierendenvertretung	3.4
VSSTÖ	2.7
World Vision	2.7
Keine Angabe	4.1
Summe	100
N	148

Tabelle 11.1.5 Politische Zufriedenheit der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Politisches Zufriedenheit	%
Überhaupt nicht zufrieden	2
2	12.8
3	14.2
4	20.9
5	25
6	20.3
Sehr zufrieden	4.7
Summe	100
Mittelwert	4.34
Standardabweichung	1.49
N	148

Tabelle 11.1.6 Internale Selbstwirksamkeit der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Faktor „Internale Selbstwirksamkeit“	%
Sehr niedrige politische Kompetenzeinschätzung	0.7
2	2
3	6.8
4	15.5
5	24.3
6	34.5
Sehr hohe politische Kompetenzeinschätzung	16.2
Summe	100
Mittelwert	5.29
Standardabweichung	1.28
N	148

Tabelle 11.1.7 Externale Selbstwirksamkeit der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Faktor „Externale Selbstwirksamkeit „	%
Sehr hoher Glaube an die politischer Veränderbarkeit	0
2	10.8
3	27.7
4	27.7
5	23.6
6	6.8
Sehr niedriger Glaube an die politischer Veränderbarkeit	3.4
Summe	100
Mittelwert	3.98
Standardabweichung	1.24
N	148

11.2. Operationalisierung

Tabelle 11.2.1 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Leserbriefe (mit der Post) an Nachrichtenmedien (Zeitungen, Fernsehen, ...) schicken oder dort anrufen, in Bezug auf politische Themen	%
nie	52.7
Maximal einmal pro Jahr	24.3
Ein paar Mal pro Jahr	12.8
Ungefähr einmal pro Monat	6.1
Mehrmals pro Monat	3.7
Einmal pro Woche	0.7
Mehrmals pro Woche	0
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	1.85
Standardabweichung	1.14
N	148

Tabelle 11.2.2 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Deine Meinung bei öffentlichen Anhörungen/Bürgerversammlungen äußern	%
nie	19.6
Maximal einmal pro Jahr	16.2
Ein paar Mal pro Jahr	27
Ungefähr einmal pro Monat	17.6
Mehrmals pro Monat	12.2
Einmal pro Woche	3.4
Mehrmals pro Woche	4.1
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	3.13
Standardabweichung	1.6
N	148

Tabelle 11.2.3 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Mitschreiben oder Mitarbeiten an lokalen (Nachbarschafts-)Zeitungen mit Bezug zu politischen Themen	%
nie	48.0
Maximal einmal pro Jahr	14.9
Ein paar Mal pro Jahr	21.6
Ungefähr einmal pro Monat	7.4
Mehrmals pro Monat	2.7
Einmal pro Woche	2.7
Mehrmals pro Woche	0.7
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	2.22
Standardabweichung	1.55
N	148

Tabelle 11.2.4 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

Politische Flugblätter verteilen	%
nie	21.6
Maximal einmal pro Jahr	9.5
Ein paar Mal pro Jahr	27.0
Ungefähr einmal pro Monat	18.9
Mehrmals pro Monat	14.9
Einmal pro Woche	4.1
Mehrmals pro Woche	4.1
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	3.24
Standardabweichung	1.65
N	148

Tabelle 11.2.5 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

An politischen Versammlungen teilnehmen	%
nie	3.4
Maximal einmal pro Jahr	4.1
Ein paar Mal pro Jahr	14.2
Ungefähr einmal pro Monat	18.9
Mehrmals pro Monat	25.0
Einmal pro Woche	14.9
Mehrmals pro Woche	18.9
So gut wie jeden Tag	0.7
Summe	100
Mittelwert	4.82
Standardabweichung	1.61
N	148

Tabelle 11.2.6 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

An Demonstrationen teilnehmen	%
nie	35.1
Maximal einmal pro Jahr	28.4
Ein paar Mal pro Jahr	26.4
Ungefähr einmal pro Monat	6.8
Mehrmals pro Monat	2.7
Einmal pro Woche	0
Mehrmals pro Woche	0.7
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	2.16
Standardabweichung	1.13
N	148

Tabelle 11.2.7 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

	%
Unterschriften sammeln	
nie	27
Maximal einmal pro Jahr	30.4
Ein paar Mal pro Jahr	31.8
Ungefähr einmal pro Monat	7.4
Mehrmals pro Monat	1.4
Einmal pro Woche	2
Mehrmals pro Woche	0
So gut wie jeden Tag	0
Summe	100
Mittelwert	2.32
Standardabweichung	1.11
N	148

Tabelle 11.2.8 Politische Beteiligung der befragten politisch aktiven Jugendlichen

	%
Informationen deines Vereins über das Internet verbreiten	
nie	5.4
Maximal einmal pro Jahr	2.7
Ein paar Mal pro Jahr	8.1
Ungefähr einmal pro Monat	12.2
Mehrmals pro Monat	19.6
Einmal pro Woche	10.1
Mehrmals pro Woche	20.9
So gut wie jeden Tag	20.9
Summe	100
Mittelwert	5.57
Standardabweichung	2.02
N	148

11.3. Auswertung

Tabelle 11.3.1 Politische Sozialisation durch FreundInnen und PartnerInnen

Einfluss durch FreundInnen und PartnerInnen	%
Trifft überhaupt nicht zu	1.4
2	8.1
3	22.3
4	44.6
Trifft voll und ganz zu	23.6
Summe	100
Mittelwert	3.81
Standardabweichung	0.94
N	148

Tabelle 11.3.2 Politische Sozialisation durch Eltern und Geschwister

Einfluss durch Eltern und Geschwister	%
Trifft überhaupt nicht zu	2.7
2	19.6
3	25.7
4	39.9
Trifft voll und ganz zu	12.2
Summe	100
Mittelwert	3.39
Standardabweichung	1.02
N	148

Tabelle 11.3.3 Politische Sozialisation durch Schule und Universität

Einfluss durch Schule und Universität	%
Trifft überhaupt nicht zu	4.1
2	14.9
3	39.2
4	38.5
Trifft voll und ganz zu	2.0
Fehlend	1.4
Summe	100
Mittelwert	3.2
Standardabweichung	0.87
N	148

Tabelle 11.3.4 Politische Sozialisation durch Arbeitsplatz und KollegInnen

Einfluss durch Arbeitsplatz und KollegInnen	%
Trifft überhaupt nicht zu	3.4
2	25.7
3	25.7
4	14.2
Trifft voll und ganz zu	10.1
Fehlend	20.9
Summe	100
Mittelwert	3.03
Standardabweichung	1.1
N	148

Tabelle 11.3.5 Politische Sozialisation durch Medien

Einfluss durch Medien	%
Trifft überhaupt nicht zu	1.4
2	14.2
3	31.1
4	50
Trifft voll und ganz zu	3.4
Summe	100
Mittelwert	3.4
Standardabweichung	0.82
N	148

Tabelle 11.3.6 Einschätzung des bedeutendsten Sozialisationseinflusses

Bedeutendster Sozialisationseinfluss	%
FreundInnen und PartnerIn	41.9
Eltern und Geschwister	23
Schule und Universität	13.5
Arbeitsplatz und KollegInnen	10.8
Medien	10.8
Summe	100
Standardabweichung	1.38
N	148

Tabelle 11.3.7 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs. Beschäftigung mit Politik

Partizipation	r ² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.031
Eltern und Geschwister	.056
Schule und Universität	-.115
Arbeitsplatz und KollegInnen	.009
Medien	-.099
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

Tabelle 11.3.8 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs. Politik als bedeutendes Thema

Partizipation	r ² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.068
Eltern und Geschwister	-.088
Schule und Universität	-.099
Arbeitsplatz und KollegInnen	.074
Medien	-.085
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

**Tabelle 11.3.9 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs.
Vertrauen auf politische Information**

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.012
Eltern und Geschwister	.078
Schule und Universität	-.204*
Arbeitsplatz und KollegInnen	.025
Medien	-.056
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

**Tabelle 11.3.10 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs.
Politische Aktivität**

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.096
Eltern und Geschwister	.029
Schule und Universität	-.142
Arbeitsplatz und KollegInnen	.005
N	148

*. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**. Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

**Tabelle 11.3.11 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs.
Interesse besonders geprägt**

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.058
Eltern und Geschwister	.038
Schule und Universität	-.088
Arbeitsplatz und KollegInnen	.131
Medien	-.088
N	148

*, Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**, Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

**Tabelle 11.3.12 Korrelationsanalyse Wahlbeteiligung vs.
Einfach die eigene Meinung zu äußern**

Partizipation	r² (Pearson-Rho)
FreundInnen u PartnerIn	.046
Eltern und Geschwister	.052
Schule und Universität	-.023
Arbeitsplatz und KollegInnen	.083
N	148

*, Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

**, Die Korrelation ist auf den Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

12. Anhang

12.1. Fragebogen

Liebe TeilnehmerInnen,

Ich freue mich über Ihr Interesse, an dieser wissenschaftlichen Studie im Rahmen meiner Masterarbeit in Politikwissenschaft teilzunehmen! Bei dieser Studie geht es um politische Partizipation von jungen ÖsterreicherInnen. Ich möchte Sie bitten, alle Fragen aufmerksam zu lesen und zu beantworten. Die gesamte Befragung dauert nicht länger als **10 Minuten**.

Alle Angaben werden anonym behandelt. Es sind also keine Rückschlüsse auf Ihre Person möglich. Es gibt auch keine richtigen oder falschen Antworten, versuchen Sie also, die Fragen möglichst spontan und ehrlich zu beantworten.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Mag^a Brigitte Naderer, BA

Altersgruppe:

- a. Jünger als 12
- b. 12 – 27
- c. 28 – 49
- d. 49 – 65
- e. Älter als 65

(Unter 12 und über 27 ausgescreent)

Geschlecht:

- a. männlich
- b. weiblich

In welchem Bundesland liegt ihr Hauptwohnsitz?

- a. Wien
- b. Niederösterreich
- c. Burgenland
- d. Oberösterreich
- e. Steiermark
- f. Kärnten
- g. Salzburg
- h. Tirol
- i. Vorarlberg
- j. Ich wohne nicht in Österreich (*ausgescreent*)

Bitte nennen Sie uns Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung:

- a. Allgemeinbildende Pflichtschule
- b. Lehre
- c. Fachschule
- d. Allgemeinbildende höhere Schule
- e. Berufsbildende höhere Schule
- f. Hochschulverwandte Ausbildung
- g. Hochschule, Uni

Sind in einer NGO, einer Partei oder einer Interessensvertretung aktiv?

- a. Ja
- b. Nein (*ausgescreent*)

Nun folgen einige Fragen zu Ihrem Sozialisationshintergrund. Bitte geben Sie an, inwiefern die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zutreffen. Antworten Sie bitte mit Zahlen von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“

Ich beschäftige mich mit Politik durch:

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Ich denke Politik ist für ... ein bedeutendes Thema.

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Bei politischer Information vertraue ich auf:

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Ich würde ... als politisch aktiv bezeichnen:

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInne

Mein Interesse an Politik wurde besonders geprägt durch:

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Im Umfeld ... ist es mir immer leicht gefallen meine politische Meinung zu äußern.

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen

Ich stimme mit der politische Meinung von ... überein

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Ohne den Einfluss von ... würde ich mich nicht für politische und soziale Themen einsetzen.

- a. FreundInnen und PartnerIn
- b. Eltern und Geschwister
- c. Schule/Universität
- d. Arbeitsplatz/KollegInnen
- e. Medien

Nun folgen einige Fragen zu Ihrem Verhalten. Bitte geben Sie an, inwiefern die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zutreffen. Antworten Sie bitte mit Zahlen von 1 „Nie“ bis 8 „so gut wie jeden Tag“

Wie häufig tun Sie die folgenden Dinge?

- a. Leserbriefe (mit der Post) an Nachrichtenmedien (Zeitungen, Fernsehen, ...) schicken oder dort anrufen, in Bezug auf politische Themen
- b. Ihre Meinung äußern bei öffentlichen Anhörungen/Bürgerversammlungen in Ihrer Gemeinde
- c. Mitschreiben oder Mitarbeiten an lokalen (Nachbarschafts-)Zeitungen mit Bezug zu politischen Themen
- d. Politische Flugblätter verteilen
- e. An politischen Versammlungen teilnehmen
- f. An Demonstrationen teilnehmen
- g. Unterschriften sammeln
- h. Informationen Ihres Vereins über das Internet verbreiten

Matrix-Labels

- 1. *Nie*
- 2. *Höchstens einmal pro Jahr*
- 3. *Ein paar Mal pro Jahr*
- 4. *Ungefähr einmal pro Monat*
- 5. *Mehrmals pro Monat*
- 6. *Einmal pro Woche*
- 7. *Mehrmals pro Woche*
- 8. *So gut wie jeden Tag*

Von allen Wahlen (Nationalratswahl, Landtagswahl, Gemeinderatswahl, Europawahl) bei denen du wählen gehen durftest, wie häufig warst du wählen?

- 1. Nie
- 2. Gelegentlich
- 3. Meistens
- 4. Immer
- 5. Ich durfte (noch) nicht teilnehmen

Ich möchte Ihnen im Folgenden einige Aussagen vorstellen. Inwieweit stimmen Sie persönlich diesen Aussagen zu? Bitte bewerten Sie jeweils anhand einer Skala von „1 = stimme gar nicht zu“ bis 7=„stimme voll und ganz zu“, dazwischen können Sie fein abstufen:

Political Efficacy

- a. Ich bin gut in der Lage, eine aktive Rolle in der Politik zu spielen.
- b. Ich habe einen guten Überblick über die wichtigsten politischen Probleme in unserem Land.
- c. Gelegentlich erscheint die Politik so kompliziert, dass Leute wie ich nur schwer begreifen können, was vor sich geht.
- d. Ich bin besser darüber informiert, was in der Politik vor sich geht, als die meisten Leute in Österreich.
- e. Ich denke, dass ich genauso gut wie die heutigen Politiker ein politisches Amt bekleiden könnte.
- f. Leute wie ich haben keinen Einfluss auf Entscheidungen der österreichischen Regierung.
- g. Ich denke, dass österreichische Politiker sich überhaupt nicht darum kümmern, was Leute wie ich denken.
- h. Politische Parteien sind nur interessiert an den Stimmen von Leuten, nicht an ihren Meinungen.

Zufriedenheit mit dem politischen System

- a. Unabhängig von der heutigen Regierung bin ich im Allgemeinen damit zufrieden, wie die Demokratie in Österreich funktioniert.
- b. Im Allgemeinen bin ich damit zufrieden, wie die Politik in meiner Gemeinde funktioniert.
- c. Obwohl häufig das Gegenteil behauptet wird, handeln die meisten Menschen aus Eigennutz.
- d. Wenn man Fremden begegnet, ist es besser, vorsichtig zu sein, bis man weiß, dass man ihnen vertrauen kann.
- e. Wenn man nicht vorsichtig genug ist, ist die Wahrscheinlichkeit groß, ausgenutzt zu werden.

Wer hat zurzeit die meisten Sitze im österreichischen Nationalrat?

- a. SPÖ
- b. ÖVP
- c. Grüne
- d. FPÖ
- e. BZÖ
- f. LiF
- g. KPÖ
- h. Weiß nicht

Wie lang ist jetzt eine Legislaturperiode (Wahlperiode) des österreichischen Nationalrats - seit der letzten Nationalratswahl?

- a. 1 Jahr
- b. 2 Jahre
- c. 3 Jahre
- d. 4 Jahre
- e. 5 Jahre
- f. 6 Jahre
- g. 7 Jahre
- h. 8 Jahre
- i. 9 Jahre
- j. 10 Jahre
- k. Länger als 10 Jahre
- l. Weiß nicht

**Wie hoch schätzen Sie ist zurzeit der Prozentsatz der Arbeitslosen in Österreich?
Bitte machen Sie Ihre Angabe in Prozent und ganzen Zahlen.**

Welche Partei stellt die meisten Landeshauptleute?

- a. SPÖ
- b. ÖVP
- c. SPÖ und ÖVP haben gleich viele Landeshauptleute

Ich möchte Ihnen im Folgenden noch einige Aussagen vorstellen. Inwieweit stimmen Sie persönlich diesen Aussagen zu? Bitte bewerten Sie jeweils anhand einer Skala von „1 = stimme gar nicht zu“ bis 7=„stimme voll und ganz zu“, dazwischen können Sie fein abstufen:

Ich sage immer, was ich denke.	Soziale Erwünschtheit	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
Ich bin nie ärgerlich, wenn ich meinen Willen nicht bekomme.	Soziale Erwünschtheit	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
Ich bin immer gewillt, einen Fehler, den ich mache, auch zuzugeben.	Soziale Erwünschtheit	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
Ich habe gelegentlich mit Absicht etwas gesagt, was die Gefühle des anderen verletzen könnte.	Soziale Erwünschtheit	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
Manchmal bin ich neidisch, wenn andere Glück haben.	Soziale Erwünschtheit	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Zum Abschluss möchten ich Sie noch rasch bitten, einige allgemeine Fragen zu beantworten.

Da nur die definierte Altersgruppe zwischen 16-27 für diese Studie relevant ist, wurde zu Beginn die Altersgruppenfrage gestellt. Ich möchte Sie nun bitten Ihr genaues Alter in Jahren anzugeben:

Bei welcher Partei, NGO, Interessensvertretung, Projekt oder welchem Verein sind Sie aktiv?

In welchem Ausmaß führen Sie diese Tätigkeit aus?

- a. Vollberuflich
- b. Nebenberuflich
- c. Ehrenamtlich

Ganz allgemein: Wie interessiert sind Sie an Politik?

1 = absolut nicht interessiert

2

3

4

5

6

7 = sehr interessiert

Wenn nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Einfach-Nennung, rotierende Antwort-Items)

- a. SPÖ
- b. ÖVP
- c. FPÖ
- d. BZÖ
- e. Die Grünen
- f. Team Stronach
- g. Piraten Partei
- h. Andere Partei
- i. Ich würde nicht wählen gehen.
- j. Keine Angabe

Wie häufig nutzen Sie folgende Medien zur politischen Information: (*Nie, einmal im Jahr, Monatlich, einmal in der Woche, mehrmals in der Woche, Täglich*)

- a. Fernsehen
- b. Zeitung oder Zeitschrift
- c. Radio
- d. Internet

Matrix-Labels

- 1. *Nie*
- 2. *einmal im Jahr*
- 3. *Monatlich*
- 4. *einmal in der Woche*
- 5. *mehrmals in der Woche*
- 6. *Täglich*

Haben Sie noch Anmerkungen oder Fragen:

Vielen Dank für die Unterstützung!

12.2. Abstract Deutsch

Politische Partizipation ist ein bedeutendes Thema, wenn man sich mit dem Erhalt der Demokratie auseinandersetzt. In dieser Arbeit wird versucht die bedeutenden Sozialisationsfaktoren Familie, Freundeskreis, Ausbildungsstätte, Arbeitsplatz und Medien in ihrer Bedeutung auf das politische Potenzial von jungen ÖsterreicherInnen zu überprüfen. Dazu wurden 148 junge politisch aktive ÖsterreicherInnen in einer Onlinestudie befragt. Als aktiv wurden hier Jugendliche definiert, die sich in Jugend- und Studierendenparteien engagieren oder sich in politischen Vereinen, Projekten oder NGOs für ihre Ansichten einsetzen.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Sozialisationseinfluss der Peergroup bewusst und unbewusst den höchsten Einfluss auf das partizipative Potenzial der Jugendlichen hat. Besonders wenn der Freundeskreis ebenfalls engagiert ist und die politischen Ansichten der befragten Jugendlichen teilt, ist eine Aktivierung des politischen Engagements feststellbar. Die Grundlage für die Partizipation am demokratischen Prozess, das politische Interesse, wird aber durch die Bedeutung der Politik in der Familie geprägt. Besonders ausschlaggebend für das Engagement der Jugendlichen stellt sich die Mediennutzung heraus. Medien sind hierbei einerseits als Plattform für Informationssuche zu bezeichnen, können aber andererseits das Gefühl der politischen Kompetenz und das partizipative Potenzial der Jugendlichen positiv beeinflussen.

Schlüsselwörter: Politische Partizipation, Jugendliche, Sozialisation

12.3. Abstract Englisch

In a democratic context it is important to consider the influence of political participation. In order to ensure a democratic system it is necessary for people to participate actively. In this Master-Thesis I tried to explore the social factors influencing political activity in the life of adolescences. The most common socialisation indicators were used to establish whether family, friends, school, work or media is the most important factor concerning the issue of political participation.

In an online-survey 148 adolescences were asked about their political engagement. Different variables were considered: Political socialization, political interest, political knowledge, political efficacy, the use of media and different ways of participation.

The results show that adolescence are mostly influenced by their peers both consciously and unconsciously. If juveniles live in an active environment, they are more active themselves. Moreover the similarity in political thinking inside the peer group influences their political efficacy in a positive way. Still family is shaping the political interest which is the most important factor explaining political activity. Therefore family is responsible for the foundation but the support of the peers reinforces political activity. Another important role plays the use of media, especially the usage of the internet. Here adolescence can find support for their views, inform themselves and also get active themselves.

Key Words: political participation, adolescence, socialisation

12.4. CV

PERSÖNLICHE DATEN

Brigitte Naderer, Mag. phil., Bakk. phil., BA

Geburtsdatum *20. Oktober 1988*

Geburtsort *Wien*

Staatsbürgerschaft *Österreich*

WISSENSCHAFTLICHER WERDEGANG

Seit 2013 *Doktoratsstudium Sozialwissenschaften (Dissertationsgebiet: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft), Universität Wien*

2010 - 2014 *Masterstudium Politikwissenschaft, Universität Wien*

2009 - 2012 *Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*

2007 - 2010 *Bachelorstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien*

2007 - 2009 *Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*

BERUFSERFAHRUNG

seit 2013 *Universitätsassistentin (Prae Doc) am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*

2010 - 2013 *Begleittutorin und Studienassistentin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*

2010 *Fachtutorin Step 6 am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien*